

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

CODE

Deutschland:

Die Wahrung der Identität des deutschen Volkes

Der Verlierer heißt wieder Deutschland Bonns Verrat an der Deutschen Mark

Gold:

Optimismus ist angesagt

Atomwaffen:

Wie Israel die Bombe bekam

Kredite:

Wer bezahlt die Schulden der Sowjetunion

Vereinte Nationen:

Die UN streichen die verkehrte Klausel

Revisionismus:

Zu gut zu besiegten Deutschen – der Mord an US-General George Patton



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

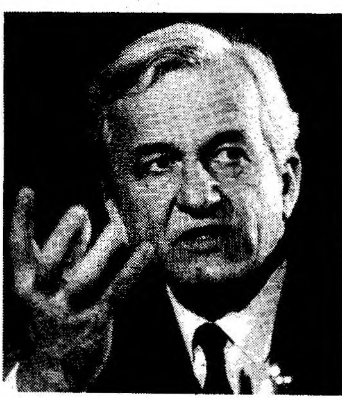
Postleitzahl/Stadt/Land



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin



Kniefall vor dem Mahnmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, eine Geste von Bundeskanzler Willy Brandt im Dezember 1970.

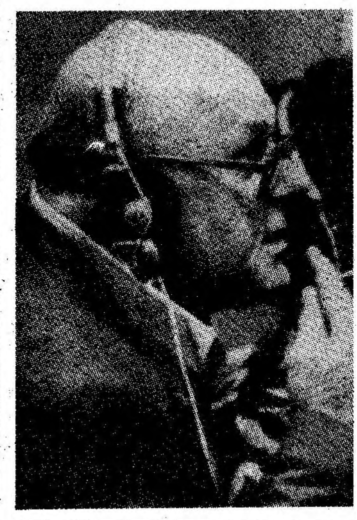


Bundespräsident Richard von Weizsäcker: »Der SED-Staat hat keinen Krieg begonnen und keinen Holocaust zu verantworten.«



Robert Maxwell alias Ludvik Hoch arbeitete sowohl für den KGB als auch für den Mossad.

6. Jahrgang Nr. 2 Februar 1992



John Demjanjuk wartet in einem israelischen Gefängnis auf ein Revisionsverfahren, daß das Todesurteil gegen ihn aufheben soll.



Oberbefehlshaber der USA-Truppen in Europa, US-General Dwight Eisenhower, verlangte die Erfüllung der »Operation Keelhaul«.

Wohnungsbausubventionen auf falschem Kurs

Als ein »Paradebeispiel verfehlter Subventionspolitik« hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung bezeichnet. Die umfangreichen Subventionen, die dafür seit Jahrzehnten aufgewendet würden, hätten sich in verschiedener Hinsicht als mangelhaft und überhöht erwiesen. Statt hier nun in Anbetracht der aktuellen Finanzprobleme endlich mit dem überfälligen Abbau zu beginnen, seien gerade in jüngster Zeit weitere fragwürdige Aufstockungen beschlossen worden.

Die öffentliche Meinung sieht dies mangels genügender Aufklärung aber noch anders. Liegt es denn angesichts der vor allem in Ballungsräumen bestehenden erheblichen Engpässe auf dem Wohnungsmarkt nicht auf der Hand, mit diesem Mißstand mit zusätzlichen Subventionen entgegenzuwirken?

»Nach der Logik der bisherigen Subventionspolitik sicherlich«, bemängelt der BdSt. »Denn danach kommt es weniger darauf an, ob mit Subventionen tatsächlich das erreicht wird, was mit ihnen angestrebt oder zumindest zu ihrer Rechtfertigung angeführt wird. Aus Sicht von Ressortministern ist vielmehr entscheidend, daß dann, wenn ein Mißstand erkannt ist, etwas getan werden muß, was nach Möglichkeit auch in Mark und Pfennig gemessen und publikumswirksam verkauft werden kann.

Und da bieten sich Subventionen doch geradezu an. Hinzu kommt, daß bestimmte Gruppen mit den Subventionen finanzielle Vorteile verschafft werden, was sich politisch doch – hoffentlich – auszahlt.

Verlassen wir die parteipolitische Sichtweise, und fragen wir statt dessen nach dem wohnungspolitischen Sinn. Im Hinblick auf den Wohnungsmangel stellt sich dabei zunächst die Frage, was für den Wohnungsbau derzeit die entscheidenden Engpässe sind. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß es sicherlich in erster Linie nicht unzureichende Subventionen sind, die die Bautätigkeit begrenzen. Denn als Haupthindernis mit zunehmender Tendenz erweist sich für viele Bauwillige schon seit Jahren der Mangel an Bauland. Zurückzuführen ist dieser Mangel in erster Linie auf die unzureichende Baulandausweisung durch die Kommunen. Mit zusätzlichen Subventionen der geplanten Art dürfte hier aber kaum Abhilfe zu schaffen sein.«

Weiter schreibt der BdSt: »Gleiches gilt für die zu einem hohen Grad ausgelasteten Baukapazitäten, die derzeit den zweiten entscheidenden Engpaß für den Wohnungsbau darstellen. Wenn die zusätzlichen Subventionen tatsächlich nachfragewirksam würden, wäre in erster Linie eine zusätzliche Beschleunigung der ohnehin bereits hohen Baupreissteigerung zu erwarten. Stabilitätspolitisch wäre dies zweifellos von Nachteil. Auf diese Weise würde im übrigen auch weiteren Zinssteigerungen Vorschub geleistet, wodurch gerade dem zinsempfindlichen Wohnungsbau letztlich mehr geschadet als genutz werden kann.

Notwendig ist nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler vielmehr ein Abbau auch dieser Subventionen. Überhaupt müsse die Verringerung der Subventionen in den kommenden Jahren Vorrang haben, um die vielen finanziellen Probleme durch die (Teil-)Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland in den Griff bekommen zu können.

Die Kürzungen im Wohnungsbau wie in vielen weiteren Bereichen würden dabei nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch von den Politikern eingesehen und zumindest in Fachzirkeln bestätigt, betont der BdSt. »Der Widerspruch zum politischen Handeln kommt wohl daher, daß die Mehrzahl der politisch Verantwortlichen noch immer glaubt, Subventionsabbau zahle sich politisch nicht aus. Ein entscheidender Durchbruch ist dann zu erwarten, wenn die Meinung Oberhand gewinnt, daß es politisch mehr schadet, verfehlte Subventionen nicht abzubauen, als dies zu tun.«

Diese Ausführungen des Steuerzahler-Bundes bestätigen die in CODE schon seit langem vorgetragenen Meinung, daß in Deutschland eine »Wahl-Demokratie« herrscht, eine Demokratie, deren Politik sich nur an den nächsten Wahlen ausrichtet, der Opportunismus zur Maxime auserkoren wird, dem sogar die eigentlich richtige Politik untergeordnet wird. Beispiele hierfür gibt es genügend, etwa die damalige Rentenlüge von Bundeskanzler Helmut Schmidt oder die Steuerlüge der jetzigen Bundesregierung. □

EG-Binnenmarkt führt zum »Gläsernen Menschen«

Mit dem ab 1993 geltenden EG-weiten Binnenmarkt ist gleichzeitig auch der »Gläserne Mensch«, wie er sehr gut von George Orwell in seinem Buch »1984« beschrieben wurde, verbunden.
In einem Beitrag der Jahresendausgabe 1991 des Handelsblatts erklärte Bundesfinanzminister und CSU-Chef Theo Waigel (CSU), daß mit der Verwirklichung des Binnenmarktes die bisher an den Binnengrenzen und den Zollstellen im Inland vorgenommene Erfassung und Abfertigung von Gesellschaftswaren grundsätzlich abgeschafft wird.
»Das durch den Wegfall der zollamtlichen Erfassung und Abfertigung entstehende Überwachungsdefizit wird bei der Umsatzsteuer dadurch ausgeglichen, daß das bisherige System der warenbezogenen Erhebung in Form der Einfuhrumsatzsteuer durch ein Verfahren zur Besteuerung des Erwerbs der eingeführten Waren ersetzt wird und die erforderlichen Kontrollen durch den EDV-gestützten Austausch der erforderlichen Daten zwischen den Mitgliedsstaaten vorgenommen werden.

Bei verbrauchssteuerpflichtigen Waren wird die grenzüberschreitende Beförderung zwischen den Mitgliedsstaaten über ein zu errichtenden Steuerlager-Verbundsystem abgewickelt werden. Hier wird der Wegfall der bisherigen zollamtlichen Überwachung durch die Einführung von Begleitdokumenten und die Verlagerung der Kontrollen in die Betriebe kompensiert.«

Während bisher nur die jeweiligen Zollämter sehen konnten, welche Betriebe was ein- und welche was ausführen und mit welchen Firmen des Auslandes diese in Geschäftsverbindung stehen, bedeuten die Worte Waigels im Klartext nichts anderes, als daß nun alles in einem großen EG-weit abrufbaren Computer eingegeben wird. Zwar wird, wie es so schön heißt, auf entsprechende Fragen beschwichtigend mitgeteilt werden, der Datenschutz wäre jederzeit gewährleistet und werde nur den entsprechenden Behörden Einsicht in diese Akten gewährt, nur sind diese Ausflüchte nicht neu. Ganz davon abgesehen, daß die Datenschutzvorschriften in den allermeisten EG-Ländern weitaus weniger streng als in Deutschland sind.

Von daher kann jetzt mit nur einem einzigen Knopfdruck sofort festgestellt werden, wer mit wem in Geschäftsverbindung steht und wer was bezieht. Neben den fragwürdigen datenrechtlichen Aspekten kann dies aber auch weitgehende wirtschaftliche Konsequenzen haben. Denn gerade bei der »Bakschisch«-Mentalität in vielen südlichen Ländern könnte so schnell mal ein Ausdruck über die Geschäftsbeziehungen der wichtigsten Konkurenzfirmen unter der Hand den Besitzer wechseln. □

Trotz Dementi: Genscher bleibt Präsidentschaftskandidat

Trotz offiziellen Dementis von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) bleibt der frühere FDP-Vorsitzende auch weiterhin erster Anwärter auf den 1994 freiwerdenden Sessel des Bundespräsidenten. Nachdem »Wendelin« in den vergangenen Monaten oftmals auf das falsche Pferd setzte – so etwa in der Golfkrise oder während

des Jugoslawien-Konflikts –, soll er Bonner Informationen zufolge jetzt wieder glauben, daß sein Näschen für die öffentliche Meinung wieder funktioniert. Und danach könnte es einem Politiker nur schaden, wenn er sich jetzt schon quasi als Oberkandidat für den höchsten Bundesposten anbiedert.

Gerade seine Zurückhaltung in dieser Frage dokumentiere seine große staatspolitische Verantwortung, heißt es hierzu aus FDP-Kreisen. Auch spreche die politische Entwicklung derzeit für Genscher. So demontierten sich Teile der SPD selber. Und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, bei dem sich immer mehr abzeichnet, daß die jetzige Legislaturperiode seine letzte oder zumindest seine letzte vollständige sein wird, fehle einfach das Charisma für das Staatsoberhaupt, selbst wenn er kaum verhohlen nach diesem Amt schielt. Der brandenburgische Ministerpräsidenten Stolpe sei politisch noch zu jung für dieses Amt, wenngleich er einmal ein erstrangiger Kandidat hierfür werden könnte. Brandt verbiete sich von selbst.

Nicht viel anders sehe es in der Union aus. Kohl sei zu gerne an der Macht, um bereits im Jahr der kommenden Bundestagswahl seinen Posten dem jetzigen Fraktionschef und früheren Innenminister Wolfgang Schäuble zu überlassen, selbst wenn dieser vielleicht bessere Wahlchancen hätte, und sich selber vom »Kanzler der Einheit« zum »Präsidenten der Einheit« wählen zu lassen.

Auch in der CSU bietet sich niemand für diesen Posten an. Einer der möglichen Kandidaten für dieses Amt, selbst wenn es vom Alter her problematisch hätten werden können, wäre der kürzlich verstorbene Alfons Goppel gewesen. Der jetzige bayrische Ministerpräsident Streibl scheide dagegen von vorneherein aus.

Von daher soll sich Genscher, wie es hierzu aus Bonn weiter heißt, ganz sicher sein, daß man irgendwann im kommenden Jahr ohnehin auf ihn zukommen und ihm das Amt des Bundespräsidenten höchstoffiziell antragen wird.

Auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker soll große Sympathie für den Liberalen als seinen Nachfolger hegen. Damit wäre sichergestellt, daß erneut ein »Freigeist« auf dem höchsten Sessel der Republik sitzen würde. Alleine bei dem Gedanken an einen Bundespräsidenten Kohl sollen von Weizsäcker alle Haare zu Berge stehen. □

Ostpreußen für 150 Milliarden Mark zu kaufen?

Geradezu sensationelle Gerüchte bezüglich Ostpreußens sind derzeit aus Moskau zu hören: Danach soll Rußland bereit sein, den von der Sowjetunion 1945 okkupierten Teil Ostpreußens noch in diesem Jahr an Deutschland zu verkaufen. Die Polen sollen bereits bei Genscher hierzu angefragt haben, da sie ihrerseits zwei Drittel Ostpreußens okkupiert haben.

Die in dieser Frage ausgezeichnet informierte Bonner »Privat-Depesche« schrieb hierzu folgendes: »Der Außenminister setzt generell auf Zurückhaltung. Aber er wird wohl bald Farbe bekennen müssen. Wenn die Russen Bonn das nörliche Ostpreußen anbieten (sollten), kann man am Rhein nicht Nein sagen. Gegen eine (falsch verstandene) Rücksicht auf Warschau würden die Vertriebenen-Verbände Sturm laufen. Wenn die Chance sich bietet, wird Bonn zugreifen (müssen). Allerdings: Warschau muß man dann etwas anderes als Äquivalent bieten müssen.

Beachten Sie: Außenpolitisch ist eine Rückgabe Ostpreußens durch Moskau natürlich sehr delikat. Denn dadurch entsteht ein neuer polnischer Korridor – ein rotes Tuch für Warschau, das jetzt wieder zwischen zwei Stühlen sitzt: Russland und Deutschland.

Baltische Diplomaten erwarten: Die Russische Föderation wird sich dieses Drittel Ostpreußens zu einem hohen Preis abkaufen lassen. Dabei kursieren Zahlen um 150 Milliarden Mark. Der Betrag könnte als Hypothek auf Ostpreußen aufgenommen, verbrieft und international abgezeichnet werden. Die Rückzahlung könnte auf 50 Jahre gestreckt der Zins aus den Erträgen Ostpreußens aufgebracht werden.

Sollten diese Pläne wirklich Gestalt annehmen, dann könnte – eine friedliche und wirtschaftlich gute Entwicklung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) vorausgesetzt – ein neues Wirtschaftswunder für deutsche Unternehmen entstehen. Denn dann hätten diese einen Stützpunkt direkt am Herzstück eines milliardenschweren Aufbaugebietes.

Schwierigkeiten sind dagegen durch den neuen Korridor zu erwarten. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Polens sollte aber auch dieser Punkt zur deutschen Zufriedenheit gelöst werden können. Auch würden durch einen Rückkauf eines Drittel Ostpreußens die Chancen auf eine wirkliche deutsche Wiedervereinigung wachsen. □

Revisionistenkongresse werden überwacht

Die Revisionistenkongresse werden von den Sicherheitsbehörden der jeweiligen Länder überwacht. So auch geschehen beim kürzlich stattgefundenen Revisionistenkongreß im Elsaß, an dem unter anderem auch der deutsche Revisionist Thies Christopherson teilnahm, der die Existenz von Gaskammern in Auschwitz leugnete und deshalb wegen mehrerer Haftbefehle nach Dänemark übersiedelte.

Wie jetzt ein französisches Regierungsmitglied bekanntgab, seien die Behörden seines Landes genauestens darüber informiert, wer an dem Kongreß teilnahm und was dort alles vorgetragen und debattiert wurde. Einzelheiten wurden zwar nicht bekanntgegeben, angesichts des regierungsoffiziellen Eingeständnisses, daß in einigen Sitzlehnen der staatlichen Fluggesellschaft Air France Abhör-Mikrofone eingebaut waren, fällt es nicht schwer, sich auszumalen, wie die Überwachung dieses Kongresses insziniert wurde. Davon abgesehen, ist es ein offenes Geheimnis, daß die jeweiligen Sicherheitsbehörden auch sogenannte V-Männer in Revisionistenkreisen und nationale Parteien einschmuggeln. Hierbei gibt es interessanterweise keinerlei Proteste von Datenschützern.

SPD-Vogel für Volksabstimmung zu neuer Verfassung

Eine neue Verfassung und eine Volksabstimmung hierzu hat der frühere SPD-Franktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel gefordert. Angesichts der vielen Provisorien und zur Sicherung der auf die »vereinte« Bundesrepublik zukommende Zukunftsaufgaben sei das alte Grundgesetz nicht mehr geeignet, sondern wäre eine neue Verfassung vonnöten.

Sollte sich die Mehrheit der Bundestags- und Bundesratsabgeordneten dem anschließen, könnte es zu einer interessanten Entwicklung kommen. Da 1945 nur die deutsche Wehrmacht, aber nicht das Deutsche Reich kapituliert hat, besteht völkerrechtlich nämlich die alte Weimarer Verfassung noch fort. Hierin sind aber viele Punkte enthalten, über die bei einer Änderung der Verfassung nicht so ohne weiteres hinweggegangen werden könnte. □

Deutschland Zahlmeister für Frankreich

Die Deutschen und auch die Japaner sind die Zahlmeister für die Franzosen. Wie die französische Regierung jetzt bekanntgab, erzielte sie durch die Unterstützung der Länder, die nicht mit eigenen Truppen am Golfkrieg teilnahmen, wie Japan und Deutschland, um mehr als eine Milliarde Franc höhere Einnahmen als an Kosten für den französischen Einsatz ausgegeben wurden. Das Geld soll aber nicht etwa anteilig zurückgegeben werden. Vielmehr soll hiermit das hohe französische Haushaltsdefizit reduziert werden. Seitens der Bundesregierung war bislang noch nichts von einer Stellungnahme hierzu zu hören. □

Bonn

Kein Ende der Asylanten-schwemme in Sicht

Alfred König

Trotz gegenteiliger Beteuerungen der etablierten Parteien ist bei der nach Deutschland strömenden Ausländer- und Asylanten-schwemme kein Ende in Sicht. Ganz im Gegenteil. Die Zuwachsraten wachsen von Monat zu Monat schneller. Von der von Ex-Innenminister Schäuble noch im August versprochenen schnellstmöglichen Änderung ist weit und breit noch immer nichts in Sicht.

Ganz im Gegenteil. Im Oktober wurde mit 33570 Asylbewerbern – davon rund 14000 aus Jugoslawien – sogar erstmals in einem Monat die Marke von 30000 Asylanten überschritten. In den ersten zehn Monaten betrug die Zahl der in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge 203321, was gegenüber dem gleichen Zeitraum 1990 (162081) einer Zunahme um rund 25 Prozent entspricht. Die Anerkennungsquote betrug dabei lediglich 7,5 Prozent.

Die Asylbewerber-Kriminalität steigt

Für das gesamte Jahr 1991 ist damit mit einer Asylbewerberzahl von knapp 300000 Personen zu rechnen. Eine gleichhohe Anerkennungsquote über das ganze Jahr vorausgesetzt, sind folglich rund 280000 Personen Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge.

Selbst bei den Jugoslawien-Flüchtlingen stellt sich die Frage, warum diese Menschen ausgerechnet nach der Bundesrepublik kommen müssen? Warum werden diese Leute nicht in Sammellagern in Ungarn, der Tschechoslowakei oder auch in Österreich so lange untergebracht, bis der Bürgerkrieg dort vorbei ist und sie wieder zurückgeschickt werden können. Denn Tatsache ist doch, daß der Großteil der vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland geflohenen Jugoslawen hier bleiben wird, besonders wenn ihr Eigentum vernichtet wurde oder ihr Dorf nach Ende des Bürgerkriegs in »Groß«-Serbien liegt.

Erschwerend in der ganzen Asylantenfrage kommt noch hinzu, daß die Asylbewerber-Kriminalität immer stärker steigt. Wie Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee Ende November bekanntgab, steigt die Zahl der Tatverdächtigen unter den Asylanten sogar »überproportional zur wachsenden Flut der Asylanträge«. Danach liege im Ländle der Anteil der Asylbewerber an der gesamten Ausländerkriminalität inzwischen bei 17,2 Prozent und bei den sogenannten Massendelikten sogar zwischen 20 und 30 Prozent.

Positiv ist zu werten, daß Schlee straffällige Ausländer unabhängig vom Stand eines etwaigen Asylverfahrens konsequent abschieben will – ob den schönen Worten allerdings Taten folgen, bleibt abzuwarten.

Dies alles ändert aber die Befürworter nicht nur des Asylparagraphen 16, sondern einer Einwanderung allgemein, nicht, immer lautstärker in die Offensive zu gehen. Diesen schloß sich jetzt auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker an, der Einwanderungsquoten nach dem Vorbild der USA forderte. Gleichzeitig forderte er die Parteien auf, die Asylfrage nicht zum Wahlkampfthema zu machen.

Natürlich »übersah« der Herr Bundespräsident dabei einige ganz gravierende Punkte. So zum Beispiel, daß die USA in dem Sinne gar keinen deutschen Asylparagraphen haben, sondern diese unter die Einwanderungsquote fallen. Dieses ist in Deutschland aber wegen des im Grundgesetz verankerten Asylrechts – dazu später mehr – aber nicht möglich. Vielmehr würden die Einwanderungsquoten die Zahl der nach Deutschland strömenden Ausländer sogar noch erhöhen.

Der Bundespräsident verschleiert Tatsachen

Hinzu kommt folgendes: In den USA leben auf einer Fläche von rund 7,828 Millionen Quadratkilometer rund 250 Millionen Einwohner, im wiedervereinigten West- und Mitteldeutschland aber auf nur 357011 Quadratkilometern knapp 80 Millionen Menschen. Alleine diese Zahlen reichen aus, die totale Überbelegung Deutschlands mit Menschen klar zu machen. Eigentlich müßte jeder einsehen, daß zwei Millionen zusätzliche Menschen für die Bundesrepublik ganz andere Auswirkungen haben als zwei Millionen in den USA.

Die Asylantenfrage ist eines der wichtigsten Themen der deutschen Nachkriegspolitik. Von daher ist es bei der kommenden Bundestagswahl und auch den Landtagswahlen eben besonders wichtig, die Positionen der einzelnen Parteien zu wissen, um entscheiden zu können, welche der Parteien in dieser für das Überleben des deutschen Volkes entscheidenden Frage die entsprechenden Positionen einnimmt – selbst wenn man den entsprechenden Parolen bei den etablierten Parteien ohnehin nur wenig Vertrauen schenken sollte –.

Von daher stellt auch nur der Versuch, eine Diskussion über diese Frage zu verbieten, einen Verrat an den Interessen des deutschen Volkes dar. Jeder Politiker, der dies tut, also auch der Herr Bundespräsident, muß sich dann die Frage gefallen lassen, welche Interessen er denn eigentlich vertritt? Die deutschen können es jedenfalls nicht sein!

Verrat an deutschen Interessen

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein genauer Blick auf den Paragraphen 16 des Grundgesetzes. Experten der nationalen Szene haben nämlich in den damaligen Beratungsakten zum Artikel 16 – der eigentlich als Artikel 17 geplant war, dann aber mit dem 16er zusammengefaßt wurde – herumgegraben und dabei Interessantes zutage gefördert.

Im »Parlamentarischen Rat, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland«, Bonn 1948/49, Seite 263 heißt es zu Artikel 17: »Jeder Deutsche, der wegen seines Eintretens für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Weltfrieden verfolgt wird, genießt im Bundesgebiet Asylrecht.«

Weiter heißt es in Anmerkung 1: »Es empfiehlt sich nicht, das Asylrecht auf die politisch verfolgten Ausländer auszudehnen, da kein Anlaß besteht, das unbeschränkte Asylrecht auch unerwünschten Ausländern zu gewähren, insbesondere auch solchen, die aus ihren Heimatstaaten wegen aktiver Betätigung gegen die Demokratie in das Bundesgebiet geflüchtet sind. Dagegen soll – und das dürfte jetzt ein völlig ausreichender Schutz sein – jeder Deutsche und politisch verfolgte Ausländer nach dem Vorschlag des Redaktionsausschusses gegen eine Auslieferung an auswärtige Regierungen geschützt werden. Im übrigen erschien es angebracht, bei der Auslieferung sich der Formulierung der Weimarer Verfassung zu bedienen. Die vorgeschlagene Fassung gibt den Ausländern zwar ausreichenden Schutz gegen Auslieferung, läßt es aber zu, daß gegebenenfalls eine Ausweisung erfolgt.«

Laut Seite 126 war im Hauptausschuß bei der zweiten Lesung folgender Text für Artikel 17 vorgesehen:

»(1) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden.

(2) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.«.

Was die Väter des Grundgesetzes meinten

Der allgemeine Redaktionsausschuß wählte dann aber die Fassung: »Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.«

Nach Ansicht dieser zitierten Experten kann dies »im Grunde genommen doch nur geheißen haben, daß man mit politisch Verfolgten bezüglich Asylrecht Deutsche aus dem Ausland oder aus vom Feind annektierten deutschen Gebieten gemeint hat«.

Interessant ist dabei auch der Diskussionsbeitrag von Dr. von Brentano (CDU): »Ich möchte hier zu Artikel 17 noch einmal den Antrag des Redaktionsausschusses aufnehmen, der lautet: (1) Kein Deutscher und kein politisch verfolgter Ausländer darf einer gegenwärtigen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung ausgeliefert werden. (2) Jeder Deutsche, der wegen seines Eintretens für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Weltfrieden verfolgt wird, genießt im Bundesgebiet Asylrecht.

Wir haben diese Formulierung bewußt gesucht; denn wir waren der Meinung, daß wir trennen müssen zwischen Auslieferung und Asylrecht. Jeder politisch Verfolgte soll vor einer Auslieferung geschützt sein. Es geht mir aber zu weit – und ich glaube auch nicht, daß das der Zweck einer solchen Vorschrift sein kann –, daß wir generell dem politisch Verfolgten das absolute Asylrecht geben.

Ich sehe keinen Grund dafür ein, daß etwa Ausländer, die aus ihrer Heimat nach Deutschland gekommen sind, weil sie sich in ihrer Heimat aktiv gegen die Demokratie eingesetzt haben, in Deutschland unbedingt ein Asylrecht haben sollen. Sie sollen gegen Auslieferung geschützt sein, aber es soll die Möglichkeit bestehen, sie des Landes zu verweisen.

Wenn wir das Asylrecht so weit fassen, dann schaffen wir Voraussetzungen dafür, daß alle diejenigen, die sich wegen eines aktiven Einsatzes gegen die demokratische Grundordnung in ihrer Heimat nicht aufhalten können, in Deutschland ungestraft und unter Berufung auf dieses Asylrecht weiterleben und weiterarbeiten können...

Keine Oase für Verfolgte

Das unbeschränkte Asylrecht soll den Deutschen gegeben werden, die sich wegen ihres Eintretens für die Demokratie auf dieses Asyl zurückziehen. Ein Ausländer, der wegen entgegengesetzter Bestrebungen hierfür nach Deutschland kommt, kann dieses unbeschränkte Asylrecht nicht in Anspruch nehmen.«

Dr. von Brentano führte weiter aus: »Noch ein zweites Wort in Beantwortung dessen, was Sie sagten, Herr Kollege Wagner und Herr Dr. von Mangoldt. Erstens, es ist eine grundsätzliche Frage – darüber bin ich mir klar –, ob man Asylrecht ganz generell geben soll oder nicht. Aber ich frage mich – und ich bitte Sie, daß Sie sich diese Frage auch vorlegen –, ob es richtig und notwendig ist, daß wir das Asylrecht so weit ausdehnen, daß wir etwa in Deutschland zur Oase auch derjenigen politisch Verfolgten werden, die ihre Tätigkeit, die sie zum Abwandern aus ihrer Heimat veranlaßt hat, auch hier fortsetzen werden, nämlich den Kampf gegen die Demokratie.

Ich glaube nicht, daß eine Verpflichtung besteht, das Asylrecht so weit auszudehnen. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, zwar einen Ausländer nicht auszuliefern, aber ihn wegen seiner gesamten staatsgefährlichen Haltung des Landes zu verweisen. Diese Möglichkeit ist nicht mehr gegeben, wenn wir generell sagen: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht...«

Kein unbegrenztes Bleiberecht garantiert

Weiter sagte Dr. von Brentano: »... nur bestätigen, daß ein Deutscher innerhalb Deutschlands an sich keines Asylrechts bedürfe ... Er spiegelt letzten Endes die ganze Tragik unserer staatsrechtlichen Situation wieder, daß wir kein Deutschland haben. Deswegen haben wir mit Rücksicht auf die Lage (sicherzustellen), daß ein Deutscher innerhalb des Bundesgebietes Asylrecht genießen muß. Das gilt insbesondere für die Deutschen, die heute aus der Ostzone zu uns kommen...«

In einem Kommentar heißt es dazu: »Die Überlegungen und Verhandlungen im damaligen (im übrigen nicht frei gewählten) Parlamentarischen Rat in Bonn 1948/49 um die Auslegung des Begriffes ›Asylrecht‹ zeigen deutlich, daß eine breite Mehrheit dabei in erster Linie nie an Deutsche, die außerhalb der Bundesrepublik ihren Wohnsitz hatten, dachte.

Wenn man über Ausländer sprach, so dachte man an Einzelpersonen, Politiker, Dichter, Künstler oder andere, die wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Demokratie in ihren Heimatländern (insbesondere im Ostblock) verfolgt würden.«

Auf der 57. Sitzung des Hauptausschusses entschied man sich dann am 5. Mai 1949 endgültig, den Artikel 17 zu streichen und in den Artikel 16 einzuarbeiten.

Sieht man sich aber diese oben nur in aller Kürze angeführten Beratungen innerhalb des Hauptausschusses an, dann liest man dort aber etwas ganz anderes heraus, als was heute in den Artikel 16 hineininterpretiert wird.

Es gibt keinen Anlaß für die Behauptung, durch diesen Artikel sollten »alle rassisch, religiös oder politisch Verfolgten« (so wie Kohl es jüngst nochmals sagte) der Welt geschützt werden!

Den Parteien fehlt der Mut

Vor allem zeigen diese wenigen Sätze ganz eindeutig, daß der Asylparagraph auch kein unbegrenztes Bleiberecht beinhaltet, sondern durchaus auch die Abschiebung in ein anderes Land vorsieht. Auf gar keinen Fall war daran gedacht, daß Mitglieder kommunistischer oder sonstiger totalitärer Grüppchen auf dem Boden der Bundesrepublik auch weiterhin unter dem Schutzmäntelchen des Artikel 16 ihre Politik weiterbetreiben können, so wie es heute der Fall ist.

Bezeichnend ist auch, daß keine der Parteien, auch die C-Parteien nicht, den Mut hat, die Öffentlichkeit auf diese Fakten hinzuweisen. vielmehr wird heute das Asylrecht als so ziemlich der heiligste Artikel des Grundgesetzes dargestellt und vor allem auch mit der »vielmillionenfachen Flucht Deutscher während der Zeit des Nationalsozialismus« begründet. Dabei hat CODE bereits in der Vergangenheit den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß gerade dieses »Argument« nicht zutrifft, da zum einen die damaligen Zahlen hierfür keinen Anlaß geben und zum anderen viele der sogenannten freiheitlichen Staaten selbst die wenigen Asylbewerber, die aus Deutschland an ihrer Tür anklopften, noch zurückschickten und wenn man der etablierten Geschichtsschreibung glaubt, sie damit in den sicheren Tod schickten.

Ziel ist die multikulturelle Gesellschaft

Bezeichnend für die ganze Diskussion ist aber doch auch, daß es selbst in den sogenannten konservativen Parteien immer mehr Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft gibt, obwohl die Vorbilder derselben überall gescheitert sind, besonders in den USA.

Und selbst wo es in den Vereinigten Staaten so etwa klappt, kann dies nie als Beispiel für Europa gelten, da die USA eben kein homogen gewachsener Staat sind, sondern nach der »Entdeckung« durch Christoph Kolumbus durch Leute aus den verschiedensten Ländern dieser Erde kolonialisiert wurden.

Wenn dies aber in einem Land geschieht, das in dem Sinne keine eigene Kultur hatte – jetzt einmal die indianische außer acht gelassen, da die einzelnen Stämme weit über das Land verstreut waren und es keine »industrialisierte Kultur« gab –, dann läßt sich ein Völkerbrei der Not gehorchend viel leichter zusammenfügen, als wenn auf einmal Ausländer in ein homogen gewachsenes Land platzen. Und selbst die Ausmerzung der Indianer ist doch ein Beweis gegen die multikulturelle Gesellschaft, da die indianische Kultur – selbst wenn diese teilweise von Stamm zu Stamm unterschiedlich – dem Ansturm fremder Rasse nicht gewachsen war. □

Deutschland

Die Deutschen im Wandel dieses Jahrhunderts

Emil Schlee

In den letzten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts, in denen Parteien, Parlamente, Regierungen und Medien die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands abzuschreiben begannen, wurde oft die Frage gestellt, ob man denn wirklich an die Wiedervereinigung Deutschlands glauben würde. Das sei doch utopisch!

Abgesehen davon, daß jeder, der das »unmögliche« nicht denkt, seine Perspektive verkürzt (Herbert Kremp), und derjenige, der nicht an »Wunder« glaubt, kein Realist ist (David Ben Gurion), habe ich stets gesagt, daß ich den Wiedervereinigungsauftrag in der Präambel des Grundgesetzes ernst nehme, fest daran glaube, aktiv dafür arbeite und als mit der Geschichte und der Politik lebender und positiv denkender Deutscher die Frage nur positiv beantworten kann.

Gerade die wechselvolle Geschichte der Deutschen in diesem Jahrhundert kann beispielhaft verdeutlichen, wie sehr sich Lebenslagen und politische Verhältnisse eines Volkes und Staates kurzfristig so grundlegend verändern können, daß verständlich wird, warum man auch das »Unmögliche« denken und an »Wunder« glauben muß! Machen wir in Zehnjahres-Sprüngen durch die deutsche Zeitgeschichte die Probe.

1905: Wenn ich dem deutschen Bürger von 1905, der dank der weitsichtigen Politik von Otto von Bismarck bisher 34 Jahre in Frieden leben konnte, damals gesagt hätte, er würde 1915 in feldgrauem Rock im Schützengraben des Ersten Weltkriegs stehen und noch schwere Zeiten vor sich haben, der hätte mich zwar entsetzt angesehen, aber eine solche Entwicklung für unmöglich gehalten. Er mußte aber erleben, daß es zu diesem Ersten Weltkrieg kam und er als Soldat im Schützengraben stand.

1915: Wenn ich diesem Soldaten 1915 gesagt hätte, daß in zehn Jahren, also 1925, dieser Weltkrieg längst verloren, die Monarchie abgeschafft, die Inflation ausgebrochen, während der man in Wäschekörben seinen Lohn abholen müßte, und er vielleicht gerade Arbeitsloser geworden sei, dann hätte mich dieser Soldat für nicht ganz normal gehalten und polternd »zum Teufel« geschickt. Am Lauf der Geschichte konnte das nichts ändern, er konnte es nicht verhindern.

1925: Und wenn ich 1925 dem ehemaligen Frontsoldaten und jetzigen Arbeitslosen gesagt hätte, er solle sich keine unnötigen Sorgen machen, denn 1935, in zehn Jahren, gäbe es das »1000jährige Reich«, keine Arbeitslosen mehr, wieder eine neue Wehrmacht, große Parteitage, an denen er vielleicht als SA-Mann teilnehmen würde, und einen »Führer«, der die »Fesseln von Versailles« gesprengt hätte! Dieser Mann hätte mir sicherlich geraten, schnell einen Arzt aufzusuchen, denn »im Kopfe« könnte ich doch wohl »nicht ganz richtig« sein. Nur das schier »Unmögliche« fand statt. Und der Arbeitslose von 1925 stand vielleicht 1935 schon »in Brot« und SA-Uniform auf dem Reichsparteitag in Nürnberg!

Außenminister Dr. Gustav Stresemann vor dem Völkerbund: »Die Menschheit hat ein Recht darauf die Wahrheit zu erfahren.«

Das Schicksal nahm seinen Lauf

1935: Hätte ich nun diesem hoffnungsvoll in die Zukunft blickenden SA-Mann des Jahres 1935 »geflüstert«, daß Deutschland 1945, schon zehn Jahre später, einen Zweiten Weltkrieg verloren hätte, in Schutt und Asche liegen und besetzt, geteilt, zerschlagen sein würde, er als vielleicht Überlebender in Lumpen und Loden vor den Trümmern seines Elternhauses stehen und nach neuen Lebensgrundlagen suchen würde, dieser Gefolgsmann des Jahres 1935 hätte höchstwahrscheinlich veranlaßt: Festhalten, festnehmen, abführen! Doch das hätte alles nichts genutzt – das Schicksal nahm seinen Lauf und 1945 auch das »Dritte Reich« mit auf den »Müllhaufen der Weltgeschichte«.

1945: Und wenn ich diesem geschundenen und gebeutelten Michel des Jahres 1945 aufmunternd auf die Schulter geklopft und gesagt hätte: Kopf hoch, Landsmann! Pessimismus ist eine heilbare Krankheit! In zehn Jahren, 1955, da hast Du etwas Übergewicht, bist gut verheiratet, hast zwei Kinder, ein kleines Häuschen, einen neuen VW und machst vielleicht ersten Urlaub in Nordafrika! Dieser verzweifelte Heimkehrer, der die Welt nicht mehr verstand, hätte mich entgeistert angesehen und nur noch »Fata Morgana« oder »das darf doch nicht wahr sein« murmeln können. Und doch – es wurde wahr, weil wir Deutschen mit Herz und Verstand und aller Kraft gemeinsam zupackten und trotz hinterlicher Rahmenbedingungen den Karren aus dem Dreck zogen. Für unsere mittel- und ostdeutschen Landsleute war die Leidenszeit noch nicht vorüber. Gemeinsam drückten Trennung und Teilung, Last und Leid!

1955: Wenn ich dem westdeutschen Bundesbürger des Jahres 1955 gesagt hätte, daß sich in den nächsten zehn Jahren bis 1965 zeigen würde, daß er in Arbeit und Urlaub übertreibt, Familie

und Erziehung vernachlässigt, Mittel- und Ostdeutschland gedanklich zu verdrängen beginnt, sich mit dem »Provisorium« anfreundet und vor allem erst sich und dann den Rest der Welt sieht! Unser westdeutscher Bundesbürger hätte das 1955 weit von sich gewiesen. Aber war es 1965 nicht so, daß er von den vier kleinen »f« der Turner »frisch, fromm, froh und frei« zu den vier großen »F« gewechselt hatte, die da hießen »Feierabend, Filzlatschen, Fernsehen und Flaschenbier«. Zeigten nicht Umerziehung und Wohlstand im Sinne Churchills ihre Wirkung, daß man das deutsche Volk »fett-machen« müsse, damit es politisch »impotent« werde. War es ein Zufall, damals einen Bundeskanzler gehabt zu haben, der den Appell ausgab: »Maßhalten! Maßhalten!«

Die offene deutsche Frage

1965: Es war auch kein Zufall, daß 1965 nach 20 Jahren friedensvertragsloser Zeit die Menschen in Deutschland »unruhiger« wurden, in Mitteldeutschland 1961 deswegen »Mauer und Stacheldraht« gebaut werden »mußten«, in Westdeutschland die Parteienlandschaft in Bewegung geriet (Nationaldemokraten, Wählergemeinschaften, Bürgerinitiativen, die 68er) und die Ostdeutschen »zu wandern begannen«. Wenn ich dem westdeutschen Bundesbürger gesagt hätte, daß bis 1975 in Bonn ein »Machtwechsel« stattfinden, umstrittene Ostverträge geschlossen und zunehmende Staatsverschuldung einsetzen, das Unrechtssystem in Mitteldeutschland rücksichtsloser und in Ostdeutschland menschenrechtsverletzender werden würde, dann hätte ihn das zwar vorübergehend berührt, aber dank Medienlenkung nicht mehr so betroffen gemacht. Es ging ihm ja gut, störte »seine Kreise« noch nicht, so daß »Teneriffa« sein Urlaubsziel blieb!

1975: Wenn ich dem ellenbogenbegehrten Bundesbürger des Jahres 1975 gesagt hätte, daß in den weiteren zehn Jahren bis 1985 politische Kultur und Glaubwürdigkeit der politischen Parteien weiter sinken, Staatsverschuldung und Steuerabgaben steigen, sozialistische und kommunistische Ideen und Praktiken sich ausbreiten, internationale Verpflichtungen finanziell und materiell größer werden, Asylbewerber-, Übersiedler- und Aussiedlerströme anwachsen, Kriminalität steigt und innere Sicherheit nachläßt, dann läßt daraus sich auch erklären, warum sich beim Bundesbürger wieder Betroffenheit einstellt, er eine »Wende« wünscht und deswegen einen erneuten »Machtwechsel« herbeiführt.



Clemenceau, Wilson und Lloyd George legten bei den Friedensverhandlungen von Versailles den Keim für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.



Am 3. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Jodl in einem Schulhaus in Reims die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.



Die geschäftsführende Reichsregierung wurde am 23. Mai 1945 verhaftet und in einem Flugzeug nach Luxemburg in die Gefangenschaft der Alliierten gebracht.

Bald schon aber mußte er das »Ende der Wende«, weiteres Abrücken von »Deutschland« und dessen verstärktes Einbringen in ein noch wenig demokratisch verfaßtes »Europa« erkennen. Daher nehmen Parteienverdrossenheit zu, Wahlbeteiligung ab und wachsen Kritik und Verunsicherung in Westdeutschland, auch Unruhe und Verzweiflung in Mitteldeutschland sowie Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit in Ostdeutschland. Die offene deutsche Frage, innen- und außenpolitisch ständig heruntergespielt, steht spannungsgeladen im Raum.

1985: Wenn ich nun dem Bundesbürger von 1985, durch Medien, Parteien und »Kabinettspolitik« über die politische Wirklichkeit weitgehend im Unklaren gelassen, gesagt hätte, daß in der nächsten Dekade bis 1995 so grundlegende Veränderungen und Umwälzungen in Deutschland, Europa und der Welt eintreten würden, wie er sie nicht für möglich gehalten hätte, dann würde zwar eine deutschlandweite Überraschung zu verzeichnen gewesen sein, die aber auf ein tief-inneres Gefühl des Ausharrens, Hoffens, Erwartens und Ungeduldigwerdens treffen würde. Wenn ich den Deutschen von 1985 gesagt hätte, daß das kommunistische System in seinem Kernland zusammenbrechen, in den Satellitenstaaten entsprechende Reaktionen nachsichziehen, in Deutschland zur Teilvereinigung von West- und Mitteldeutschland führen, in Europa und Teilen der Welt »gewisse« Unruhe auslösen und für Europa eine völlig veränderte politische Situation entstehen lassen würde, sie hätten es nicht für möglich gehalten – und doch ganz im Inneren erhofft.

Alles ist offen, vieles ist möglich, nichts ist vorbereitet – wenn wir an Bonn denken. Jetzt fügt sich zusammen, was schon immer zusammengehörte, und löst sich

Die Deutschen im Wandel dieses Jahrhunderts

voneinander, wenn es willkürlich und ungefragt von fremder Gewalt zusammengepreßt wurde.

Bis 1995 wird sich dieser Vorgang in ganz Europa ausbreiten und in das nächste Jahrtausend fortsetzen.

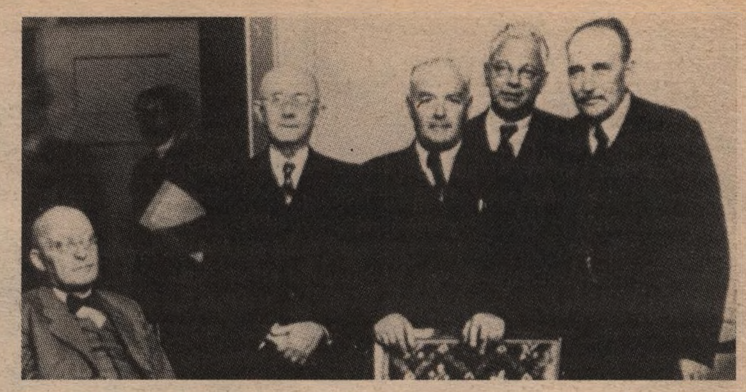
Ohne ein gleichberechtigtes Deutschland kein Europa

1995: Europa steht auf dem Prüfstand und auf dem Spiel! Ob der gegenwärtig verfolgte Weg des europäischen Einigungsprozesses der zum Erfolg führende Weg ist, wird sich bald erweisen.

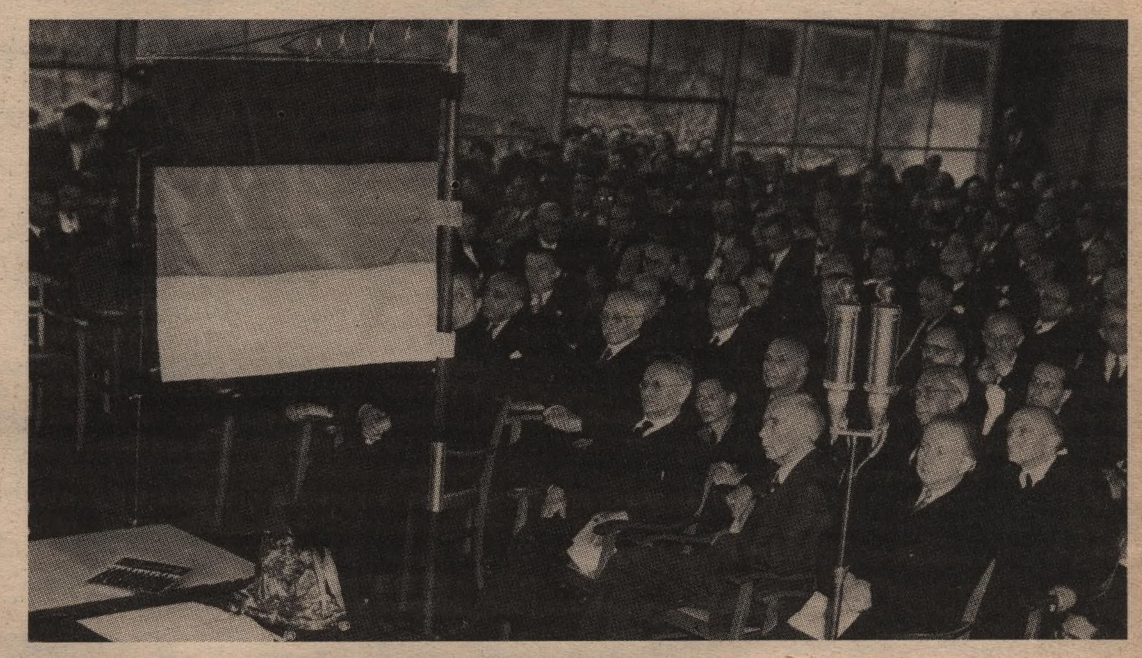
Er wird an der Haltung der europäischen Völker und Staaten gegenüber dem deutschen Volk berechenbar werden. Eine seit über 400 Jahren verfolgte europäische Machtpolitik gegenüber Deutschland, aufrechterhalten in drei 30jährigen Bruderkriegen (1618-1648, 1785-1815, 1914-1945), kann für eine zukünftige europäische Friedensordnung, die auch immer eine Rechtsordnung sein muß, keine Grundlage sein. Eine europäische Friedensordnung muß sich nicht auf Gewalt, sondern auf Gerechtigkeit, nicht auf Macht, sondern auf Freiheit, nicht auf zentrale Einheit, sondern nur auf die zu respektierende Vielfalt in der von allen freiwillig gewollten Einheit gründen. Ohne ein freies und gleichberechtigtes Deutschland hat Europa keine Chance!

Das hatte Prinz Eugen schon erkannt und in einem Brief an den Herzog von Marlborough vom 22. Mai 1719 in die Worte gekleidet: »Die Allianzen, so nur der Zufall oder ein augenblickliches Interesse sie herbeiführt, bewirken kein Vertrauen. Wenn aber die Mächte gemeinsam einsehen und einmal überzeugt sind, daß von der Erhaltung Deutschlands die Ruhe Europas ganz allein abhänge, alsdann kann man sagen, daß ein gemeinsames Interesse einem Staatenbunde zugrunde liege!«

Welch eine Weitsicht in damaliger Zeit! Ebenbürtig das Bekenntnis zu Volk und Vaterland in den Worten von Wilhelm von Humboldt in der Zeit der Befreiungskriege: »Es gibt vielleicht kein Land, das so selbständig und frei zu sein verdient als Deutschland, weil keins seine Freiheit so rein und einzig zu innerer, jedem wohltätiger Anstrengung zu nutzen geneigt ist. Der Deutsche hat unter allen Nationen am wenigsten eine zerstörende und am meisten eine immer in sich zurückwirkende Kraft, und wenn der Besitz der Freiheit gerettet ist, wird Deutschland sicher sehr bald in jeder Art von Bildung und der Gesinnung hervorragen. Darum ist es so dankbar, gerade für dies Vaterland zu arbeiten!«



Der einzige Versuch zur Begründung einer gemeinsamen gesamtdeutschen Politik war die Ministerpräsidentenkonferenz aus allen Besatzungszonen am 5. Juli 1947.



Am 8. Mai 1949 beschloß der Parlamentarische Rat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.



Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchill (von links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz.

Wer die geschichtswissenschaftlichen Arbeiten von Pitirim Sorokin, Quincy Wright oder Russell Grenfell kennt, die die Beteiligung der europäischen Völker an Kriegen und die Zeiten, in denen sich die Völker im Kriegszustand befanden, untersucht haben, wird wissen, daß Preußen/Deutschland mit Abstand am wenigsten Kriege geführt hat oder in solche verwickelt war. Der weiß aber auch, daß die deutsche

Ernst Jünger und Siegfried Lenz. Was hat diese Generation alles erlebt, erlitten und geleistet: Kaiserzeit, Weimarer Republik, »Drittes Reich«, Bundesrepublik Deutschland oder Deutsche Demokratische Republik; zwei Weltkriege, zwei Niederlagen, Opfergänge; Verluste an Angehörigen, Freunden, Besitz, Vermögen, Heimat; und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt von sich selbst ernannten »Richtern«, die größtenteils selbst auf die Anklagebank gesetzt gehörten! Aber auch immer wieder Mut gefaßt, zugepackt, aufgebaut.



Nach seiner Wahl macht Adenauer am 21. September 1949 auf dem Petersberg seinen Antrittsbesuch bei den Hohen Kommissaren McCloy (USA), François-Poncet (Frankreich) und Sir Robertson (Großbritannien).



Bundeskanzler Konrad Adenauer verweigerte Verhandlungen mit den Sowjets über eine bewaffnete Neutralität ganz Deutschlands.



Der Warschauer Kniefall von Bundeskanzler Brandt vor dem Ehrenmal im Ghetto.

Geschichte nicht nur 12 Jahre, sondern 1200 Jahre umfaßt. Denkanstöße, die heute viele Europäer erreichen sollten!

och zurück zum Ausgang unserer Betrachtungen: Die positiv und optimistisch Denkenden und Handelnden wurden von der Geschichte belohnt. »Unmögliches« trat ein, »Wunder« geschahen, zum Teil im Wechsel der Jahrzehnte! Nur global, weltgeschichtlich und ganzheitlich Denkende können solche wechselvollen Ereignisse rechtzeitig erkennen und erfassen. Sie wissen, daß aller Kleinkariertheit zum Trotz Deutschland eine Zukunft hat und Hoffnungsträger der Europäer sein wird: Ohne Gewalt, demokratisch verfaßt, frei im Denken, sozial im Handeln, mit geistiger Kraft und friedvollem Wollen, Partner und Brücke inmitten Europas in einer von allen Völkern mitgetragenen Friedensordnung. Viele europäische Völker müssen noch nachvollziehen, was das deutsche Volk in diesem letzten Jahrhundert des auslaufenden Jahrtausends durchlebt, erlitten und geleistet hat.

Das ist auch an Einzelschicksalen abzulesen! Man nehme die Generation der zwischen 1895 und 1925 Geborenen, markiert durch

Auch heute wieder sind sie noch eine stille und unentbehrliche Kraft, um denen mit der »Gnade der späten Geburt« sagen zu können, was »Sache ist« und welchen Weg man richtigerweise einschlagen sollte. Jugend ist kein Verdienst und Alter keine Schuld. Das »Unmögliche« mitzubedenken, an »Wunder« zu glauben und hart dafür zu arbeiten, ist eine Erfahrung jener genannten Generation. Niemand in Deutschland und Europa wird darauf verzichten können. Mit solchen Einsichten haben wir gute Aussichten für ein freies und friedvolles Deutschland und Europa. □

Richard von Weizsäcker

Bundespräsident verteidigt die 68er-Unruhen

Alfred König

In den ersten neun Monaten des Jahres 1991 war es erfreulich ruhig um Bundespräsident Richard von Weizsäcker geworden. Er äußerte sich nur zu wenigen Punkten, und diese Erklärungen konnten aus nationaler Sicht zwar nicht immer gutgeheißen werden, hielten sich alles in allem aber doch in akzeptablen Grenzen. Dies änderte sich aber ab dem Herbst. Von da an bemühte sich der Bundespräsident in jedes Fettnäpfchen zu treten, das links und rechts seines Weges stand.

Dies fing damit an, daß er forderte, Deutschland solle ein Einwanderungsland werden, mit festen Quoten. Was sich auf den ersten Blick noch harmlos anhört, muß der Normalbürger doch denken, daß hierunter auch die Asylanten zählen, entpuppte sich bei genauerer Betrachtung jedoch als große Falle.

Polemik des Staatsoberhauptes

Denn mit keinem Wort sprach sich der Bundespräsident gleichzeitig dafür aus, auch den Asyl-Artikel 16 des Grundgesetzes zu ändern. Dies hätte in der Praxis aber nichts anderes bedeutet, als daß die Einwanderungsquoten zusätzlich zu den Asylanten kommen, denn nach gängiger Rechtssprechung reicht es aus, wenn jemand an der Grenze einem Beamten das Wort »Asyl« zuruft – und schon muß dieser zuerst einmal in der Bundesrepublik geduldet werden.

Zum anderen gewähren die EG-Verträge heute schon Freizügigkeit in allen EG-Staaten. Also könnten etwa für Italienier und Spanier ohnehin keine Quoten aufgestellt werden. Diese würden dann aber in erster Linie für die Nicht-EG-Staaten gelten, deren Bürger heute in der Regel Asyl beantragen. Also wäre, sollte von Weizsäckers Vorschlag verwirklicht werden, praktisch über Nacht ein gewisser Prozentsatz von Asylbewerbern legalisiert worden. Und dieses Jahr für Jahr.

Danach sprach sich von Weizsäkker dafür aus, die Ausländerfrage nicht zu einem Wahlkampfthema zu machen. Dabei ist diese Frage die derzeit beherrschende in der Bundesrepublik. Bei keiner anderen Frage – mit Ausnahme der immer höher werdenden Belastungen für die deutsche (Teil-) Einheit vielleicht – schlagen die Emotionen bei den Bürgern so hoch wie eben bei der Ausländerthematik. Und es ist sicherlich derzeit auch die für das deutsche Volk existenzielle Frage.

Von daher ist es doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Parteien die Bürger über ihren jeweiligen Standpunkt aufklären und sie ihnen damit die Möglichkeit geben, eine vernünftige Wahlentscheidung zu treffen. Man kann doch nicht einfach so tun, als bedeute diese Frage nichts. Auf der anderen Seite sind sicherlich Zweifel erlaubt, ob die Parteien ihre Versprechen auch halten. Code hat in der Vergangenheit mehrfach ausführlich dokumentiert, mit welchen Versprechen die Union in der Vergangenheit nationale Wähler in der Ausländerfrage geködert hat, wobei diesen Worten danach nicht die geringsten Taten gefolgt sind.

Es wird doch immer vom mündigen Bürger geredet; gerade dieses will von Weizsäcker aber nun anscheinend nicht. Anders sind seine Worte jedenfalls nicht zu erklären. Ist der mündige Bürger etwa nur dann gefragt, wenn er der Meinung der etablierten Politiker ist? Teilt er sie nicht, soll eben jede Diskussion hierüber eingestellt werden. Und dieses im angeblich »freiheitlichsten Staat, den es jemals auf deutschem Boden gab«.

Der traurige Höhepunkt

Den traurigen Höhepunkt leistete sich Richard von Weizsäkker aber am Freitag, dem 13. Dezember 1991, mit seiner Rede anläßlich der an ihn erfolgten Verleihung des Heinrich-Heine-Preises der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf. Da diese Rede in den etablierten Medien nur sehr bruchstückhaft wiedergegeben wurde und der Bürger gar nicht erfuhr, was von Weizsäcker von sich gab, soll an dieser Stelle etwas ausführlicher hierauf eingegangen werden.

»Wir verdanken dem Generationenkonflikt rund um das Jahr 1968 gewiß keine vorbildliche Verarbeitung der Vergangenheit (zuvor hatte von Weizsäcker kritisiert, daß die Zeit des Nationalsozialismus seiner Ansicht nicht genügend aufgearbeitet wurde, sondern zumeist dem Verdrängtwerden anheimfiel; die Redaktion). Dennoch entwickelte sich aus dem unerbittlichen Umgang miteinander eine bleibende Veränderung unserer politischen Öffentlichkeit. Die demokratische Bürgergesellschaft entstand mit ihren Initiativen und Bewegungen, ihren neuen Themen und Volksaussprachen – jenseits der herkömmlichen Denkweise und Sprache von Parteizentralen und Verwaltungen. Daß diese ›civil society‹, diese Bürgergesellschaft, in der postkommunistischen Region Deutschlands fehlt, gehört zu unseren heutigen Schwierigkeiten.«

Lob für die damaligen Straßenschlachten

Man muß sich dieses einmal vorstellen: Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland verteidigt öffentlich den, wie er sich ausdrückt, »Generationenkonflikt rund um das Jahr 1968«. Dabei stellt dieses Jahr den Beginn des kulturellen und des politischen Niedergangs der Bundesrepublik dar!

Wer erinnert sich nicht an die damaligen Straßenschlachten linker Studenten gegenüber allem, was »bürgerlich« oder »spießig« erschien? Sehen wir uns doch nur an, was 1968 oder als Folge dieses Jahres damals so alles begann? Die antiautoritäre Erziehung, die freie Liebe (wer damals zweimal hintereinander mit dem gleichen Partner ausging, galt in bestimmten Kreisen schon als spießig), der Weg nach links in allen deutschen Universitäten, die Auflösung der Familienbindung, eine neue Kultur, die mit Größen wie Goethe, Schiller und Kaspar David Friedrich nichts mehr anfangen konnte, die Unterdrükkung alles Bürgerlichen.

Man sieht doch an den heute in den Medien Verantwortlichen, an den Richtern der unteren Instanzen, an den Lehrern, an den »Künstlern« und »Schriftstellern«, die alle aus dem studentischen Jahrgang 1968 oder wenig später kommen, zu was dieser »Generationenkonflikt« geführt hat. Urteile, wie das, daß Soldaten mit Mördern gleichstellt, oder das Vor-Gericht-Zerren alter und schwerkranker Greise wegen Vorfällen, die um die 50 Jahre zurückliegen, sind die direkte Folge der 68er-Unruhen.

Das gleiche gilt für die Entwicklung, daß die Schüler nicht mehr zum eigenen Denken, sondern nur noch zum schablonenhaften Agieren angeregt werden. Schulbücher sind vollgestopft von irgendwelchen Tendenzmaterialien, so daß den Schülern nach jahrelanger Indoktrination, die schon fast an Gehirnwäsche

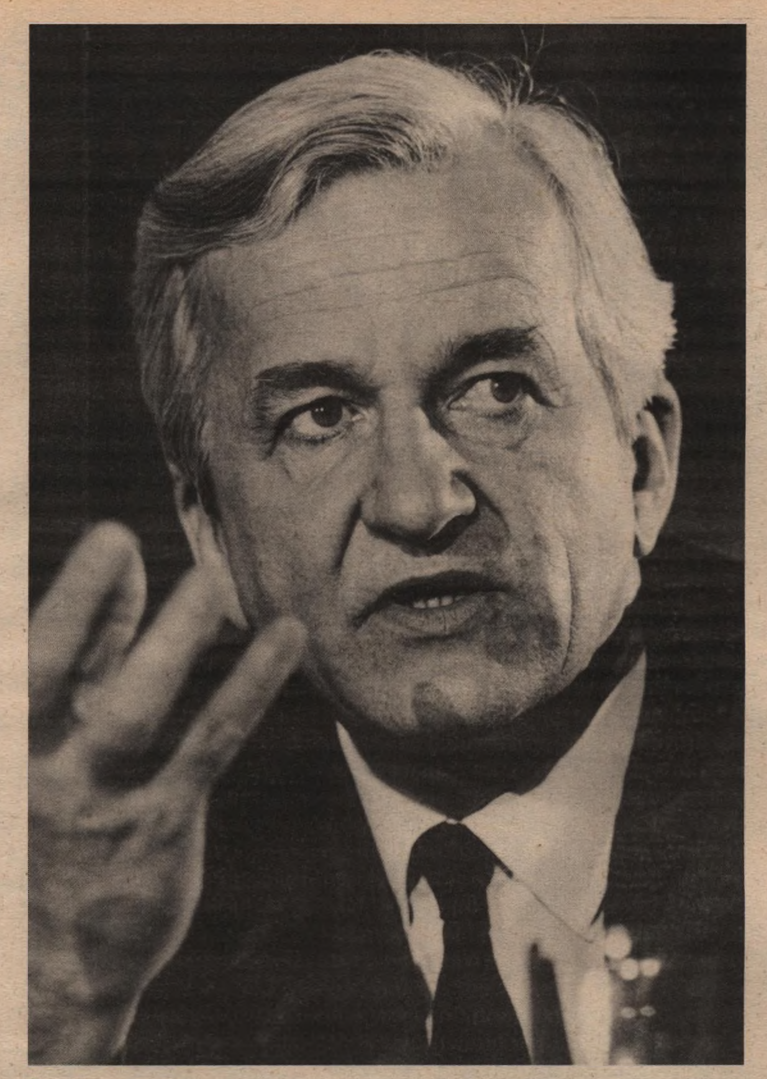
grenzt, schon fast nichts anderes übrigbleibt, als die dortigen Sachen unwidersprochen als wahr hinzunehmen.

Das reine Schwarz-Weiß-Schema

Mit dem gleichen 68er-Geist wird heute eine wahre Auseinandersetzung mit der Zeit des Dritten Reichs verhindert. Alles, was zwischen 1933 und 1945 passierte, wird als falsch hingestellt – selbst wenn die heutige Bundesrepublik viele Dinge, von damals übernommen hat und diese oftmals als eigenen Verdienst verkauft, so zum Beispiel in der Rechtsprechung; und wer wagt schon heute zu sagen, daß der Tierschutz im Dritten Reich besser ausgeprägt war, als derzeit? Die unzweifelhaft positiven Sachen – sonst hätte sie die Bundesrepublik wohl nicht übernommen –, werden aber gar nicht erwähnt, so daß sich ein reines Schwarz-Weiß-Schema ergibt. Daß diese Thesen des Revisionismus nicht einmal im Unterricht angerissen werden, versteht sich von selbst.

Weiter sagte von Weizsäcker: »Die beiden Systeme, die sich den Stab in die Hand gegeben hätten, um den Deutschen im Osten fast sechzig Jahre lang die Freiheit zu nehmen, stehen mit ihrem Ungeist und ihren Untaten auf ganz verschiedenen Stufen. Der SED-Staat hat keinen Krieg begonnen und keinen Holocaust zu verantworten. 1945 war das Deutsche Reich zusammengebrochen, 1989 nur eine Staatsführung.«

Danach spricht sich von Weizsäkker dafür aus, den Rechtsstaat anzuwenden. »Der Richter urteilt über die Frage, ob ein persönliches Verhalten nach dem Recht schuldhaft vorwerfbar ist, das zum Zeitpunkt und am Ort der Tat gültig war. Diese Selbstbindung kann moralisch auch für den Falschen von Nutzen sein. Sie kann es außerordentlich erschweren, eine sogenannte Regierungskriminalität zu ahnden. Dennoch ist sie notwendig, nicht zum Schutz der Täter, sondern zum Schutz von uns allen vor den Irrtümern von Zeugen und Akten, von Richtern und öffentlichen Meinungen. Der Rechtsstaat ist Ausdruck der Erfahrung, daß wir Menschen keinen



Bundespräsident von Weizsäcker spricht vom mündigen Bürger, soweit dieser den etablierten politischen Vorstellungen ohne Kritik und Diskussion folgt.

schlechthin endgültigen Zugang zu absoluter Gerechtigkeit besitzen.«

Man höre und staune. Über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse war von ihm bislang nichts derartiges zu hören. Dabei wurde doch genau gegen die von ihm selbst aufgestellten Prämissen, also daß Verurteilungen nur zu dem Recht erfolgen können, »das zum Zeitpunkt und am Ort der Tat gültig war«, verstoßen. Wenn man so will, geschieht dies auch heute noch. Denn die Verurteilungen schwerkranker Greise erfolgen noch immer oft wegen Dingen, die im Dritten Reich ausdrücklich erlaubt waren. Was sagen Sie denn hierzu, Herr Bundespräsident?

Der SED-Staat habe keinen Krieg begonnen, führte von Weizsäcker weiter aus. Was ist denn schlimmer? Wenn ein Staat, wie die damalige DDR seinerzeit, den Aufstand des eigenen Volkes mit Brachialgewalt niederschlägt und hierzu noch fremde Truppen, in diesem Fall die Rote Armee holt, oder wenn ein Staat, wie 1939 Deutschland, auf der Einhaltung des Völkerrechts besteht (Korridor nach Danzig), schließlich von Polen und seinen Verbündeten (Frankreich, England) in einen Krieg gezwungen wird, den es eigentlich gar nicht wollte?

Entschuldigungen für den SED-Staat

Die Ansicht von Weizsäcker zum Holocaust ist ja hinreichend bekannt. Dennoch muß es einen wundern, mit welcher Hartnäkkigkeit er zumindest die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus scheut. Man kann zum Leuchter-Gutachten stehen wie man will, man kann es ablehnen oder befürworten, was man aber auf jeden Fall erwarten kann, ist, daß die deutsche Staatsspitze sich mit diesem Gutachten auseinandersetzt, es prüft und dann die Bevölkerung hierüber informiert.
Bisher ist von Bundespräsident, Bundesregierung und Bundestag nur zu hören, daß am Holocaust keinerlei Zweifel bestünden. Dann kann man doch wohl auch erwarten, daß man eine Antwort von eben diesen Personen zum Leuchter-Gutachten bekommt. Wenn man hieb- und stichfeste Gründe hat, anzunehmen, daß es falsch ist, gut, dann sollen diese Gründe doch aber auch mitgeteilt werden. Besteht aber auch nur die geringste Chance, daß die dortigen Ergebnisse den Tatsachen entsprechen könnten, dann muß der Sache mit eigenen Gutachten nachgegangen werden. Nur zu pauschalieren hilft nicht weiter.

Weizsäckers Geschichtslücken

Auch ist entgegen den Aussagen des Bundespräsidenten nie das Deutsche Reich zusammengebrochen. Im Mai 1945 hat ausdrücklich nur die deutsche Wehrmacht kapituliert. Das Deutsche Reich hat seinerzeit weiterbestanden und besteht völkerrechtlich auch heute noch in seinen Grenzen vom 31. August 1939 fort.
Man muß leider feststellen, daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker erneut eine Rede gehalten hat, die nicht im nationalen Interesse des deutschen Volkes lag. Heinrich Heine war sicherlich ein Querdenker. Aber er hat sein Volk geliebt. Dies behauptet Richard von Weizsäcker zwar auch von sich, nur seine Reden sprechen eine andere Sprache. Und zwar eine, die man im Ausland gerne hört, da Deutschland wieder im Büßerhemd dasteht. Aber gerade dies liegt nicht im Interesse Deutschlands. Von daher ist er so ziemlich der ungeeignetste Mann für den Heinrich-Heine-Preis. □



Deutschland

Krieg – Flucht, Vertreibung, Verschleppung

Emil Schlee

Deutschlandpolitik ist wieder aktuell, bewegt die Gemüter, erregt die Politiker und läßt die jungen Deutschen aufhorchen. Das ist gut so und läßt hoffen. Weniger erfreulich ist, daß die allgemeinen Kenntnisse, das Wissen um Deutschland einfach zu gering sind. Diese Tatsache kann man bei vielen Gelegenheiten bundesweit feststellen. Wie soll aber ohne Kenntnis ein Bekenntnis zu Deutschland entstehen?

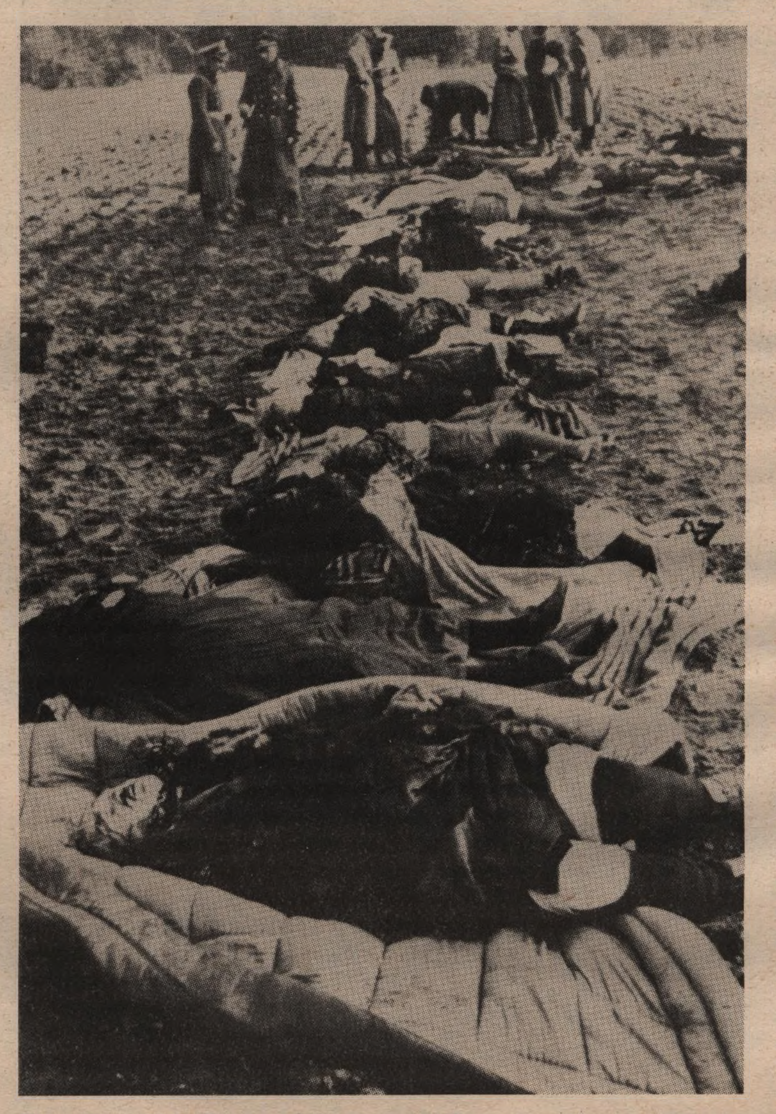
Krieg ist eine Geißel der Menschheit, sie trifft in modernen Kriegen die Völker in ihrer Gesamtheit. Ob Frauen oder Kinder, ob Zivilisten oder Soldaten, sie alle waren in den Kriegen unseres Jahrhunderts den furchtbaren Vernichtungswaffen oft wehrlos ausgesetzt. Der Zweite Weltkrieg forderte fast 55 Millionen Tote. Die beiden Weltkriege waren zudem europäische Bruderkriege, die wegen der großen Opfer auf allen Seiten eigentlich keine Sieger, sondern die Völker als Verlierer hatten.

Aus der Geschichte lernen

Der englische Historiker Arnold J. Toynbee (1989 bis 1975), der der letzte unter den bedeutenden Historikern war, die noch Universalgeschichte zu schreiben versuchten, hat sein großes Geschichtswerk des Titels »A Study of History« oder »Der Gang der Weltgeschichte« einmal nach den Stellen durchsucht, in denen Ursprung und Wirkung des Krieges deutlich wurden, und kam zu dem Schluß, »daß der Krieg immer die unmittelbare Ursache des Niederganges einer Kultur war« und uns »eine vergleichende Übersicht über die Niedergangsstadien der Kulturen zeigt, daß der Krieg der Schlüssel zum Verständnis aller Verfallserscheinungen ist«.

Hier sollte man aus der Geschichte lernen können, unabhängig davon, daß es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schon wieder insgesamt 140 Kriege auf der Welt gegeben haben soll, wie Professor Dr. Siegfried Quandt als Historiker und unter Beteiligung von Vertretern der Großmächte am 25. Januar 1985 auf einem Forum der Gießener Justus-Liebig-Universität erklärte.

Unter beiden Weltkriegen hat das deutsche Volk schwer gelitten, große Opfer bringen und zum Teil auch ungerechtfertigte Demütigungen über sich ergehen lassen und hinnehmen müssen. Weder die Kriegsschulderklärung in Artikel 231 des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 noch der Kontrollratsbeschluß Nr. 46 vom 28. Februar 1947, mit dem der Staat Preußen für aufgelöst erklärt wurde, entsprechen in ihren dahinterstehenden Beschuldigungen und Unterstellungen den historischen und wissenschaftlich erforschten Tatbeständen.



Die ermordeten Frauen, Männer und Kinder von Nemmersdor in Ostpreußen liegen zur Bestattung aufgereiht auf der Erde. Die ersten Opfer des sowjetischen Angriffs auf Ostpreußen wurden einer internationalen Ärztekommission gezeigt.

Ausländische Wissenschaftler wie die Professoren Pitirim Sorokin oder Quincy Wright sowie der britische Militär- und Marinehistoriker Russell Grenfell, die die Beteiligung der europäischen Völker an Kriegen und die Zeiten, in denen sich die Völker im Kriegszustand befanden, seit dem 12. Jahrhundert, seit 1480 oder seit Waterloo, untersucht haben, kommen zu dem einhelligen Ergebnis, daß Preußen/Deutschland mit Abstand am wenigsten Kriege geführt hat oder in solche verwickelt war.

Das sind feststellbare Tatsachen, die man der Wahrheit und der Selbstfindung unseres Volkes wegen der leichtfertigen Kollektiv- oder Kriegsschuldthesen, mit denen man ein ganzes Volk und seine Geschichte kriminalisieren und verunglimpfen will, entgegenhalten muß.

Wer sich berufen fühlt, Politik für Deutschland mitzutragen und mitzuverantworten, der muß diese psychische Belastung und Betroffenheit noch eines großen Teils unseres Volkes kennen und nachzuempfinden versuchen, weil er sonst kein Mittler zwischen den Generationen, kein ernstzunehmender Sprecher seiner Wählergruppen und auch kein überzeugender Vertreter des deutschen Volkes sein kann.

Hier gilt es noch ein Kapitel anzusprechen, das das Verhältnis zwischen den Generationen auch durch falsche Informationen und Verleumdungen immer noch belastet. Es geht um das Ansehen der deutschen Soldaten beider Weltkriege. Beide Kriege gingen für Deutschland verloren. Es wäre in beiden Fällen zu billig, den deutschen Soldaten dafür verantwortlich zu machen. Es wäre unfair, seine Leistungen nicht sehen oder gar mißdeuten zu wollen, nur weil der Krieg allgemeine Verurteilung verdient. »Die persönliche Opferbereitschaft bleibt unabhängig von der moralischen Wertung des Gesamtgeschehens bestehen. Das ist auch der Grund, warum bei allen Völkern die Erinnerung an Einzeltaten für die Augenzeugen alle anderen Erlebnisse überragt.«

Über 3,25 Millionen Soldaten und drei Millionen der Zivilbevölkerung wurden Opfer des Zweiten Weltkrieges. Über 14 Millionen Soldaten gingen in die Gefangenschaft, 2,5 Millionen deutsche Soldaten kamen in der Gefangenschaft um (davon 2,1 Millionen in der Sowjetunion) und kehrten nicht zurück. Über diese Schicksale kann ein heute Lebender als Mitglied dieses Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen.

Bewertung der Armeen durch den israelischen Generalstab

Zur Ehrenrettung des deutschen Soldaten beider Weltkriege, deren Vertreter ja noch in unserem Volke leben, sei nachfolgend einmal die »Bewertung der Armeen durch den israelischen Generalstab« zur Kenntnis gebracht, um weit verbreiteten Vorurteilen und Geringschätzungen durch eine ausländische Beurteilung zu begegnen.

Der israelische Generalstab, der durch Aktionen wie Entebbe in der ganzen Welt Aufsehen erregte, hat der Ausbildung der israelischen Truppen sehr fundierte Studien über die Armeen zugrunde gelegt, die am Ersten und Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben. Mehr als tausend Militärspezialisten sind zu der Frage der Qualität der verschiedenen Armeen eingehend befragt worden. Hohe Offiziere aller Nationen wie der verstorbene US-General Marshall, der französische General König und der britische Militärschriftsteller Liddell Hart wurden an dieser Rundfrage beteiligt. Diese militärischen Sachkenner haben sich zu den Fragen geäußert, welche Armee sie für die beste hielten, welche Soldaten am diszipliniertesten gekämpft und welche die größte Initiative besessen hätten. Nach diesen Geschichtspunkten erarbeiteten die Israelis eine Rangliste. Aus ihr ergibt sich, welche Einheiten und Formationen aufgrund ihrer kriegerischen Leistungen und ihrer Kampferfahrungen an der Spitze lagen.

Als tapferste Soldaten beider Weltkriege wurden von den Israelis die Deutschen ermittelt. Es folgten die Franzosen für den Ersten und die Japaner für den Zweiten Weltkrieg. Die deutschen Streitkräfte wurden als die diszipliniertesten beider Kriege bezeichnet. Als Elite-Einheiten des Zweiten Weltkrieges wurden die US-Marines (Ledernacken), die britischen Kommandotruppen, die französische Fremdenlegion, die deutsche Waffen-SS und die sowjetische Arbeitermiliz hervorgehoben.



Eine Mutter und sechs Kinder im offenen Wagen auf der Flucht aus Schlesien. Wer zurückblieb, erlitt oft Schreckliches.



Eine Flüchtlingsfrau im zerstörten Berlin. Sie hat keine Schuhe an den Füßen, auf dem Rücken trägt sie ihre Habe.

Die Bewertung nach Punkten, die eine Höchstzahl von 100 Punkten zuließen, hatte folgendes Ergebnis:

Im Ersten Weltkrieg:

Armee	Punkte
Die deutsche Armee	86 Punkte
Die französische Armee	65 Punkte
Die englische Armee	59 Punkte
Die türkische Armee	52 Punkte
Die amerikanische Armee	49 Punkte
Die russische Armee	45 Punkte

Im Zweiten Weltkrieg:

Armee	Punkte
Die deutschen Streitkräfte	93 Punkte
Die japanische Armee	86 Punkte
Die sowjetische Armee	83 Punkte
Die finnische Armee	79 Punkte
Die polnische Armee	71 Punkte
Die britische Armee	62 Punkte
Die amerikanische Armee	55 Punkte
Die französische Armee	39 Punkte
Die italienische Armee	24 Punkte

Das Leid begann 1945

Es geht bei diesen Übersichten und Ergebnissen nicht um Olympiasiegerlisten, nicht um Heldenkult oder Kriegsverehrung. Wir wissen, daß wir beide Kriege verloren haben. Aber die deutschen Soldaten haben ein Recht darauf, daß man ihren Opfergang und ihre Haltung würdigt. Ebenbürtig könnte man den Opfergang und die Haltung und Leistung der Zivilbevölkerung, der Mütter und der Trümmerfrauen, der Vertriebenen und Flüchtlinge und der westdeutschen Bevölkerung, die – einmal abgesehen von der ebenfalls betroffenen mittel-

Deutschland

Krieg – Flucht, Vertreibung, Verschleppung

deutschen Bevölkerung – den großen Strom der ostdeutschen Landsleute auffing und in Schicksalsgemeinschaft Not und Brot miteinander teilte, danebenstellen. Wer weiß das schon noch?

Das Kriegsende war in der Geschichte der Deutschen keine »Stunde Null«, für viele begann dann erst Leid, Not und Tod. Über 13 Millionen Landsleute wurden im Gefolge der Kriegsereignisse und Nachkriegsmaßnahmen aus ihrer Heimat vertrieben und flohen unter schrecklichen Umständen über Land und Meer gen Westen.

Fast 2,5 Millionen Menschen kamen bei der Flucht und oft grausamen Austreibung ums Leben. Verschleppung nach Durchmarsch der Roten Armee gingen einher mit allen anderen Unmenschlichkeiten, die in jener Zeit zum Alltag der geplagten Menschen gehörten. Eine nicht für möglich gehaltene Leidensfähigkeit der Menschen, die unfaßbare Erlebnisse ertragen mußten und überwunden haben, war zu beobachten.

Die Deutschen haben ein langes Gedächtnis

Was nach 1945 an Unheil über viele Völker Europas hereinbrach, überstieg oft die Schrekken des nicht weniger grausamen Krieges, denn Tod und Vernichtung gingen weiter: »Recht und Gesetz hatten aufgehört, bindende Richtlinien für die kämpfenden Gruppen zu sein. Sie gaben sich in der Verbitterung an Unbarmherzigkeit wenig nach. Die Vernichtung schöner, alter deutscher Städte, die Vertreibung friedlicher Menschen, Hunger und Elend sind bezeichnend für die Zeugnisse aus dieser Zeit.« Und wenn man bedenkt, daß seit dem Kriegsende in anderen Teilen dieser Welt Krieg, Flucht, Vertreibung, Völker- und Massenmord weitergehen, dann wird man die Verzweiflung ungezählter Menschen verstehen können.



Riesige Gefangenenkolonnen wurden von den amerikanischen Kampftruppen aufgebracht und auf freiem Feld inhaftiert.



Die Deutschen sollten ruiniert werden. Die Alliierten taten dies nach Kriegsende über die Kontrolle der Nahrungsmittel und durch Umsiedlung.

Es sind heute noch über 20 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, die ihrem Status nach zu den Vertriebenen und Flüchtlingen zählen. Sie haben oft furchtbare Erlebnisse gehabt, die im Herzen Risse hinterlassen haben und aus dem Gedächtnis und Erinnern einfach nicht zu verdrängen sind. Wie sehr diese Deutschen über Blut und Tränen hinweg den östlichen Nachbarn bereits wieder die helfende Hand hingestreckt haben, hat auch die große Paketaktion für die Polen und die Russen deutlich werden lassen.

Man kann den Menschen nicht in ihre Herzen schauen, aber das sollte jeder wissen: Sie hängen an ihrer Heimat, sie leiden unter der Teilung des Vaterlandes, es schmerzt sie die oft beobachtete Gleichgültigkeit vieler Bundesbürger gegenüber dem gesamtdeutschen Schicksal, sie sind unzufrieden mit der unzureichenden Erziehung und Bildung der jungen Generation, die Deutschland kaum noch kennt und über das Schicksal der Flucht und Ver-



Hunger war auch 1945 ein Teil der psychologischen Kriegsführung. Völkerrechtlich führen die Sieger den Krieg gegen die Deutschen noch heute.



Heimkehrer aus russischen Zwangsarbeitslagern 1948 im niedersächsischen Friedland (rechtes Bild). An ihren Gesichtern kann man ihre trostlose Lage erkennen.



Frühjahr 1945: Das hart umkämpfte Tal der Ruhr glich einer Mondlandschaft.

treibung der eigenen Landsleute kaum noch weiß, es fordert sie zunehmend heraus, daß Politiker glauben, sie können über die Köpfe und Herzen der Vertriebenen und Flüchtlinge hinweg über deren Heimat befinden. Das dürfte ein mehrheitskostender Irrtum sein.

Frau Professor Dr. E. Noelle-Neumann hat in einer Jahresendumfrage im Dezember 1975 bereits festgestellt: »Von den meisten wird die Schwerblütigkeit der Deutschen in diesem Fall unterschätzt. Die Bevölkerung hat ein ganz langes Gedächtnis. Die großen historischen Bezüge sind ihr bewußt. Und aus diesem Bewußtsein heraus reagiert sie auch. ... Die Deutschen würden hellhörig werden, wenn sie den Eindruck bekämen, daß die Regierung in bezug auf den Osten irgend etwas rutschen läßt. Das würde sie alarmieren.«

Dieser Zeitpunkt scheint langsam gekommen zu sein. Alle Anzeichen sprechen dafür. Krieg, Flucht, Vertreibung und Verschleppung sind Erfahrungs- und Erlebniswerte von einem Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Zu den Grundlagen der Deutschlandpolitik zählen auch diese Menschen mit ihren Erfahrungen und Erlebnissen, die sie mit Deutschland enger verbunden hat. □

Deutschland

Die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes

Hans Schröcke

Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht. Was nutzt denn ein »Deutschland einig Vaterland«, wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht? Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodeln wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen und die Vorstellungen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dümmlich-dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.

Das Bundesverfassungsgericht führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: »Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates ... zu begreifen. Das Festhalten ... an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck ... dieser Grundentscheidung ... Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot ... auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde ... Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.«

Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Beoder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk – und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft, beseitigt oder geändert werden können.

Über die Bedeutung des Begriffes Volk in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beil zu. »Das Parlament« 23, 1973 B 11, S. 3):

»Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethnischer Begriff«.

Ganz in diesem Sinne definiert das Bundesvertriebenengesetz vom 14. August 1957 in § 6:

»Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird«.

Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker, Parteien und Medien gegeben. Daß dem nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.

Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.

Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.

Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westli-



Die schwankende, balanzierende Europa, wie sie bereits Honoré Daumier sie charakterisierte.

chen Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Veiter geht es vor allem um die nichtkörperlichen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.

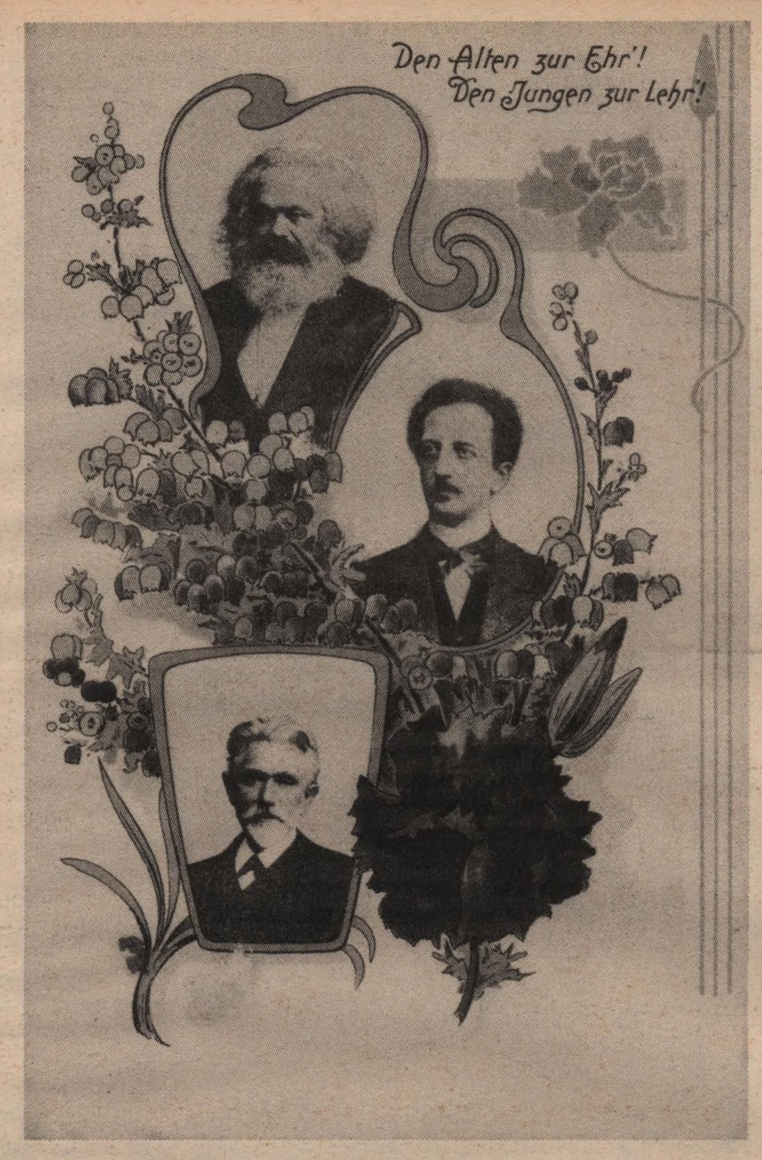
Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weiter vererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Ditfurth weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, »Geo«, Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, genetisch vorprogrammiert.

Konrad Lorenz (»Vom Weltbild des Verhaltensforschers«) urteilt:

»... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr So-und-Nicht-anders-Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind«.

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist 1972):



Die »Alten« des Kommunismus schrieben: »Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab.«

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

»Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man ... versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren, abzustrafen oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z. B. bezeichnet man sie als Faschisten). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind.«

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz (»Die Rückseite des Spiegels«, 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (»gespaltene Charaktere«) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süssmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von »Bereicherung«.

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff Volk nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder »Wohnbevölkerung«.

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.

Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Übersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.

Deutschland

Die Wahrungs-pflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung, – mit unabsehbaren negativen Folgen!

Man kann nun den Begriff Volk allgemeinverständlich so definieren: Völker sind Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften mit eigener Sprache, eigener Kultur und eigenem Selbstverständnis (Identität).

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem ius sanguinis. In Frankreich dagegen herrscht das ius solis, d. h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen sofort das Recht auf Staatsbürgerschaft zu, genauso wie das bei uns Lafontaine, Geißler und andere wollen. Damit aber würden nicht nur alle juristischen Schleusen zur Völkervermischung und Völkerzerstörung geöffnet, sondern dieser Rechtsbegriff liegt auch dem französischen Nationalismus zugrunde, der chauvinistisch mit dem »einen und unteilbaren Frankreich« der französischen Könige brutal weitergeführt hat, bis zu dem Genocid an den Lothringern und Elsässern heute.

Damit haben aber auch in der westlichen »Wertegemeinschaft« die Begriffe national, Nationalismus eine völlig andere und falsche Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung zugrundeliegt.

Nation kommt von nasci, geboren werden, und beinhaltet den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und das ius sanguinis für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Dr. Uhlitz schrieb als Staatsrechtler (Uhlitz, in H. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987): »Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können«.
Das GG sagt dazu in Art. 20:

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«
Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) »alle Deutschen«.

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der »westlichen« Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.
Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise seit 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.

Hier treffen sich heute also Humanbiologie und Völkerrecht.

Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süssmuth), Denkmäler

Die Denkmäler der USA: Bald werden deutsche Städte ebenso vernichtet und unser Leben kultur- und geschichtslos sein.



für Deserteure, ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und Ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

Die Amerikanisierung unseres Lebens

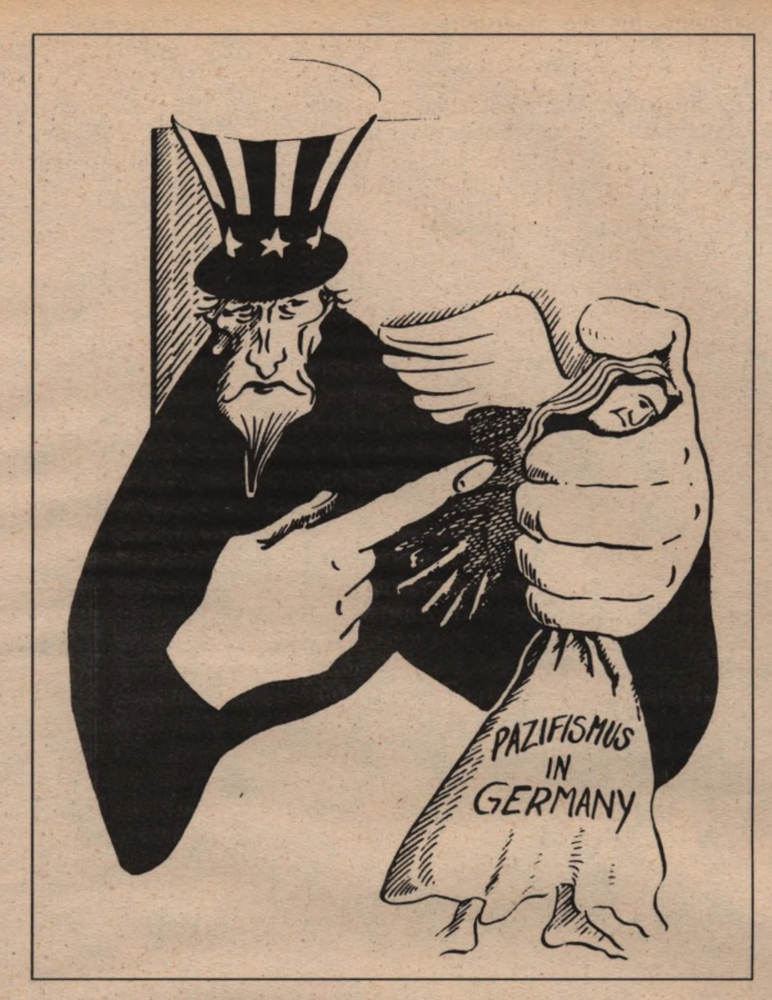
Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholtkolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.

Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dom, in dem viele Jahrhunderte der rex theodiscus, der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Sieges dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Die offiziell ausgelobte »Kunst« ist weithin seelischer Umweltschaden. Demgegenüber gab es in der DDR erstaunliche Kulturleistungen ohne jede Spur von Ideologie wie das Thomas-Münzer-Ehrenmal bei Bad Frankenhausen, den fünfteiligen Lutherfilm oder Bücher von Historikern über Bismarck und über Friedrich den Großen. Diese Werke sind nicht zu vergleichen mit Machwerken wie zum Beispiel dem Buch von Augstein, der am ersten Umerziehungskurs der britischen Besatzungsmacht teilnahm, und das entsprechend ausfiel.

Es scheint, als ob der Handlungsspielraum der DDR unter sowjetischer Herrschaft bezüglich nationaler Identität im weitesten Sinne größer war, als der Westdeutschlands.

Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.



Das Zerstörungswerk geht weiter

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die US-»Befreier« – neben anderen Verletzungen des Völkerrechts – fast eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.

Dieses Zerstörungswerk wird heute – nur etwas eleganter – durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.

Die sogenannte »Europäische Gemeinschaft« und die geplante »Europäische Union« sind das getreue Abbild der multirassischen, multiethnischen und multikulturellen USA.

Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG:

Nach einer Meldung der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. September 1991 sind fünf der derzeitigen Außenminister von EG-Staaten Freimaurer. Und Geißler, Süssmuth und Kohl schwärmen von den Vereinigten Staaten von Europa, die für Deutschland und das Deutsche Volk – ganz objektiv gesehen – das Ende bedeuten würden.

Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:

Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: »Die Auflösung der Familie ... die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg ... Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen ... Die Arbeiter haben kein Vaterland ... Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral«.

Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): »Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen«.

Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle d. Intern. Sozialistischen Konf., Wien 1921): »Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt«.

Die hochrangige SPD-Funktionärin **Renate Schmid** sagte am 14. März 1986 auf die Frage »Sterben die Deutschen aus?«: »Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzte Stelle setze, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht.«

Und der Generalsekretär der CDU, **Geißler,** erklärte (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 2. November 1988): »Ich kann nicht einsehen, warum Ausländer, die in der BRD wohnen, arbeiten und sich integrieren – Portugiesen, Griechen und Menschen anderer Kulturen – eine Gefahr für uns bedeuten sollen ... Für ein Land der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offen halten für Ausländer und für Aussiedler«.

Das soll genügen, die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983

Deutschland

Die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes

ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.

Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die »gewendete« marxistische wie die liberalistische Nomenklatura sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.

Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie gerade wieder im Golfkrieg vorgeführt.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort Volksgemeinschaft, schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien – der marxistischen und der liberalistischen – gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß Lenin seine Revolution nur mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchführen konnte.

Doch der Golfkrieg zur endgültigen Durchsetzung der Weltherrschaft (»Neue Weltordnung«) wird möglicherweise der letzte »Sieg« des Liberalismus und der USA gewesen sein.

Ihr Niedergang im rassischen Gegeneinander und sozialen Chaos ist offensichtlich, ihnen steht das Arbeitsethos des japanischen Volkes gegenüber, das mit der Devise »Gewinn durch harte Arbeit« mehr und mehr zum Aufkäufer der USA wird.

Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter, USA, der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):

»Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann. Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden ... Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern«.



»Freiheit, Recht und Friede« waren die Losungen am Beginn der geplanten Endlösung für Deutschland.

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun jetzt der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten Europäischen Union, die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.

Durch Niederlassungsfreiheit, Freizügigkeit, Abschaffung aller kontrollierbaren Grenzen und Aufgaben aller Souveränitäts- und Hoheitsrechte, durch die nachvollzogene marxistische Egalisierung der Völker Europas soll mit der Errichtung der »Vereinigten Staaten von Europa« das deutsche Volk beseitigt werden.

Während die multirassischen, multiethnischen und multikulturellen Völkergefängnisse des Ostens gerade zerbrechen, dem sich die EG in »Jugoslawien« durch Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Slowenen und Kroaten entgegenstemmt, will man uns in ein solches hineinzwingen und unser Volk in ihm auflösen.

Wir müssen – dazu berechtigt, ja verpflichtet die demokratische Staatsform uns – die Staatsorgane auf ihre Pflichten hinweisen, ihre verfassungsgemäße Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes zu erfüllen!

Gehen wir darum auf die Straße wie der vielleicht »ärmere« (?) aber deutscher gebliebene Teil von uns im Jahre 1989:

»Wir sind das Volk, und wir wollen ein Volk bleiben!« □

Geld

Der ECU soll die Mark verdrängen

Hans-Joachim Klausner

Trotz gegenteiliger Bestrebungen der Bürger haben die Internationalisten, ihren Plan, die bisherigen Nationalstaaten so weit wie möglich zu zentralisieren, nicht aufgegeben. Ganz im Gegenteil haben sie ihre diesbezüglichen Bemühungen sogar noch verstärkt. Massive Unterstützung erhalten sie hierbei durch die Bundesregierung, die in den vergangenen Wochen und Monaten urplötzlich zum Treiber der europäischen Einigung geworden ist.

Einer der Hauptpunkte ist dabei die Absicht der EG-Mitglieder – mit Ausnahme Großbritanniens – ab 1999 eine einheitliche Währung zu schaffen. Was in den USA möglich ist, müßte schließlich in Europa auch möglich sein, lautete eines der »Argumente« für diesen Beschluß.

Allergrößte Zweifel sind angebracht

Dies bedeutet nichts anderes, als daß zwölf Währungen hinter den zwölf verschiedenen Konjunkturen, zwölf verschiedene Wirtschaftsordnungen und zwölf unterschiedliche Regierungen stekken in bestimmten Verhältnissen untereinander zusammengemischt werden sollen. Und dieses soll dann nach Bekunden der EG-Finanzminister die stabilste Währung der Welt werden.

Dies würde gleichzeitig auch das Ende der D-Mark bedeuten. Man bräuchte aber keine Angst haben, beruhigte Finanzminister und CSU-Chef Theo Waigel, die aufgebrachten Bürger, der ECU werde mindestens genauso stark, wenn nicht noch stärker als die Mark werden.

Hieran sind aber allergrößte Zweifel angebracht. Alleine von der Logik her, kann der ECU gar nicht so stark sein wie die Mark. In der Bundesrepublik wird seitens der Bundesbank eine strikte, manchmal sogar zu restriktive Stabilitätspolitik betrieben. Trotz der derzeitigen sehr hohen Verschuldung stimmen aber wenigstens noch die Rahmendaten, die den hohen Verschuldungsgrad dann aber wieder relativieren und angesichts der mittel- bis langfristigen Chancen aus der (Teil-)Wiedervereinigung als angemessen erscheinen lassen. Selbst bei einer wirtschaftlichen Talsohle, wie sie für 1992 erwartet wird, wird aber noch immer ein Wachstum von mindestens zwei Prozent – eher sogar mehr – erwirtschaftet. In anderen EG-Ländern, besonders in südlichen, gilt ein Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von zwei Prozent aber schon als Hochkonjunktur.

Zwar haben sich die Finanzminister schöne Modalitäten ausgedacht, die jedes Land erfüllen soll, um in den einheitlichen Währungstopf aufgenommen zu werden. So muß die Inflationsrate nahe am Durchschnitt der drei besten EG-Länder liegen. Auch soll das Etat-Defizit drei Prozent des Sozialprodukts nicht überschreiten und die Gesamtschuld des Staates höchstens 60 Prozent des Sozialprodukts ausmachen. Die Währung muß sich zwei Jahre vor Eintritt ohne große Schwankungen gegenüber den anderen EG-Währungen behauptet haben. Die Zinssätze sollen angeglichen sein. Auch soll eine EG-Notenbank geschaffen werden, die politisch unabhängig nur an der Stabilität des ECU ausgerichtet sein soll.
Schön und gut. Wenn man dies allerdings in letzter Konsequenz fortführen wollte, müßte man gleichzeitig alle eigenstaatliche Finanzpolitik auch dem Europa-Parlament übertragen. Denn was passiert, wenn auf einmal nach Wahlen eine linke Regierung eine Mitte-Regierung ablöst und das Füllhorn sozialer Wohltaten über das Volk ausschüttet. Schon wird das ganze Finanzgefüge dieses Volkes negativ beeinträchtigt, sofern der Ausweitung der sozialen Leistungen keine Produktivitätssteigerung und kein stärkeres Wirtschaftswachstum gegenübersteht.

Dies soll dann aber keine Auswirkungen auf die Stabilität des ECU haben? Ganz im Gegenteil. Die dadurch verursachte weltweite Instabilität des ECU könnte nur durch die Höhergewichtung stabiler Währungen, sprich Deutsche Mark, erfolgen oder durch verstärkte Subventionierung des ECU durch die deutsche Regierung. Dadurch wäre dann zwar vordergründig das Ziel eines stabilen ECU erreicht, aber nur auf Kosten der wirtschaftlich starken Länder, auf die zudem wesentlich größere Lasten zukommen als beim jetzigen System. Im deutschen Innenverhältnis wäre der ECU aber wesentlich instabiler als die Mark.
Ja, könnte jetzt ein Gegenargument lauten, aber auch Deutschland könnte hiervon profitieren, wenn die Bundesregierung eine falsche Politik betreiben würde. Dies stimmt eben nicht, da die Bundesbank von der Regierung völlig autonom ist. Selbst zu Zeiten der sozialliberalen Regierungskoalition war die Mark noch immer stärker als die meisten anderen Währungen, weil die Bundesbank die Fehler der Regierung durch ihre eigenständige Stabilitätspolitik zumindest auf diesem Sektor teilweise wieder ausgleichen konnte.

Die eigenen Interessen gehen vor

In anderen Ländern sind die Notenbanken aber eben nicht weisungsunabhängig. Auch kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß etwa französische oder italienische – und erst recht britische – Vertreter in der Euro-Notenbank die Ziele ihrer Länder im Zweifelsfalle höher ansetzen werden als die Interessen anderer Länder. Also würde alles auf eine weitere Inanspruchnahme der sogenannten reichen Länder und hier in erster Linie Deutschland hinauslaufen.
Der Dollar-Vergleich hinkt auch. In den USA wurde seit dem Zusammenschluß der ersten Staaten immer schon weitgehend eine zentrale Finanzpolitik betrieben – ähnlich wie hier mit den Bundesländern –. Und das Staatengebilde in seiner jetzigen Form und dem Dollar als einheitliche Währung war schon relativ früh gebildet, so daß der etwas später erfolgende Anschluß einzelner Staaten kein Problem bildete, zumal in diesen ohnehin schon der Dollar als Währung bestand. In den USA bestand nie die Notwendigkeit, wie jetzt in Europa nach dem EG-Beschluß, über Jahrhunderte homogen gewachsene Staaten mit eigener Währung in einem Einheits-Topf zusammenzubringen.

Und dies ist auch das große Problem des einheitlichen Wirtschaftseuropa. Jedes Land hat im Laufe der Jahrhunderte sein eigenes, auf seine Belange speziell zugeschnittenes Wirtschaftssystem entwickelt, in dem vielleicht auch aufgrund der jeweiligen Gegebenheiten auf verschiedene Interessensgruppen Rücksicht genommen werden muß, selbst wenn diese vielleicht den Haushalt belasten. Siehe etwa Deutschland, wo auf die gänzliche Subventionierung von Kohle und der Landwirtschaft nicht verzichtet werden kann – auch eine Folge der EG –, sollte es nicht zu Massenarmut der betroffenen Bevölkerungsschichten kommen.

So sagte dann bereits auch der holländische Zentralbanker André Szasz, daß »Deutschland bei der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion tatsächlich Souveränität abgeben (wird), in dem Sinne, daß es auf seine dominierende Rolle in der europäischen Wirtschaftspolitik verzichtet«. Diese dominierende Rolle hat Deutschland aber nur aufgrund der harten Arbeitskraft seiner Bürger, einer vernünftigen Politik der Notenbank und einer insgesamt sicherlich mehr an den tatsächlichen Gegebenheiten ausgerichteten Wirtschaftspolitik als in anderen Ländern erhalten. Diese war aber nicht gottgegeben. Jedes andere Land hätte dies genauso gut erreichen können, wenn es nur gewollt hätte. □

Banker-Journal

Schweizer Koalition greift IWF und Weltbank an

»Die Politik des IWF und der Weltbank löst Hungersnöte und Verarmung aus, verstärkt die Ungerechtigkeit im internationalen Handel, ist frauenfeindlich und antidemokratisch«, heißt es in einer von Aktivisten, Ökologen, Feministen der Dritten Welt und Menschenrechtsorganisationen in der Schweiz gestarteten Kampagne. Sie bereiten eine Volksabstimmung gegen den Beitritt des Landes zu diesen Institutionen vor. Das Referendum gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird offiziell von einer Dachorganisation namens »Berner Erklärung« gefördert.

Mit der Volksabstimmung soll erreicht werden, daß zwei kürzlich vom Schweizer Parlament verabschiedete Gesetze, mit denen der Beitritt Schweiz zum IWF und zur Weltbank gebilligt und gesetzlich verankert werden soll, rückgängig gemacht werden. Das Parlament der Schweiz trug den Anti-IWF-Drücken Rechnung, indem es den Gesetzesentwürfen einige Anregungen an den IWF einfügte, seine Politik der »Konditionalitäten« gegenüber der Dritten Welt zu »mildern«, aber solche Aktionen werden von den Promotern des Referendums als unzureichend erachtet.

Wie berichtet wird, sind Offizielle des IWF über die geplante Volksabstimmung, die schon im kommenden Mai abgehalten werden könnte, verärgert. Nach der Schweizer Verfassung können die Pro-IWF-Gesetze nämlich vorher nicht in Kraft treten. Christliche politische Kräfte haben sich von der Initiative zur Volksabstimmung mit dem Argument distanziert, dies sei »Nachhut-Initiative« und die Politik des IWF und der Weltbank müsse von innen her verändert werden.

Mit einem weiteren Angriff auf das derzeitige Weltgeldsystem beschuldigte der Präsident der Seychellen, Albert René, die industrialisierten Länder, der Dritten Welt ungeeignete politische und wirtschaftliche Konzepte aufzwingen zu wollen. »Länder der Dritten Welt müssen bei der Handhabung ausländischer Konzepte, darunter des politischen Pluralismus, sehr vorsichtig zu Werke gehen, weil sie letztendlich in ernsthafte wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten gestürzt werden könnten«, sagte er während eines Kurzbesuchs auf der Insel Sansibar im Indischen Ozean, auf dem Rückweg von dem Gipfeltreffen des Britischen Commonwealth in Harare, Zimbabwe.

René beschuldigte die entwickelten Länder der Heuchelei und nannte als Beispiel das, was er die ungerechte Handelsbilanz zwischen reichen und armen Ländern nannte. □

Indien warnt vor Gefahren des »Freien Marktes«

Ein führender junger indischer Politiker warnte sein Land davor, daß die anglo-amerikanische Elite versucht, der Welt Maßnahmen des »Freien Marktes« aufzuerlegen, um ihre Macht zu bewahren. In seiner Ansprache auf der Konferenz über »Herausforderungen vor der Jugend und der Nation«, die von ehemaligen Jugendführern der regierenden Congress Party in New Delhi organisiert wurde, sagte der Führer der Congress Party des Staates Sikkim, P. P. Gurung, zu 450 Jugendführern – von denen 60 Parlamentarier sind –, daß der Ausgang des Golf-Krieges eine Kampagne ausgelöst habe, um Länder der Dritten Welt unter die Knute des »Freien Marktes« zu zwingen.

Indien, meinte er, kann nicht allein dem steigenden Druck der Anglo-Amerikaner weltweit standhalten, mit dem ihm eine Wirtschaft des »Freien Marktes« auferlegt werden soll. Andere Länder in Asien sind gleichermaßen über den Druck der Anglo-Amerikaner, ihre Märkte zu öffnen, beunruhigt. Sie erkennen, daß, wenn sie dies tun, die brüchige Wirtschaftsstruktur ihrer Länder vernichtet wird, und ihre Länder es dann mit Hunderten von Loslösungsbewegungen zu tun haben werden, die in der Natur denen ähneln, mit denen es Moskau jetzt schon zu tun hat. Falls die asiatischen Länder das Kriegsglück nicht gegen den Ansturm des freien Marktes wenden können, wird Indiens Selbstständigkeit ernsthaft herausgefordert werden, äußerte Gurung.

Indiens Außenpolitik sollte durch enge Beziehungen mit China, Japan, Indonesien und Bangladesch verankert werden, empfahl Gurung. Diese Länder sollten eine Wirtschaftsachse bilden. Er wies auch darauf hin, daß alle diese Länder es mit Manipulationen seitens der Anglo-Amerikaner unter dem Vorwand des Umweltschutzes zu tun haben.

Der Konferenz wohnten die meisten indischen Minister bei. Premierminister Narasimha sprach am gleichen Tage. Während der Rede des Staatsministers für Auswärtige Angelegenheiten, Eduardo Faleiro, sagte Gurung auch zu ihm, daß Indien gut daran täte, positiv auf die jüngste diplomatische Geste des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng zu reagieren. □

Die Überschüsse der Weltbank steigen

Die Weltbank hat im Jahr 1990 von den Entwicklungsländern mehr an Zinsen und Kapitalrückzahlungen eingenommen, als sie an neuen Darlehen und Hilfsleistungen ausgegeben hat, enthüllt der kürzlich herausgekommene »Annual Report« (Jahresbericht) der Weltbank. Die Entwicklungsländer, speziell in Lateinamerika, zahlten im Jahr 1990 1,56 Milliarden Dollar mehr zurück, als sie an Neugeldern erhielten.

Diese Enthüllungen könnten für den neuen Präsidenten der Weltbank, Lewis Preston von J. P. Morgan, der im September 1991 an die Stelle von Barber Conable trat, »sofortige Probleme« hervorrufen, berichtete der Londoner »Guardian«. Lateinamerika und die Länder in der Karibik zahlten bis zum 1. Juli 1991 2,1 Milliarden Dollar, und Europa – einschließlich Osteuropa –, den Nahen Osten und Nordamerika zahlten 982 Millionen Dollar, was die Geldströme aus diesen Regionen über die letzten vier Jahre hinweg auf sechs Milliarden Dollar bringt. Die asiatischen Länder zahlten netto nur 470 Millionen Dollar – für eine Region mit Dreifünftel der Weltbevölkerung – und das verarmte Schwarzafrika 895 Millionen Dollar.

Die Weltbank prophezeit einen Rückgang von fünf Prozent des Bruttosozialprodukts Osteuropas auf Grund des Zusammenbruchs von Comecon, des Verlustes von Exporten in die ehemalige UdSSR und der Golfkrise. Es wird erwartet, daß Osteuropa im Jahr 1991 einen Ausfall von 30 Milliarden Dollar verzeichnen wird.

Obwohl sich das »Verleihen« der Weltbank von 1990 bis heute von 15,2 Milliarden Dollar auf 16,4 Milliarden Dollar erhöht hat, fiel die Nettoauszahlung von 9,3 Milliarden Dollar auf 6,3 Milliarden Dollar in 1991 zurück. □

Dillan-Read fusionieren mit Barings

Zwei der Elite-Firmen des Handelsbankenkonzerns Anglo-American, Amerikas Dillon Read und Britanniens Barings, haben bekanntgegeben, daß sie zusammengehen werden. Wenn die Firman auch verhältnismäßig klein sind – Barings ist die siebtgrößte Handelsbank in Britannien, und Dillon Read steht in der Größenordnung in den USA an 22. Stelle – gehören sie zur Elite vergleichbarer Firmen. 1762 gegründet, ist Barings die älteste britische Handelsbank und war lange Zeit einer der Aktionäre mit beherrschendem Einfluß in der Peninsular and Orient Steamship Company, die in der Geschichte des fernöstlichen Opiumhandels eine hervorragende Rolle spielte.

Dillon Read wurde 1832 gegründet und gehörte zu den wenigen Firmen an der Wall Street, die von den siebziger Jahren des ver-

gangenen Jahrhunderts bis Ende der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts auf amerikanische Industriefinanzen den Würgegriff ausübte.

Von entscheidendem Interesse ist die Tatsache, daß beide Firmen die schlimmsten finanziellen Exzesse der achtziger Jahre gut überstanden und jetzt von dem sich beschleunigenden Hinausdrängen der schwächeren Spekulanten mächtig profitieren werden. Wie der Vorstandsvorsitzende von Dillon Read, John P. Birkelund, zum »Wall Street Journal« sagte: »Wenn gesagt wird, wir seien klein, habe ich ein Problem damit, weil ich glaube, daß der Grad des Einflusses, den man ausübt, wichtiger ist. Ich weiß von vielen Firmen mit sehr viel Kapital, die sehr wenig Einfluß haben. Sie schleudern lediglich ihr Kapital umher.« Das ehemalige Vorstandsmitglied von Dillon Read, Nicholas Brady, ist jetzt amerikanischer Finanzminister. □

Britische Banker fürchten Nichterfüllung bei Hypotheken

Verluste durch Nichterfüllung bei Hypothekenschulden stellen »die schwerste Krise für die britische Finanzindustrie seit der Staatsschuldenkrise« dar, versichert Thomas Bennett von der Bank Paribas London mit Nachdruck. Nach amtlichen Daten beläuft sich die Rate der Zurücknahmen von Häusern und Eigentumswohnungen durch Banken und Hypothekenfirmen in Großbritannien in der ersten Hälfte 1991 auf jährlich 72000. 1990 war der Stand 44000, und eine führende Maklerfirma sagt für 1992 115000 Zurücknahmen, rund das Zwanzigfache der Zahlen, die während der schweren Rezession der Jahre 1981 bis 1989 verzeichnet wurden, voraus.

In der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Depression der dreißiger Jahre sind in Großbritannien die Preise für Häuser seit ihrem Höchststand im Jahre 1988 um mehr als 20 Prozent gefallen, während die steigende Arbeitslosigkeit und die schwache Wirtschaft das herbeiführen, was die Bank von England »Erwägungen für die es kaum historische Präzedenzfälle« gibt, nennt.

Es hatte seit den dreißiger Jahren bis zu dieser jüngsten Eruption in Großbritannien praktisch keine ernsthaften Nichterfüllungsprobleme gegeben. Die Nichterfüllungen fügen den Hypothekenversicherern, die Hypothekenaufnehmer gegen Verluste im Falle von Nichterfüllungen, die man allerdings kaum für möglich hielt, versichert haben, gewaltige Verluste zu. Britische Versicherungsgesellschaften rechnen im Laufe des Jahres 1992 mit Konzernverlusten von mehr als vier Milliarden Dollar, so wie sich die Krise verschlimmert. □

Indien unterzeichnet Montreal-Abkommen nicht

Der indische Minister für Umweltschutz Kamal Nath sagte, seine Regierung werde das Protokoll von Montreal nicht akzeptieren, da es zu Maßnahmen verpflichtet, um das Ozon»loch« zu beseitigen, aber Indiens Souveränität als Staat gefährdet, schreibt der Londoner »Independent«.

Nath meinte, Indien sei unglücklich über die Bedingungen für die Hilfe bei der Suche nach »Alternativen« zu Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW). Die Bedingungen könnten Indiens Souveränität beeinträchtigen, kritisierte Nath.

Kühlung ist ohne FCKW so gut wie unmöglich. Ersatzstoffe sind sehr viel teurer und minderwertig. Die stillschweigenden Auswirkungen für die Nahrungsmittelversorgung der Dritten Welt sind sehr ernsthafter Natur. Andere bestehende Technologien werden zusammen mit den FCKW praktisch ebenfalls beseitigt.

Das sogenannte Ozon»loch« war 1956, als es entdeckt wurde, größer als es jetzt ist. Menschliche industrielle »Emissionen« wurden dafür verantwortlich gemacht, obwohl ein Vulkanausbruch – und es gibt einen tätigen Vulkan ganz in der Nähe des »Loches« in der Antarktis – mehr ozonvernichtende Gase ausstößt als die ganze Industrie der Menschheitsgeschichte. Die Bedingungen, auf die Nath sich bezieht, sind Einschnürungen der industriellen Entwicklung. Indien hegt offensichtliche den Verdacht auf einen »imperialistischen« Schwindel der Umweltschützer. □

London erläßt afrikanische Schulden

Die Regierung von John Major beschloß einseitig, Zweidrittel der Schulden von Regierung zu Regierung der Länder der Sub-Sahara zu erlassen, ein Schritt, mit dem die Bush-Regierung überhaupt nicht einverstanden war. Gut informierte Beobachter in der City of London sagen, der Schritt sei Teil einer breitangelegten Umschichtung in der Strategie Großbritanniens, die seit dem Rücktritt von Premierministerin Margaret Thatcher im letzten Frühjahr im Gange sei.

»Das Establishment des Foreign Office hat sich wegen der erschreckenden internen Probleme, in denen Amerika versumpft, dazu entschlossen, weniger auf ein bilaterales Verhältnis mit den Vereinigten Staaten zu bauen; stattdessen kalkuliert man damit, daß es Großbritannien gut anstehe, die ruhenden Bindungen zu den alten Commenwealth-Ländern wieder zu festigen, einhergehend mit der Vollmitgliedschaft Großbritanniens im europäischen Währungssystem und mit der Rolle, die es innerhalb Europas spielen kann.

John Major ist nur eine Fassade für die eigentlichen Politikmacher des dahinterstehenden ständigen Civil Service (Beamtentum),« heißt es in der Zeitung »Economist«.

In dieser Hinsicht unternimmt Großbritannien Schritte, um Kanada in der Kooperation enger an sich zu ziehen. Darüber ist man in Washington nicht allzu glücklich, da man dort befürchtet, daß kanadische Banken gegenwärtig viel stärker als amerikanische Banken sind und in der Zukunft versuchen könnten, stärker in den US-Markt einzusteigen. □

Britanniens Arbeitslosigkeit steigt

Fünf britische Städte – Brimingham, Cardiff, Oxford, Newcastle und North Shields bei Newcastle – wurden in der Vergangenheit von Unruhen heimgesucht. Die Aufständischen setzten Geschäfte in Brand, bauten Barrikaden auf und schnitten Strom- und Telefonleitungen durch.

Mehrere Jugendliche probten vier bis fünf Stunden lang in der einstigen Industriestadt Newcastle den Aufstand. Feuerwehrleute wurden mit Benzinbomben angegriffen, und einer von ihnen wurde schwer verletzt, als ein brennendes Gebäude über ihm zusammenstürzte.

Die Arbeitslosigkeit wird in den städtischen Wohn»höfen«, wo die Aufstände ausbrachen, auf 85 Prozent geschätzt. Ein älterer Einwohner nannte das Unruhegebiet Newcastle »die Dritte Welt am Tyne«, wo Familien Pennies zusammenkratzen müssen, um Bohnen zu kaufen.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien ist seit März 1990 um 51 Prozent angestiegen, auf einen Stand von 2,4 Millionen oder 8,5 Prozent der Arbeitskräfte. □

Japan eröffnet Mikroschwerkraft-Zentrum

Japan hat mit einzigartigen »Raumfahrt-Experimenten« auf der Erde begonnen. Japan eröffnete kürzlich ein Microgravity Center, das sich in einem 2.300 Meter tiefen Bergwerkschacht auf der Insel Hokkaido befindet. Wenn ein Gegenstand in den Schacht hinunter geworfen wird, dauert es etwa zehn Sekunden bis er den Boden erreicht.

Wenn dem Gegenstand auf seinem Weg nach unten kein Luftwiderstand oder ein anderes Hindernis entgegengesetzt wird, macht er ein paar Sekunden der Gewichtslosigkeit durch, wenn er sich im »freien Fall« befindet. □

Geld

Zeit für den Monetarismus?

C. Gordon Tether

Als die Inflation selbst in den höchst entwickelten Ländern wütete wie nie zuvor, kam der Monetarismus zu Beginn der achtziger Jahre schließlich in Mode. Es war Zeit, dem stimmte das Beamtentum zu, die seit langem von dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman und anderen monetaristischen Gurus vertretenen Theorien auszuprobieren, daß die einzige wahre Quelle der exzessiven Geldschaffung – und von daher gesehen der Inflation hervorrufenden Geld-Waren-Lücken – darin zu sehen war, daß die Konten des Staates ständig im Defizit bleiben durften.

Kurz gesagt, der ausgeglichene Staatshaushalt war als Allheilmittel für die meisten, wenn auch nicht alle, Wirtschaftskrankheiten anzusehen.

Anfangs gab es einige Erfolgsberichte. Im Vereinigten Königreich zum Beispiel war die Thatcher-Regierung so stark von den Früchten der neuartigen Problemlösung beeindruckt, daß sie beschloß noch einen Schritt weiter zu gehen als den Staatshaushalt zum Ausgleich zu bringen. Nachdem dies erreicht war, begann sie damit, die Budgetplanung auf Jahr-für-Jahr-Überschüsse umzustellen, mit der Begründung, daß die Bereitstellung von Geldern zur Verringerung der Staatsschuld die Fundamente der neuen Politik verstärken würde.

Angesichts dessen, daß der Monetarismus anscheinend eine große Rolle dabei spielte, die Inflationsrate von einem peinlichen zweistelligen Niveau auf bloße drei Prozent zu senken, war die Begeisterung der Regierung kaum überraschend.

Kur schlimmer als die Krankheit

In den Vereinigten Staaten zeitigte die auf Monetarismus ausgerichtete Wirtschaftsführung, die 1981 von der Reagan-Regierung eingeleitet wurde, wenn sie sich auch weniger auf den Staatshaushalt konzentrierte als die britische Version, einige sehr beeindruckende Erfolge – vor allem an der Inflationsfront. Aber man wurde der eigenen Entscheidung quasi wieder abtrünnig, als der Schaden, den die »Kur« dem Wirtschaftswachstum zufügte, stark in den Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck kam.

Der darauffolgende Aufwärtsschwung im Haushaltsdefizit rief jedoch im Laufe der achtziger Jahre immer stärkere Besorgnisse hervor. Dies führte schließlich zur Verhandlung zwischen dem Weißen Haus und dem amerikanischen Kongreß über eine Fünfjahres-Vereinbarung zur Verringerung des Haushaltsdefizits, was eine Zeitlang die Schrumpfung der Lücke auf ein eindrucksvolles Tempo brachte – die Ziffer für 1989 von 160 Milliarden Dollar war die niedrigste seit vielen Jahren.

Die ausgeklügelten Pläne von Mäusen und Menschen gingen leider in die Hose. Und die jüngsten Kapitel dieses Vordringens in eine »ehrliche Haushaltsführung« bewahrheiten diese uralte Wahrheit – über jeden Zweifel erhaben.

Im Falle Amerikas ist das Bundeshaushaltsdefizit in den letzten zwei Jahren wieder einmal stark in die Höhe geschnellt. Nach eigenem Eingeständnis der Bush-Regierung wird das Defizit in dem Steuerjahr, das im Oktober begann, wahrscheinlich um die 350 Milliarden Dollar liegen – in der Tat ein sehr weiter Weg weg von dem von den Architekten der Fünfjahres-Vereinbarung zur Verringerung des Haushaltsdefizits geplanten Ziel.

Besondere Umstände für die Rezession

Die Erklärung für diese Fehlkalkulation liegt teilweise in den vom Krieg am Persischen Golf hervorgerufenen Umwälzungen – etwas was kaum vorauszusehen war. Was aber noch bemerkenswerter ist, es ist auch klar, daß die Auswirkung der Rezession, die der Vorstoß zum Ausgleich der Bundeseinnahmen und -ausgaben mitgeholfen hat herbeizuführen, wesentlich zu dieser Verschlechterung der Wirtschaftslage beigetragen hat.

Die Erfahrung der Briten war kaum weniger bedrückend. Selbst die strengste Beachtung einer höchst disziplinierten Haushaltsführung brachte das Wachstum der Geldbeschaffung nicht schnell genug zum Stillstand, um das Emporschnellen der Inflationsrate Ende der achtziger Jahre auf zweistellige Niveaus zu verhindern. Die Erklärung hierfür ist darin zu sehen, daß die Regierung darauf beharrte, es dem Bankwesen zu überlassen, nach Belieben Kredite zu schaffen.

Schwerer Schaden für die breite Bevölkerung

Die Folge davon war die Einführung einer Einschränkungspolitik, die wiederum eine höchst peinliche Rezession hervorgerufen hat. Der Alptraum war um so peinlicher, als er die Arbeitslosigkeit auf unannehmbare Höhen trug und dadurch die Major-Regierung zwang, an der Front des Wirtschaftsmanagement den Rückwärtsgang einzuschalten, was sogar soweit ging, die mit soviel Stolz von der Vorgängerin des Premierministers in den achtziger Jahren entwickelte Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts aufzugeben. Defizitäre Haushaltsplanung ist in Britannien wieder einmal an der Tagesordnung.
Aus dieser traurigen Geschichte geht eines klar hervor, nämlich die Tatsache, daß, wenn auch die Entscheidung, aus einer ehrlichen Haushaltsführung einen Fetisch zu machen, auf guten Absichten beruht, das was daraufhin geschah, den Wahrheitsbeweis dafür erbrachte, daß die Straße zur Hölle mit guten Absichten gepflastert ist. Es ist nicht nur so, daß dies ein heilloses Durcheinander – um nicht zu sagen Katastrophen – in der Politik hervorgerufen hat, die den Zweck der ganzen Übung zunichte machten. Es ist auch so, daß diese Heimsuchungen im weiteren Verlauf der Dinge dem Wohlergehen der breiten Bevölkerung schweren Schaden zugefügt hat.

Wenn die Bürger in Zukunft vermeiden wollen, einer solchen Behandlung ausgesetzt zu werden, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß aus den anschaulichen Lektionen, die die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts erteilt haben, tiefgründige Lehren gezogen werden sollten. Eine davon ist die, daß, wenn auch viel dafür spricht, einen Zeitplan zur ausgeglichenen Haushaltsführung aufzustellen, ein Fünfjahresprogramm, wie das, welches jetzt in Amerika gescheitert ist, zu unflexibel ist. Man kann sich nicht darauf verlassen, daß es mit den Veränderungen der Umstände fertig wird, mit denen in der heutigen Welt jedes Land konfrontiert werden kann.

Notwendig ist ein Umdenken

Außerdem ist es nicht sinnvoll, sehr viel Aufmerksamkeit darauf zu verschwenden, die Vereinbarungen zum Staatshaushalt auf einem geraden und engen Pfad zu halten und dabei andere wichtige Gesichtspunkte des Finanzlebens des Staates sich selbst zu überlassen.
In der Vergangenheit spielte der Staatshaushalt gewöhnlich bei der Bestimmung des Zustands der Wirtschaftsumwelt eines Landes eine entscheidende Rolle. Aber dies ist nicht mehr der Fall. Die Entregulierung von Banken und anderen Finanzinstituten auf dem Privatsektor und die Internationalisierung der Geldmärkte haben dafür gesorgt.
Jetzt besteht die Notwendigkeit eines gewaltigen Umdenkens hinsichtlich der Ordnung des Finanzlebens. Dies kann nicht früh genug beginnen. □

Gold

Optimismus ist angesagt

Donald S. McAlvany

Nach elf Jahren glanzloser Leistungen ist Gold heute das am wenigsten geschätzte, unbeliebteste und unter dem Wert gehandelte Investitionsvehikel der Welt. Man braucht nur das Wort Gold zu erwähnen, und der durchschnittliche Geldanleger oder Anlageberater bricht in fürchterliches Gelächter aus, wechselt das Thema oder schläft gelangweilt ein. Kurz gesagt, die meisten Leute möchten ganz einfach nicht über Gold sprechen.

Im Juli 1991 veröffentlichte »Barron's Magazine« einen gegenteiligen Artikel mit der Überschrift: »Ready To Reclaim Its Luster: Gold Could Be The ›Sleeper‹ Investment of the Nineties« (»Ist dabei, seinen Glanz wiederzugewinnen: Gold könnte die ›Schläfer‹-Geldanlage der neunziger Jahre sein«).

»Barron's« stellte fest, daß sich praktisch jedermann Gold gegenüber auf Baisse spekulierend oder gleichgültig verhält: Die Schweizer Banken läßt das Gold kalt; Morgan Stanleys »wealth allocation model« (Wohlstandsverteilungs-Modell) teilt begüterten Kunden mit, das Gold sei ebenso wenig verlockend wie Junk Bonds, LBO funds (Leveraged Buyout Fonds) und antike Möbel; Kemper, ein großer Anlagefonds-Manager, schloß seinen Goldfonds wegen Mangel an Interesse weil man glaubte, Edelmetalle seien »völlig unattraktiv« geworden; »New York Times« stellte Ende Juni 1991 ihre Notierung der Goldpreise oberhalb ihres »business digest« ein und ersetzte diese durch eine Öl-Notierung, »weil Öl für die Wirtschaft von größerer Bedeutung ist«; große Börsenmaklerfirmen in Amerika und England haben ihre (Edel)metallspezialisten entlassen; und prominente Goldkäufer haben das Handtuch geworfen, als einer von ihnen Abonnenten von Nachrichtenbriefen kürzlich mitteilte, er rücke von Gold ab und lege sein Geld künftig in alten Zeitungen an.

Die beinahe vollkommene Interessenlosigkeit, die durch äußerst niedrige Umsätze an den Warenbörsen unter Beweis gestellt wird, deutet auf ein großes Tief hin. Technische, grundsätzliche und globale Wirtschaftsfaktoren weisen auch auf ein großes Tief bei Gold hin – fast so wie wir es vor einigen Monaten bei Silber erlebten. Die neunziger Jahre dürften auf dem Goldmarkt viel mehr den siebziger Jahren als den glanzlosen achtziger Jahren ähneln.

In den siebziger Jahren erlebten wir ein extremes Angebot/Nachfrage-Defizit, das dazu beitrug, Gold von 35 Dollar im Jahre 1971 auf 875 Dollar im Januar 1980 nach oben zu katapultieren. Dann sahen die achtziger Jahre ein Jahrzehnt des Überangebots an Gold gegenüber der Nachfrage – beinahe so wie wir es bei Silber erlebten – und daher der nachlassenden oder stagnierenden Preise. Jetzt, Anfang der neunziger Jahre entwickelt sich wie in den siebziger Jahren ein Angebot-Nachfrage-Defizit mit einer dramatischen Verschiebung zwischen Angebot und Nachfrage, die vom Markt noch nicht erkannt worden ist, die aber nichtsdestoweniger die Goldpreise viel höher schieben dürfte.

Weltweite Finanzkrisen treiben den Goldpreis

Gold hat sich seit Ende 1988 eine Grundlage zwischen 346 Dollar und 425 Dollar, mit drei Tiefs in den Jahren 89, 90 und 91 im Bereich von 350 Dollar geschaffen. Auf der Basis längerer Termine wurde Gold seit 1982 zwischen 300 und 500 Dollar – mit einem dreimaligen Tief bei 300 Dollar über das letzte Jahrzehnt hinweg – gehandelt. Je länger die Periode der Grundlagenbildung währt, desto größer wird schließlich die Bewegung sein. Faktoren von Angebot und Nachfrage und eine weltweite Finanzkrise dürften Gold in den kommenden Jahren viel höher treiben.

Der Markt der großen Gold-Hausse Ende der siebziger Jahre – als der Preis bis auf 875 Dollar hochschnellte und der Durchschnittspreis der achtziger Jahre sich auf 417 Dollar belief, im Vergleich zu durchschnittlich 132 Dollar in den siebziger Jahren – führte in den achtziger Jahren zu einer überstürzten Goldsuche und -produktion, die ein gewaltiges Überangebot an dem gelben Metall herbeiführte. Die Produktion in den Goldbergwerken des Westens schwankte von 1300 Tonnen im Jahre 1970 über 950 Tonnen pro Jahr im Jahre 1980 bis auf 1734 Tonnen im Jahre 1990 – ein Anstieg der westlichen Goldproduktion von insgesamt 83 Prozent in den achtziger Jahren. Der kommunistische Block – ausschließlich der Sowjetunion – erkannte in den achtziger Jahren auch das Gewinnpotential aus den höheren Goldpreisen und vervierfachte seinen Goldausstoß von 90 Tonnen im Jahre 1980 auf 380 Tonnen im Jahre 1990.

In den achtziger Jahren stieg die US-Goldproduktion von 30 Tonnen auf fast 300 Tonnen an. Kanadas Goldausstoß verdreifachte sich in den achtziger Jahren, während Australiens Goldausstoß von 17 Tonnen auf 241 Tonnen anstieg.

»Barron's« wies darauf hin, daß der unglaubliche Anstieg der westlichen Goldproduktion auf mehrere Faktoren zurückzuführen sei: Der erste sei die Einführung neuer und billigerer Niedriggrad-Abbautechnologien, wie zum Beispiel Haufwerks-Laugeverfahren, die es wirtschaftlicher machen, eine Vielzahl neuer Erzmassen abzubauen. Der zweite sei die Entwicklung und Verfeinerung neuartiger Finanztechniken, wie Golddarlehen und Terminverkäufe, die eine schnelle Entwicklung neuer Einlagen ermöglicht hätten. Der dritte sei der scharfe Anlauf des Goldpreises zu Beginn des Jahrzehnts gewesen, der, wenn er auch nicht lange dauerte, in den achtziger Jahren weit höhere Gewinnmitnahmen hervorrief als im vorangegangenen Jahrzehnt.

Gold mußte den Golfkrieg finanzieren

Das Goldangebot besteht nicht nur aus Neuproduktion. Das Gesamtangebot, das in einem Jahr auf den Markt kommt, setzt sich aus Bergwerksprodukten, Schrott, Zentralbankverkäufen oder anderen Verkäufen auf Regierungsebene, Herausziehen von investierten Geldern und Terminverkäufen durch Produzenten zusammen.

Im vergangenen Jahrzehnt waren Zentralbanken Nettowarenumsetzer von Gold. In den Jahren 1983, 1984 und 1989 steuerten sie vier bis acht Prozent des Marktangebots bei. Der größte Verkäufer in den achtziger Jahren war Kanada, das 225 Tonnen verkaufte und dadurch den Goldanteil an seinen internationalen Reserven von 80 auf 25 Prozent verringerte.

Zentralbanken des Nahen Ostens – speziell Kuwait und Saudi-Arabien – verkauften in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 und im ersten Quartal 1991 große Mengen an Gold, um den Golfkrieg zu finanzieren. Dieser Verkauf war eine zeitweilige, einmalige Liquidierung, die sich kaum wiederholen wird. Nahöstliche Zentralbanken haben nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie nicht noch mehr Gold verkaufen werden, um den Nachkriegs-Wiederaufbau zu finanzieren, und daß sie auch kein Geld gegen ihre Goldreserven leihen, sondern stattdessen eine herkömmliche Bankfinanzierung bereitstellen werden. Europäische Zentralbanker haben ebenfalls ihre starke Abneigung gegen den Verkauf von Gold – insbesondere angesichts der im Entstehen begriffenen Europäischen Union – zum Ausdruck gebracht.

Verkäufe von Goldschrott waren in den meisten der achtziger Jahre sehr gering, abgesehen von den 100 Tonnen Schrott, die in erster Linie – kriegsbedingt – aus dem Nahen Osten kamen. Viele Geldanleger liquidierten in den achtziger Jahren ihre Anlagebeteiligungen, diese Verkäufe sind jedoch während des vergangenen Jahres oder so praktisch völlig ausgetrocknet, Terminverkäufe

Gold

Optimismus ist angesagt

von Gold durch Produzenten stiegen 1990 bis auf 240 Tonnen, wobei noch ein Baisse-Engagement von rund 500 Tonnen aussteht. Die Furcht vor einem steigenden Goldpreis trocknet diese Terminverkäufe derzeit aus.

Goldangebot schrumpft jetzt zusammen

Gold Fields of London berichtete zu seiner jüngsten Gesamtstudie, die weltweite Goldproduktion sei 1990 gerade um drei Prozent angestiegen, der geringste Anstieg seit 1981. Gold Fields glaubt, daß die weltweite Goldproduktion den Höhepunkt erreicht hat, und daß nun mehrere Jahre des langsamen, aber stetigen Rückgangs folgen werden.

Südafrikas Goldbergbauindustrie – die größte der Welt – befindet sich in einer Krise, so daß 21 von 48 Bergwerken 1990 Geld verloren haben und erwartungsgemäß über die Hälfte von ihnen 1991 Verluste machen werden. Die Produktionskosten in Südafrika belaufen sich im Schnitt auf 353 Dollar pro Unze. Mehrere große Bergwerke haben ihren Betrieb eingestellt – darunter Stilfontein – und weitere Schließungen werden erwartet. 50000 südafrikanische Bergleute haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren, und es wird erwartet, daß ihnen weitere 40000 folgen werden.

In Australien wird die Aufhebung einer entscheidenden Steuererleichterung für Bergleute – die die Produktion in den letzten Jahren in die Höhe schnellen ließ – jetzt die Produktion bis zu 40 Prozent senken. Bis spätestens 1993 werden schätzungsweise 75 Prozent der Goldproduktion verloren gehen, da der Abbau von »hochgradigem« Berggold und schlecht geplante Projekte ins Stocken geraten sind.

In Amerika flaut der Goldrausch ab. Das leicht zu findende ist gefunden worden, und das billig zu gewinnende Gold ist gewonnen worden. In den letzten drei Jahren sind 44 amerikanische Goldbergwerke wegen Ausbeutung des Berggoldes oder wegen geringer Rentabilität stillgelegt worden, und Randproduzenten schließen jetzt überall in der Welt ihre Pforten. In den USA und Australien ist die Goldsuche bereits scharf zurückgegangen.

Da die Produktionskosten des Goldbergbaus im letzten Jahrzehnt überall in der Welt scharf angestiegen sind, schließen ein Großteil der Goldproduzenten der Welt – bei Goldpreisen zwischen 350 und 370 Dollar – ohne Gewinn und Verlust oder darunter ab –, das heißt 17 Prozent der westlichen Produzenten verzeichneten im letzten Jahr Verluste. Die gleiche Situation herrscht bei Silber vor und hat dort ebenfalls weltweit zu Bergwerksschließungen weltweit geführt.

Die Konjunktur des Goldbergbaus

Außerdem sind in den USA steigende Kosten auf Grund der Einhaltung der Umweltschutzgesetze und eine geplante Ertragssteuer dabei, viele Bergwerke noch weniger rentabel zu machen. Wie der Londoner Goldexperte Timothy Green kürzlich kommentierte »ist der ›gold mining boom‹ (die Konjunktur des Goldbergbaus) zu Ende gegangen und das Produktionswachstum zum Erliegen gekommen und dürfte in den neunziger Jahren rückläufig sein«.

Trotzdem das weltweite Goldangebot den Höhepunkt überschritten hat und wieder rückläufig ist, steigt die weltweite Nachfrage nach Gold lebhaft an. Die gesamte Fabrikationsnachfrage nach Gold stieg von 1989 bis 1990 um 45 Prozent, von 52,9 Millionen Troygewichtsunzen im Jahre 1989 auf 76,5 Millionen Unzen im Jahre 1990 an.

Nachfrage nach Schmuck

Die Nachfrage nach Goldschmuck ist dramatisch von 514 Tonnen im Jahre 1980 auf 1985 Tonnen gestiegen und hat den westlichen Minenausstoß der letzten beiden Jahre überschritten. Der verbesserte Wohlstand in Ländern des Fernen Ostens wie Taiwan, Hongkong, Malaysia, Thailand und Japan, die eine traditionelle Neigung zu Gold haben, trägt zur Nachfrage nach Goldschmuck bei. Auch die verstärkte Liberalisierung der Wirtschaft in Ländern wie die Türkei, Indien und im ehemaligen Ostblock hat dazu geführt, daß mehr Gold für Schmuck gekauft wird. Gold Fields sagt voraus, daß die weltweite Nachfrage nach Schmuck bis Ende dieses Jahrzehnts auf 2500 bis 3000 Tonnen steigen wird.

Der Ferne Osten entwickelt sich schnell zum größten Verbraucher der Welt an Goldschmuck und tritt damit an die Stelle des Nahen Ostens als Spitzenverbraucher von im Westen hergestelltem Gold. 1985 verbrauchten fernöstliche Märkte, darunter Japan, Indien und die »Tiger«-Länder des »Pacific Rim« etwa 600 Tonnen. Dies verdoppelte sich bis 1989 fast auf 1160 Tonnen, das heißt 75 Prozent der Goldproduktion des Westens.

Japan führt die Region im Goldverbrauch an. Die Japaner kaufen das Gold heute, weil es billig ist, um die Kaufkraft zu erhalten, und um eine Erbschaftssteuer in Höhe von 50 Prozent – Goldstatuen und -ikone sind von dieser Steuer befreit – zu umgehen.

Von dem in Japan produzierten Gold gehen 37 Prozent in die Herstellung von Schmuck, 37 Prozent in Anlagen und 26 Prozent in den Industrieverbrauch. Im ganzen Fernen Osten besteht eine starke Nachfrage nach 24karätigem Schmuck, sowie nach kleinen Goldbarren, die örtlich in Thailand, Südkorea, Vietnam und Indonesien hergestellt werden. Der Ferne Osten ist zum entscheidendsten Eckpfeiler des Weltgoldmarktes geworden – so wie es der Nahe Osten in den siebziger Jahren war.

Steigende Nachfrage in den USA

Fast unbemerkt von der Wall Street, ist in Amerika die Nachfrage nach physischem Gold gestiegen. Über die letzten Monate hinweg erfolgte ein gewaltiger Ausfluß von Gold aus den Comex-Lagerhäusern. Investoren und Hersteller haben bis zu fast einem Drittel des Goldes, das sich noch vor weniger als zwei Jahren in den Lagerhäusern befand, verschlungen.

Angenommen der Industrieverbrauch, hauptsächlich in der Elektronik und in der Zahntechnik, behält seine jährliche Wachstumsrate von zwei bis drei Prozent bei und die Investitionsnachfrage bleibt auf dem Stand des letzten Jahrzehnts – das heißt bei 270 Tonnen pro Jahr –, dann wird sich in den kommenden paar Jahren auf Grund des rückläufigen Angebots und der steigenden Nachfrage ein dramatisches Angebotsdefizit kundtun. Da sich das weltweite Finanzwesen weiter verschlechtert, wird die Investitionsnachfrage ebenfalls steigen, wodurch die Goldpreise weiter nach oben gedrückt werden.

Gold unter dem Aspekt von Devisen

Gold ist unter dem Aspekt von Fremdwährungen wie der japanische Yen, der Schweizer Franken und die Deutsche Mark ausgebrochen. Die größten Wogen bei Gold in den siebziger Jahren stimmten zeitlich mit der Stärke des Dollar und der Schwäche anderer Währungen überein.

Goldaktien dienen normalerweise als wichtiger umgekehrter Indikator für Goldbarren und nordamerikanische und südafrikanische Goldaktien, die in den letzten Monaten eine ausgezeichnete Stärke an den Tag legten, lassen bei Goldbarren einen Hausse-Markt voraussagen. Goldaktien und Goldbarren bewegen sich normalerweise bei wesentlichen Trends zusammen nach oben oder zusammen nach unten, aber bei Trendumkehrungen wie der gegenwärtigen führen die Aktien. Wenn die Aktien stärker sind, befindet man sich im allgemeinen auf einem Baisse-Markt.

Das Wirtschaftsbild für Gold

»Ich glaube nicht, was derzeit über die Stabilität der Finanzwesen, auf nationaler und internationaler Ebene, geredet wird ... Den Finanzmärkten stehen gewaltige Tumulte bevor, und Gold könnte der einzige sichere Hafen sein«, meint Sir James Goldsmith, europäischer Investor und Finanzier. »Gold ist der stabile Spiegel, in dem sich die Unstabi-

lität um ihn herum widerspiegelt.«

Wenn die Menschen in Amerika und Europa das Vertrauen in ihre Banken, Spar- und Immobilienmärkte, Regierungen oder Politiker verlieren, dann werden sie sich auf Sicherheiten stürzen und Millionen solcher Menschen werden Gold kaufen.

Derzeit lügen die Regierungen des Westens ihre Bürger an und sagen ihnen, es bestehe eine Finanzstabilität, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in diesen Ländern ist sehr schwach oder brüchig geworden, und zerbricht wie eine erschütterte Eierschale sehr leicht. Ob es sich nun um einen BCCI-Skandal oder den plötzlichen Zusammenbruch einer Mutual Benefit Life Insurance Company oder ein Geldzentrum handelt, ein Ereignis löst möglicherweise über die nächsten ein oder zwei Jahre hinweg eine Finanzpanik, eine Flucht vor traditionellen Geldanlagen und Institutionen – eine Flucht in die Sicherheit aus.

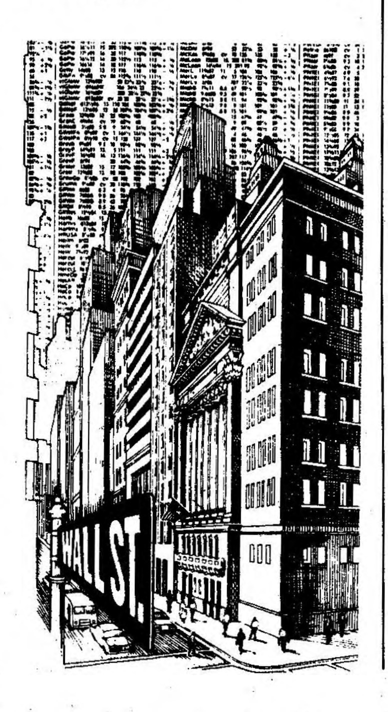
Das Finanzchaos kommt

Sir James Goldsmith sagte, daß seine einzigen Investitionen heute in Gold angelegt sind. »Ich bin Bassier. Ich glaube 1987 war eine seismische Warnung ... Die Schätzungen des Weißen Hauses in bezug auf Defizite und Wirtschaftswachstum auf Bundesebene sind zu optimistisch. Das Finanzchaos kommt.«

Der ehemalige leitende Angestellte der New Yorker Federal Reserve Bank und Citicorp, John Exter, vertritt in einem Interview mit Franklin Sanders »Moneychanger« eine noch apokalyptischere Meinung: »Das derzeitige Papiergeldwesen ohne Deckung wird zusammenbrechen. Wir stehen vor der größten Wirtschaftskatastrophe in unserer ganzen Geschichte ... Ich bin sicher, daß der Zusammenbruch, von dem ich rede, beim Dollar beginnen wird. Es wird einen deflationären Zusammenbruch bei Junkbonds, Banken, Spar- und Darlehenskassen, Versicherungsgesellschaften und Nichterfüllung von zahlungsunfähigen Schuldnern geben.«
Exter schreibt, daß ein Gerangel um Liquidität und ein Ansturm auf Bargeld und Schatzwechsel – und weg von zahlungsunfähigen und sehr wackeligen Schuldnern – seien es Banken, Spar- und Darlehenskassen, Versicherungsgesellschaften, Firmen- oder Kommunalanleihepapiere – bereits begonnen habe. Er glaubt, daß das bedeutsamste Anzeichen dafür, daß wir uns einem Zusammenbruch nähern, der gegenwärtige Ansturm auf Geld ist, und er glaubt, daß der nächste Schritt ein Massenansturm auf Gold sein wird, da die Öffentlichkkeit sehe, wie die US-Bundesbank die Gelddruckpressen ankurbelt, um die Krise zu mildern.

Als er befragt wurde, wie lange die weltweite Depression dauern werde, erwiderte Exter: »Solange ich noch lebe und länger. Es werden Jahrzehnte sein. Dies wird eine Wirtschaftskatastrophe in einem Ausmaß wie nie zuvor in der Geschichte. Wir sehen sie jetzt kommen. Selbst bei den veröffentlichten Zahlen schrumpfen die Einlagen zusammen. Die Bilanzen von Banken und Sparkassen schrumpfen um viel mehr zusammen, als die von der Federal Reserve Bank veröffentlichten Zahlen aussagen, weil viele Vermögenswerte noch nicht abgeschrieben worden sind, und sie werden von Tag zu Tag schlechter.

Wir hatten drei Jahrzehnte einer vorschnellen Expansion. Wir sind jetzt in eine erbarmungslose Schrumpfung eingetreten, aus der Gold bei weitem der beste Ausweg ist.« □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. Februar 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Kredite

Wer bezahlt die Schulden der Sowjetunion?

David Hudson

Die ehemaligen unterdrückten Völker der zusammengebrochenen Sowjetunion, die einen erfolgreichen Kampf um die Unabhängigkeit geführt haben – das beste Beispiel in jüngster Zeit für eine populistische Revolte –, haben es jetzt mit einem wahrhaft herausfordernden Gegner zu tun: mit dem internationalen Finanzestablishment.

Je mehr sich die Dinge ändern, desto mehr bleiben sie wie sie sind. Erinnern Sie sich an die düsteren Voraussagen vor einem Jahr über eine unmittelbar bevorstehende Mißernte und einen ungewöhnlich kalten Winter in der UdSSR? Diese bevorstehende Katastrophe, sagte man uns, sei für Michail Gorbatschows kommunistisches Regime ein Disaster, falls keine gewaltige Nahrungsmittel- und Finanzhilfe geleistet werde.

Alte Drohungen, neue Realitäten

Diese Voraussagen wurden im Spätsommer und Frühherbst 1990 gemacht, als das Establishment danach trachtete, Unterstützung für eine Bürgschaft in Höhe von mehreren Milliarden Dollar für ein Regime zu bekommen, das jetzt durch sein Eigengewicht zusammengebrochen ist. Dies geschah besonders lautstark in öffentlichen Medien, wo eine Reihe Journalisten durch das Händeringen im Namen einer freundlicheren und sanfteren Form des Kommunismus, dem Liberale stets nacheifern und mit dem Konservative schon immer Abkommen treffen wollten, die Öffentlichkeit irreführen.

Die Wahrheit ist natürlich, daß die UdSSR im Jahre 1990 beinahe eine Rekordernte – 237 Millionen Tonnen Getreide – erzielte und einen der mildesten Winter des Landes erlebte. Die Klagen bezogen sich bald darauf, daß die UdSSR nicht soviel amerikanischen Weizen importierte, wie das amerikanische Landwirtschafts- und das Handelsministerium sich erhofft hatten, mit negativen Folgen für die Agrarpreise und für Amerikas Handelsbilanz.

Das Establishment leiert in dem Augenblick, wo dieser Artikel geschrieben wird, das gleiche alte Lied über die Ernte 1991 und den Winter 1991-92 herunter. Wenn auch die Gurus des Establishments nicht gerade das Wetter vorhersagen, so behaupten sie doch, die Getreideernte 1991 sei auf rund 190 Millionen Tonnen gesunken.

Vorhersager sagen für die komenden Monate weit schlimmeres als eine Mißernte voraus. Sie behaupten, es habe im vergangenen Jahr örtlich begrenzte Lebensmittelknappheiten in der UdSSR gegeben, da 25 Prozent der in der Tat wunderschönen Ernte es niemals bis zum Markt geschafft habe.

Michail Gorbatschow (links) war der Lieblingskommunist des deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl.

Experten des Establishments behaupten auch, daß als Folge der Unruhen in den letzten Jahren die Industrieproduktion für 1991 im Vergleich zu 1990 um volle 15 Prozent gesunken ist. Man rechne damit, daß die Kartoffelernte um 12 Prozent, und die Ölproduktion – eine Hauptquelle für Exporteinkünfte in Devisen – im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent geringer ausfallen werde. Mindestens 30 Prozent der sowjetischen Industrieproduktion stammen aus einer einzigen Quelle, wobei eine Fabrik die ganze UdSSR mit einem bestimmten Produkt versorgt. Wird diese Quelle unterbrochen, muß die gesamte UdSSR ohne dieses Produkt auskommen.

Die Propaganda der Ein-Weltler

Die Zeitschrift »Newsweek« zitierte einen nicht namentlich genannten Beamten des amerikanischen Finanzministeriums, der gesagt haben soll: »Mehr als ein Viertel ihres Getreides wird verschwendet, und mehr als die Hälfte des Obstes und der Kartoffeln verfaulen, bevor sie überhaupt zum Verbraucher kommen. Ihre Eisenbahnen brechen zusammen. Sie haben keine bedeutsame LKW-Transportindustrie. Und sie hatten niemals ein modernes Lagerwesen.«

Herkömmliche Weisheit besagt, daß die Sowjetunion in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein ständiges Wirtschaftswachstum genossen habe, zumindest solange bis das kommunistische Regime auseinander zu fallen begann. Die beherrschende Wirtschaft, so wird uns gesagt, sei untüchtig und produziere eine Menge schäbiger Güter, die eigentlich niemand haben wolle.

Die Produkte vieler sowjetischer Unternehmen waren, und sind bis heute noch, weniger wert als die Summe der Rohstoffe, die in sie verarbeitet sind, ganz zu schweigen von den damit verbundenen Arbeitslöhnen. Aber wenn dies alles gesagt und getan ist, sind ein lausiger Kühlschrank und ein lausiges Fernsehgerät immer noch besser als gar kein Kühlschrank oder gar kein Fernsehgerät.

Dies ist eindeutig eine neue Realität in den Überbleibseln der UdSSR. Es findet eine revolutio-

näre Veränderung statt, und in Zeiten des Tumults ist es unmöglich, die Zukunft mit Sicherheit vorauszusagen. Aber die gleichen »Eine-Weltler«, deren Voraussagen über die Ernte von 1990 und den Winter von 1991 so falsch waren, sind buchstäblich wieder am gleichen alten Stand im Geschäft.

Der Zusammenbruch bedroht die Banker

Das Händeringen des Establishments über unmittelbar bevorstehende Lebensmittelknappheiten und andere wirtschaftliche Häßlichkeiten in der früheren UdSSR – niemand kann sich bislang darüber einigen, wie sie genannt werden soll, am wenigsten die Sowjets selbst – verbirgt dessen wirkliche Sorge, daß der Grabgesang, der bei der Beerdigung des Kommunismus gesungen wird, auch der Grabgesang vieler Banker und Freihandels-Befürworter sein könnte.

Die Banker, die Internationalisten und die Freihändler waren schließlich die Partner der UdSSR bei der Ausbeutung seit den Zeiten, als der inzwischen verstorbene Armand Hammer der gute Kumpel von Wladimir I. Lenin war.

Die UdSSR schuldet Bankern, hauptsächlich europäischen Bankern, sehr viel Geld. Die Sowjetunion hat eine offizielle Auslandsschuld von 63 Milliarden Dollar, und weitere acht Milliarden Dollar werden von staatseigenen Betrieben geschuldet. Sowjetische Betriebe machten ihre Schulden als sie, im Namen der Perestroika (Umbau), die Freiheit erhielten, aus dem Ausland Geld zu leihen.

Nahezu zwei Drittel – oder 45 Milliarden der 70 Milliarden Dollar an Auslandsschulden der UdSSR – sind Schulden der sowjetischen Regierung gegenüber europäischen Banken. Deutschen Banken werden 22 Milliarden Dollar geschuldet, französischen Banken 5,6 Milliarden Dollar, italienischen Banken 4,4 Milliarden Dollar, britischen 3,4 Milliarden Dollar, und die verbleibenden 9,6 Milliarden Dollar schuldet die Sowjetunion Banken im übrigen Europa.
Japanische Banken halten 4,5 Milliarden Dollar sowjetische Regierungsschulden. Amerikanische Banken, ausgemergelt durch Darlehen an Dritte-Welt-Schuldner, an zweifelhafte Wirtschaftsfusionen und ungesunde kommerzielle Immobilien-Spekulationen, sind Gläubiger von nur 500 Millionen Dollar an Darlehen an die UdSSR.

Diese Darlehen werden zur ungünstigsten Zeit fällig; etwa 15 Milliarden Dollar an Kapital werden in den nächsten zweieinhalb Jahren fällig. Es wäre schon schwierig genug, diese Darlehen umzuschulden, wenn der Darlehensnehmer – die UdSSR – als gut gehender Konzern erhalten bliebe. Aber der Rechtsträger, der diese gewaltigen Summen durch Darlehensaufnahme erst einmal geschaffen hat, macht buchstäblich Pleite und fällt in seine 15 Republiken, aus denen er besteht, auseinander.

Wer bezahlt letztendlich die Schulden?

Wer soll also die Darlehen der UdSSR zurückzahlen? Sollten Lettland und Ukraine, Litauen und Georgien, Rußland und Armenien die Schulden der ehemaligen Union Sowjetischer Sozialistischer Republiken zurückzahlen müssen? Die Antwort lautet mit einem Wort nein. Diese neuen unabhängigen Staaten haben jedes moralische Recht darauf, sich von den Schulden zu distanzieren, die von dem in Verruf geratenen kommunistischen Regime der UdSSR gemacht wurden.

Wer sollte zahlen? Niemand, und die Banken sollten ihre Verluste ausbuchen. Viele dieser Darlehen haben Regierungsgarantien, was bedeutet, daß die Steuerzahler Westeuropas und Japans eine große Rechnung zu bezahlen hätten, aber was gibt es sonst noch Neues?

Der sowjetische Ecu ist der Ausweg

Diese Meinung ist leider in Kreisen des Establishments nicht sehr populär. Aber »etwas« muß getan werden und das »Wall Street Journal« ließ am 13. September 1991 einen Versuchsballon steigen, durch den internationalen Geldmanager George Soros, der enge Bindungen zur kommunistischen Finanzwelt unterhält. Dieser Vorschlag, oder ein sehr ähnlicher, wird angenommen werden, da er die Banker auf Kosten der Produktionsarbeiter der UdSSR gesund stößt.

Nachdem er kurz auf die Tatsache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Sowjets hingewiesen hatte, rief Soros zur Gründung einer »international geförderten und geleiteten« Zentralbank auf. Diese Bank würde eine neue Währung, den »sowjetischen Ecu« genannt, einführen. »Ecu« steht für »European Currency Unit« (Europäische Währungseinheit), die Verrechnungseinheit, die bereits als Verbuchungseintrag und sogar als Scheckbuchgeld – natürlich durch Leihen erst geschaffen – in der Europäischen Gemeinschaft existiert.

Nun wird der bestehende sowjetische Rubel immer wertloser. Jetzt, wo dieser Artikel geschrieben wird, ist der offizielle Touristenkurs – was ein Besucher in einer Bank in der UdSSR bekommen kann – 40 Rubel pro Dollar. Dies bedeutet, daß, bei diesem Wechselkurs ein Monatslohn für einen typischen sowjetischen Arbeiter, etwa 225 Rubel, nur sechs Dollar wert ist, und ein Jahreslohn 72 Dollar. Man stelle sich einmal vor, ein Jahr mit weniger als 100 Dollar leben zu müssen. Das alte Regime, das noch lange nicht verwittert ist, subventionierte Mieten, Stapellebensmittel, Bekleidung, ärztliche Versorgung und öffentliche Verkehrsmittel. Sogar bei ihrem derzeitigen niedrigen Lebensstandard verbraucht auch der bescheidenste sowjetische Bürger sicherlich mehr als 100 Dollar pro Jahr an Waren und Dienstleistungen.

Die Banken brauchen ihr Blutgeld

Soros schwebt eine international geleitete sowjetische Zentralbank vor, die mit 60 Milliarden Dollar kapitalisiert wird, »wovon die Hälfte aus sowjetischen Goldreserven, die andere Hälfte aus einem internationalen Konsortium stammt«. Der sowjetische Rubel würde dann als Umlaufwährung abgelöst, durch sage und schreibe 15 verschiedene Staatswährungen. »Ukraine, Moldawien und andere Republiken sind entschlossen, ihre eigenen Währungen zu haben. Ihnen dieses Emblem der Souveränität zu verweigern, würde nationalistische Leidenschaften anheizen und die neugeborene Demokratie zerstören«, schreibt Soros. Sollen die Kleinbauern doch ihr komisches Geld haben, aber die Kontrolle des Establishments wird beibehalten. Soros fügte hinzu: »Keine inländisch geleitete Zentralbank wäre in der Lage, dem Druck aus den verschiedenen Republiken zu widerstehen, die alle populistisch sind. Nur eine international kontrollierte Institution ist in der Lage, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und die Glaubwürdigkeit zu genießen, die das Kennzeichen einer funktionierenden Zentralbank ist.«

Die wahren Feinde sind die Banker

Keine populistische, demokratisch gewählte Regierung darf die Finanzen ihres Landes beherrschen. Soros schwebt vor, daß »Unternehmen benötigt werden, um ihre Produkte zu verkaufen und örtliche Behörden, um Steuern, in sowjetischen Ecus zu erheben«. Da der sowjetische Ecu frei konvertierbar wäre, ebenso wie der US-Dollar, das Pfund Sterling und der Yen, würde aus den produzierenden, aber immer noch verarmten Völkern der ehemaligen UdSSR echtes Geld herausgezogen werden, um deren »gerechten Anteil« an der Auslandsschuld dieses ehemaligen Landes zu bezahlen. Die Banker müssen schließlich als allererstes ihr Blutgeld bekommen.
Die Völker der Sowjetunion haben über ihre kommunistischen Herren einen erstaunlichen Sieg errungen, aber die Mannschaft der Banker tritt jetzt gegen sie an. Es ist traurig, aber ihr Kampf um Freiheit und Wohlstand fängt gerade erst an. □



Europa-Journal

Die USA brauchen einen »New Deal«

Die Vereinigten Staaten steuern auf eine weitere große Depression zu und müssen die Problemlösung »New Deal« wiederaufleben lassen, sagte John Kenneth Galbraith in einer kürzlichen Ansprache vor dem National Press Club in Washington.

»Die derzeitige Rezession ist kein autonomes, selbstkorrigierendes Wirtschaftsdrama. Es ist die völlig vorhersehbare Reaktion auf die spekulativen Extravaganzen und Verrücktheiten – und Regierungspolitik – der achtziger Jahre«, sagte Galbraith, ein Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard University, der Chef-Wirtschaftsberater für John F. Kennedy war.

»So wie die große und langanhaltende Depression der dreißiger Jahre eine klare Reaktion auf die Spekulation des vorangegangenen Jahrzehnts war, das mit dem Bankenkrach von 1929 endete, so liegen die Dinge, wenn auch vielleicht weniger drastisch, heute. Wir zahlen für den Fusions- und Übernahme-Wahnsinn, der rund einem Drittel unserer Großfirmen eine schwere, manchmal tödliche Schuldenlast aufgebürdet hat. Und wir erleben die Folgen einer extremen und oft gedankenlosen Spekulation bei städtischen Immobilien, des Junk-Bond-Miasmas, der gesetzgeberischen und aufsichtsbehördlichen Maßnahmen, die effektiv Regierungsgelder ... einigen der steuerlich verschwenderischsten und verbrecherischsten Unternehmern seit John Law und der South Sea Bubble in den Rachen werfen.«

Galbraith empfiehlt zwei Sofortmaßnahmen, um die »Spirale der Verzweiflung« zu stoppen, die mit der sich vertiefenden Depression einhergeht: Erstens, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, wie sie in Europa besteht, und große »dringend benötigte öffentliche Arbeiten« unter Einsatz brachliegender Arbeitskräfte und Ausrüstungen »für Landstraßen, Brücken, Flughäfen, Transportmittel und Schulgebäude, das was man Infrastruktur nennt«, anzukurbeln. Zweitens, eine wohlausgewogene Steuererhebung bei den Wohlhabenderen.

»Diejenigen von uns, eine immer kleiner werdende Gruppe, deren Erinnerung bis zum New Deal zurückreicht, denken noch an Heftigkeit, mit der die ausgereiften Reformen seinerzeit bekämpft wurden. Die Reformen, darüber sind wir uns heute einig – soziale Sicherheit, subventionierte Agrarpreise, Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten, Finanzgesetzgebung, Unterstützung für die Gewerkschaften –, milderten die Grausamkeiten des Kapitalismus und trugen viel dazu bei, das System zu retten.« □

Das russische Militär und die Tradition

Das neu entstehende russische Militär könnte noch herausfordernder und bedrohlicher sein als das frühere sowjetische, da es auf die besten Traditionen der kaiserlichen Armee von vor 1917 als Vorbild zurückschauen wird, schrieb Christopher Bellamy im Londoner »Independent«.

Das russische Militär nach der Auflösung der Sowjetunion wird zu einer »wissenschaftlichen, gut disziplinierten Armee« werden, schreibt Bellamy. Befreit von den ideologischen Belangen der bolschewistischen Jahre, wird es mehr von Berufssoldaten geleitet werden, die Rußland als Kernpunkt ihrer Tätigkeit sehen. Ihr Ideal wird die vorrevolutionäre kaiserliche Armee der achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sein, die sich der Herausforderung gegenüber sah, sich dramatisch technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen anpassen zu müssen.

Offiziere der kaiserlichen Armee hatten ausgezeichnete taktische, einsatzmäßige und strategische Ideen. Sie waren trotz des rückständigen wirtschaftlichen Zustands Rußlands in der Lage, fortschrittliche Technologie zu integrieren. Die russischen Frontsoldaten wurden später von einem führenden deutschen General als »gefürchtete Gegner« gelobt. Es war später nur bolschewistische Propaganda, gekoppelt mit der Abwertung solcher Heerführer wie Marschall Tuchatschewskij, die versucht hatten, die Konzepte der Kaiserlichen Armee in einen bolschewistischen Zusammenhang zu bringen, die das Image der Unfähigkeit der kaiserlichen Armee schufen.

Die derzeit im Gange befindliche Umwandlung wird zu einer kleineren, aber tüchtigeren russischen Armee führen, gruppiert um solche Gebilde wie ein strategisches Raketen- und Raumfahrtkommando von einer halben Million Männern und ein »Kommando der schnellen Reaktion« mit etwa 1,2 Millionen Soldaten. Die neu entstehende Armee wird besser ausgerüstet sein, als die frühere sowjetische Armee und sich Entwicklungen in der High Technology, »für die die Russen ein bemerkenswertes Talent ausweisen«, besser leisten und sich ihr anpassen können, schreibt Bellamy. Und er kommt zu der Schlußfolgerung: »Wenn sich diese neue Armee jemals darauf ausrichtet, ein aktiver Gegner des Westens zu werden, dann möge uns der Himmel helfen.« □

Was wird aus der sowjetischen Wissenschaft?

In einer Ansprache vor dem Außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR vor der Auflösung der Union rang der Vizepräsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, der Akademiker E. P. Welitschkow, mit den Deputierten, »die Dinge nicht so gewaltig übers Knie zu brechen, daß die Teile nicht mehr zusammengefügt werden können«.

Welitschkow, der damals Gorbatschow als wissenschaftlicher Berater begleitete, um über internationale militärische, rüstungsbegrenzende und wissenschaftliche Vereinbarungen zu verhandeln, sprach wie berichtet wird für die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Er hatte zwei Jahrzehnte lang in der sowjetischen Atomphysik eine führende Rolle gespielt.

In seiner Rede sprach Welitschkow die Tatsache an, daß, obwohl jede Republik jetzt theoretisch alle sich etwa auf ihrem Territorium befindlichen wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen leitet, »wir verstehen müssen, daß auch in der Zukunft ... die Republiken in ihrem eigenen Interesse stets den Gedanken akzeptieren werden, daß gewisse zentralisierte Funktionen ausgeübt werden müssen«.

»Wir müssen begreifen«, stellte Welitschkow fest, »daß es eine ganze Reihe von Strukturen gibt, die hinterher überhaupt nicht mehr wiederaufgebaut werden können. Um von der Wissenschaft zu sprechen, es ist nicht nur eine Angelegenheit von Bindungen. Der Punkt ist, daß wir viele Jahre lang schwer gearbeitet haben, um Systeme aufzubauen. Wir haben nicht sehr wirksam gearbeitet, aber wir haben sie aufgebaut.«

Welitschkow fuhr fort: »Wenn wir uns dem Grundsatz ›beugen‹, daß wir lediglich Erzeuger von Rohmaterialien werden, dann laufen wir in eine Falle, weil es sehr viele Rohmaterialproduzenten in der Welt gibt. Billige Arbeitskräfte sind auch ein sehr schlechter Grundsatz... Wenn wir die Wissenschaft zerstören, werden wie sie niemals wiederaufbauen ... Dann haben wir keine Zukunft. Wir werden alle zusammen untergehen ... Wissenschaft ist ein sehr empfindliches Instrument, und sie bricht jetzt sehr schnell zusammen.« □

Serbische Chauvinisten greifen den Papst an

Vor der Dienststelle des päpstlichen Nuntius in Belgrad fang eine »gewalttätige Demonstration« statt, bei der der Papst von den Denmonstranten »aufs Korn genommen« wurde. Es war keine große Demonstration, nur einige hundert Beteiligte, aber sie war kaum »spontan«, und wurde ins-

zeniert, um auf ausländische Zuhörer Eindruck zu schinden, denn einige der Parolen und Transparente waren in englischer Sprache abgefaßt.

Demonstranten beschuldigten den Papst, der »schwarze Protektor des katholischen Kroatiens« zu sein, und auf Transparenten war zu lesen: »Wojtila ist der Anführer der kroatischen Mörder«, und, unter Bezugnahme auf die kroatischen Faschisten des Zweiten Weltkriegs: »Wojtila Ustaschi!«. Sie trugen ein Bildnis des Papstes mit einem Hakenkreuz in der Hand herum.

Dies war alles darauf abgestimmt, eine Atmosphäre des Religionskrieges hervorzurufen, da die Demonstranten anschließend zu einer lautstarken Zeremonie zu einer serbisch-orthodoxen Kirche marschierten. Die Kirchenführung versuchte jedoch, eine solche Wendung der Ereignisse zu vermeiden.

CODE erfuhr von einem serbischen Informanten: »Ob (der serbische Kommunistenführer Slobodan) Milosevic dies nun organisiert hat oder nicht, es entspricht jedenfalls der offiziellen Propaganda Milosevics und den Emotionen, die er gegen den Vatikan aufzupeitschen versuchte. Wenn er dies auch nicht unbedingt organisiert hat, so hat er es doch zumindest inspiriert.« □

Italienische Richter untersuchen Desinformation des CIA

»Der CIA hat Desinformationen über den Mordanschlag auf den Papst in die Welt gesetzt. Und jetzt verlangen die italienischen Richter Vorlage der gesamten Dokumentation«, schrieb die italienische Zeitschrift »Il Sabato«. »Il Sabato« soll dem Vatikan sehr nahe stehen.

Das Interesse des italienischen Richters Rosario Priore wurde durch die Anhörung des Senate Intelligence Committee zur Bestätigung von Robert Gates als Leiter des CIA geweckt. »Aus jenen Anhörungen ging hervor, daß Gates, Bushs Kandidat als Leiter des CIA, einen Bericht von 1985 manipulierte, um die Verantwortung für den Mordanschlag auf den Papst dem KGB in die Schuhe zu schieben.«

Die Enthüllungen kamen von einem ehemaligen leitenden Herren des CIA, David Goodman. »In dieser öffentlichen Bekundung erging sich Goodman zwar nicht in Einzelheiten, aber es scheint, daß er bei den geschlossenen Verhandlungen viele präzise Fakten darüber mitteilte, wie der CIA ihre Desinformations-Kampagne über den Mordversuch am Papst geführt hat... Die italienischen Richter wollen feststellen, ob diese Desinformations-Kampagne nur auf die Manipulation eines internen Berichtes und auf die Veröffentlichung gewisser Berichte in der Presse begrenzt war, ober ob der CIA sogar so weit ging, die Enthüllungen des Attentäters Ali Agca zu befehlen... Es ist das erste Mal, daß die Verantwortung eines westlichen Geheimdienstes deutlich in der Manipulation dessen wird, was der Außenminister des Vatikans, Sodano, die schwarze Seite der Zeitgeschichte nannte.«

»Il Sabato« teilte auch mit, daß die kürzlich erfolgte Identifizierung des Komplizen von Agca bei dem Mordanschlag, Oral Celik, ausschließlich auf die Bemühungen der deutschen Geheimdienste zurückzuführen sei. Die Deutschen sagten ihren italienischen Pendants, daß Celik sich unter falschem Namen in einer französischen Gefängniszelle befand. Nach ziemlich starkem Druck stimmten die französischen Behörden zu, Celic in eine Identifizierungsreihe der Polizei zu stellen, und Agca erkannte ihn sofort. □

Eine halbe Million Franzosen durch Blutübertragung infiziert

Mehr als 460000 französischen Bürgern war bis Ende 1989 Blut übertragen worden, das mit dem Aids-Virus (HIV) oder Hepatitis (Leberentzündung)-Viren B und C infiziert war, heißt es in sensationell aufgemachten französischen Zeitungsberichten. Richter Foulon aus Paris beschuldigte drei ehemalige hohe Beamte des französischen Gesundheitswesens, dafür verantwortlich zu sein.

Anfang Oktober 1991 wurde öffentlich bekannt, daß der ehemalige Minister Laurent Fabius sich aus Etatgründen gegen die systematische Untersuchung von Blutkonserven auf HIV- und Hepatitis-Viren gesträubt habe. Als Folge davon seien die Hälft der französischen Empfänger von Blutübertragungen jetzt mit HIV infiziert. Die Tageszeitung »Le Monde« berichtete, daß bis Ende 1989 hindurch rund 460000 Menschen mit den Hepatitis-Viren B und C und weitere 3600 mit HIV infiziert wurden.

Der französische Sozialminister Bianco beschuldigte die Presse der Sensationsgier, weil sie berichtet habe, daß staatseigene Laboratorien und gewisse Beamte sich schuldig gemacht hätten, mit Menschenleben zu spielen. Bianco sagte, die Anzahl der Fälle sei wahrscheinlich geringer als die berichtete.

Aber wenn sich erweist, daß Beamte sich schuldig gemacht haben, dann kosten die Schadenersatzansprüche der Opfer die französische Regierung Millionen von Dollar, ganz zu schweigen von den politischen Auswirkungen. □

Britannien und Vietnam unterzeichnen Flüchtlingsabkommen

Großbritannien und Vietnam unterzeichnen ein Abkommen, innerhalb von drei Jahren praktisch alle »boat-people«, die aus Vietnam geflohen sind und in Hongkong zu Flüchtlingen wurden, in die Heimat zurückzuführen. Falls notwendig, sollen die Flüchtlinge zwangsweise nach Hause geschickt werden.

Dies bedeutet, daß etwa 50000 der 63000 Flüchtlingen, die sich derzeit in Lagern in Hongkong befinden, nach Vietnam zurückgeschickt werden. Flüchtlinge haben geschworen, Massenselbstmord zu begehen oder zu kämpfen, falls der Befehl ausgeführt wird. Etwa 250 Menschen, die nach Hongkong zurückkehrten, nachdem sie schon einmal nach Vietnam zurückgeschickt worden waren, stehen vor einer sofortigen Rückführung in die Heimat, und weitere Neuflüchtlinge werden sofort zurückgeschickt.
Nur diejenigen, die den strengen Anforderungen der Vereinten Nationen an den »Flüchtlings«-Status entsprechen, dürfen zunächst in Hongkong bleiben, um demnächst im Westen neu angesiedelt zu werden. □

Ethische Probleme der Biotechnologie

Auf Vorschlag von EG-Präsident Delors hat die Brüsseler Kommission ein Beratungsgremium gebildet, das sich mit den ethnischen Aspekten der Biotechnologie befassen soll.
Diese Gruppe wird die Aufgabe haben, die von der Biotechnologie aufgeworfenen ethischen Fragen aufzugreifen und zu definieren, die ethischen Aspekte der diesbezüglichen Tätigkeit in der Gemeinschaft zu beurteilen und deren Auswirkung auf den Menschen und die Gesellschaft zu untersuchen. Ferner wird das Gremium die Kommission bei der Ausübung ihrer Kompetenzen auf dem Gebiet der ethischen Aspekte der Biotechnologie beraten, damit in der öffentlichen Meinung ein besseres Verständnis der Materie erreicht wird. Das Team soll aus höchstens sechs namhaften Persönlichkeiten bestehen, die wegen ihrer Sachkenntnis auf dem Gebiet der Ethik im Allgemeinen und der Bio-Ethik im Besonderen ausgesucht werden sollen.

In einer Mitteilung an das Europäische Parlament und den Ministerrat hatte sich die EG-Kommission für ein Beratergremium zur Behandlung der ethischen Fragen ausgesprochen, die von den biotechnologischen Aktivitäten in der EG aufgeworfen werden: Rücksicht auf Leben und Würde des Menschen, Schutz der Tiere und Begrenzung der Rechte in Bezug auf geistiges Eigentum. Die Bildung der Gruppe dient der Verwirklichung dieser Vorstellungen. □

Establishment

Maxwell war nur die Spitze des Eisbergs

Martin Mann und Lawrence Wilmot

Die geheimnisvolle »Ausschaltung« des internationalen Medienmagnaten Robert Maxwell, eine Woche, nachdem er in einem Buch des Journalisten Seymour Hersh als israelischer Geheimagent entlarvt wurde, ist nur der erste von mehreren Skandalen, die erwartungsgemäß aus einer näheren Untersuchung seiner Herkunft und seiner Tätigkeit herauskommen wird, verlautet aus diplomatischen und geheimdienstlichen Kreisen in den USA.

Seymour Hersh führte nicht nur Maxwell, eine Milliarden schwere, mit Düsenflugzeugen umherreisende Persönlichkeit als tief verdeckte Stütze des Mossad, Israels Geheimdienst, an. In seinem Buch »The Samson Option« behauptet Hersh, daß Maxwell seine Position als Eigentümer größerer britischer und amerikanischer Zeitungsorganisationen dazu benutzte, um die Entführung von Mordechai Vanunu, eines israelischen Wissenschaftlers in Sachen Atomrüstung, in die Wege zu leiten.



Robert Maxwell (links) war ein Freund und Förderer des ehemaligen DDR-Chefs Erich Honecker.

Seltsame Todesumstände

Maxwell bestritt diese Anschuldigungen, aber trotz einer sich zusammenbrauenden Finanzkrise verließ er sein Londoner Büro einen Tag später und begab sich auf See, als einziger Passagier an Bord seiner fürstlichen persönlichen Yacht. Am Abend des 5. November 1991 verschwand Maxwell von seinem Schiff; am nächsten Morgen wurde seine nackte Leiche von spanischen Fischern, die mit ihren Booten in der Brandung des Atlantik umherfuhren, gefunden.

Am Abend des 6. November 1991 gab der Leichenbeschauer in Las Palmas auf den Kanarischen Inseln ein »vorläufiges Ergebnis« bekannt, nachdem er die Leiche des Presselords untersucht hatte. Maxwell sei anscheinend aus »natürlichen Ursachen« – das heißt an einem »massiven Herzanfall« – gestorben.

Wenn das der Fall ist, wie kam er dann in das Meer? Maxwells Familie und enge Gefährten »bezweifeln, ja verwerfen sogar die Schlußfolgerungen dieses spanischen Beamten«, berichtete unser Sonderkorrespondent Alistair Faulkner aus Las Palmas. Eine umfangreiche Untersuchung wurde durchgeführt, um herauszufinden, was – oder wer – den umstrittenen Großverleger, zu dessen Besitztümern die »New York Daily News« gehörte, getötet hat.

Nach der übereinstimmenden Meinung altgedienter diplomatischer Beobachter am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York wirft der Maxwell-Skandal auch eine neue Runde von Fragen über Maxwells Herkunft und seinen einzigartigen Aufstieg zu Macht und Einfluß auf.

Weit davon entfernt, solide strukturiert zu sein, schlingerte das von Maxwell beherrschte Medien-Imperium auf einem Ozean von Schulden, wie berichtet wird, von Bankdarlehen und Schuldverschreibungen in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar umher.

»Hersh klagt in seinem Buch an, daß dieser weltweite Medienmogul als israelischer Zuträger endete«, sagte Anthony Thayer, ein Londoner Aktienhändler, der die Finanzen von Verlagsfirmen überwacht. »Aber die eigentliche Frage könnte lauten: Wie begann dieser geheimnisvolle Finanzier seine Karriere?«

»Nach dem Zweiten Weltkrieg war er nur einer von vielen europäischen Exilbewohnern, mit tieferen völkischen und gefühlsmäßigen Bindungen an Israel als an die Londoner Geschäftswelt, in der er aber bald zu einem aufsteigenden Stern wurde. Wer brachte ihn ins Geschäft? Wer setzte ihn auf diese Straße zur Macht? Dies sind die eigentlichen Fragen«.

»Hersh könnte Maxwell durch das falsche Teleskop unter die Lupe genommen haben. Wir müssen uns mit der Möglichkeit befassen, daß Maxwell durch verborgene Sponsoren, die treu zu Israel halten, in das Großverlegergeschäft lanciert wurde, und daß er an das Ende seines Weges – zu einem plötzlichen und geheimnisvollen Tod – gelangte, als er seine Beziehungen zum Mossad als zu belastend empfand und versuchte, sich aus den Klauen des israelischen Geheimdienstes zu befreien.«

Ein Ozean von Schulden

Was über Maxwells Herkunft bekannt ist, verleiht der Ansicht Glaubwürdigkeit, daß er von Anfang an ein Parteigänger Israels war. Maxwell, dessen richtiger Name Hoch ist, wurde in einem kleinen Dorf in der Tschechoslowakei geboren. Er diente im Zweiten Weltkrieg während der Besetzung Deutschlands bei den britischen Streitkräften. Wie berichtet wird, gewann er die Gunst seiner Offiziere dadurch, daß er deutsche Häuser ausplünderte und die Beute seinen Vorgesetzten vermachte.

Er wurde von den Briten wegen »Tapferkeit« ausgezeichnet, aber die Handlung, deretwegen er zu dieser Auszeichnung vorgeschlagen wurde, bestand darin, einen



Auch Rupert Murdoch steht unter finanziellem Druck, er besitzt an seinem Imperium nur noch weniger als 40 Prozent.

unbewaffneten Bürgermeister einer deutschen Stadt, der versuchte, die Übergabe seiner Stadt in die Wege zu leiten, niederschoß, sagt ein britischer Informant, der Maxwell zu dieser Zeit kannte.

Die Ausplünderung Deutschlands

Gegen Ende des Krieges folgte die Irgun Zvi Leumi – der Maxwell zugeteilt war, und die später nach Gründung des Staates Israel zum Mossad wurde – alliierten Kampftruppen nach Deutschland hinein und beschlagnahmte deutsche wissenschaftliche Forschungsergebnisse in der Physik, Chemie, Aeronautik und auf anderen technischen Gebieten. Sie schöpften die deutsche Forschung auch auf weniger überschaubaren Gebieten wie Archäologie, Geschichte, Anthropologie und andere Untersuchungen der Herkunft des Menschen, speziell denjenigen, die sich auf Rasse und Volkstum bezogen, ab.

Die ersteren Informationen wurden in Bargeld verwandelt, die letzteren wurden vergraben, um nie wieder gesehen zu werden.

Interessanterweise ist Israel die erste Nation in der Geschichte, die bereits über einen Geheimdienst verfügte, bevor sie überhaupt ein Land hatte. Israels Militär- und Geheimdiensteinheiten waren weltweit tätig, schon bevor Israel als Teil der internationalen zionistischen Bewegung gegründet wurde.

Hoch, später Maxwell, gründete die Oxford Pergamon Press, die die gestohlenen deutschen wissenschaftlichen Daten übersetzte und veröffentlichte. Dies war die Grundlage zu Maxwells Vermögen und der Anfang seines Verlagsimperiums.

Ähnliche Fragen wurden in Privatgesprächen über andere umstrittene Medienmogule, darunter Rupert Murdoch, einer von Maxwells Hauptrivalen, gestellt, von dem Gerüchte besagen, daß er seine Karriere mit israelischen Interessen verknüpft – vielleicht sogar begonnen habe.

Die Samson Option

Außerdem unternahm Maxwell kurz vor seinem Tode einen erstaunlichen Schritt, der für den israelischen Geheimdienst eine schroffe Zurückweisung signalisierte: Er feuerte den Auslandsredakteur Nicholas Davies, einen hochstehenden Mitarbeiter, nachdem Beweise dafür auftauchten, die diesen altgedienten britischen Journalisten mit verdeckten Waffengeschäften des Mossad in Verbindung brachten. Maxwell, ein dreister und arroganter Mann, war für seine Mossad-Kontrolleure immer schwieriger zu handhaben, wie diese Handlung beweist.

»Maxwells Tod könnte sich als lediglich eine weitere Episode der Bereitschaft Israels herausstellen, sich die von Hersh so genannte Samson-Option zu eigen zu machen – sich von Mord und Zerstörung, auf Einzelmord- oder auf Völkermordbasis zuzuwenden, wenn es sich herausgefordert fühlt«, warnte ein Diplomat der Vereinten Nationen. »Dieser Skandal hat eben erst begonnen«. Es kommt noch mehr hinzu.« □



Establishment

Maxwell als Doppelagent identifiziert

Lawrence Wilmot und Martin Mann

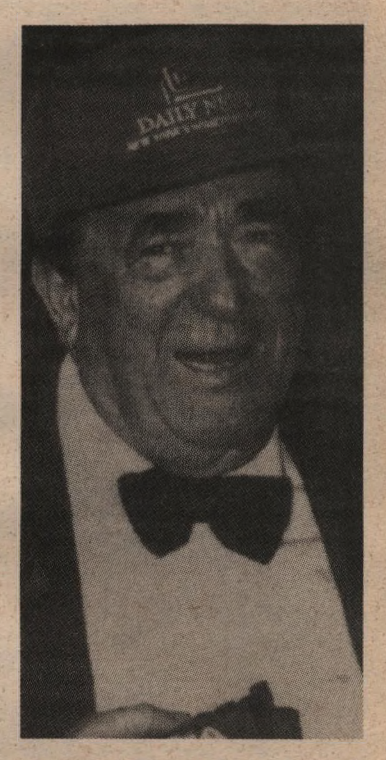
Der Medienmogul Robert Maxwell baute sein weltweites Verlagsimperium auf »Betrug und Täuschung« auf, während er insgeheim als Doppelagent sowohl für den sowjetischen als auch für den israelischen Geheimdienst arbeitete, berichtet unser Sonderkorrespondent Alistair Faulkner aus London.

Finanz- und Straftatfahnder, die hinzugezogen wurden, als der extravagante Finanzier im November 1991 auf geheimnisvolle Weise ums Leben kam, als er mit seiner Jacht unterwegs war, sagen jetzt, Maxwell habe mittels »zweifelhafter«, von »Schulden getriebener und häufig unehrlicher Deals« die Gewalt über Schlüssel-Nachrichtenübermittlungsfirmen (communications companies) von Budapest bis Brooklyn, New York, an sich gerissen, fand Faulkner heraus.

Moskau steht bei Maxwell in der Kreide

Maxwells Imperium bricht zusammen, da immer mehr Beweise für illegale Verschiebungen von Vermögenswerten von Kapitalgesellschaften auf solche, die Maxwell allein gehörten, auftauchen. Diese dunklen Machenschaften schlossen vermutlich Razzien auf Pensionsgelder des »Daily Mirror«-Zeitungskonzerns und der Maxwell Communication Corporation ein. Das Konkursverfahren dürfte bald gegen sämtliche Maxwell-Besitztümer eröffnet werden, und seine Söhne, die aus seiner Firma ausgeschieden sind, scheinen nicht in der Lage zu sein, das zu retten, was übrigbleibt.

Aber die erstaunlichste Entdeckung, die sich aus einer Untersuchung der verworrenen Geschäfte des Presselords – der das Vertrauen von Weltführern hatte und dieses ausnutzte, um die öffentliche Meinung in einem Dutzend Ländern zu formen – ergab, ist die, daß Maxwell verdeckte Verbindungen sowohl zum sowjetischen KGB als auch zum Mossad, Israels Geheimdienst unterhielt.



Robert Maxwell steht im Verdacht sowohl für den sowjetischen Geheimdienst KGB, wie auch für den israelischen Mossad gearbeitet zu haben.

Geheime KGB-Akten, die kurz nach Maxwells Tod veröffentlicht wurden, brachten Beweise für ein langjähriges Verhältnis zwischen dem milliardenschweren Verleger und dem sowjetischen

Establishment

Maxwell als Doppelagent identifiziert

Geheimdienst ans Tageslicht, für den Maxwell – ein ehemaliger tschechischer Staatsbürger dessen richtiger Name Hoch war – anscheinend Geheimdienst- und Propagandatätigkeiten ausübte. Daß der KGB Maxwells Dienste schätzte, wurde weiter durch die Entdeckung dokumentiert, daß seine sowjetischen Herren Maxwell bei dessen Tod noch 50000 Dollar schuldeten.

Der behäbige Presselord – unter Freunden als »Cap'n Bob« bekannt – wurde eine Woche bevor er am 5. November 1991 auf geheimnisvolle Weise von Deck seiner Luxusjacht in den Tod stürzte als Mossad-Agent identifiziert.

Die sensationelle Enthüllung erschien in dem Buch über Israels geheimes Atomarsenal »The Samson Option« von Seymour Hersh. Maxwell bestritt diese Behauptungen und drohte mit gerichtlicher Klage gegen zumindest eine Stelle in dem Buch, daß er mitgeholfen habe, die Entführung von Mordechai Vanunu, ein israelischer Atomtechniker, der versucht hatte, über die wachsende verborgene Lagerung seiner Regierung von Waffen des Jüngsten Tages öffentlich Alarm zu schlagen, in die Wege zu leiten. Aber die seitdem eingetretenen Ereignisse lassen weitere Rechtsstreitigkeiten seitens der Familie Maxwell unwahrscheinlich erscheinen.



Bei einem Staatsbegräbnis sagte der israelische Staatspräsident Chaim Herzog seinem »Waffenkameraden« Lebewohl.



Shamir (links) wie Peres sind samt und sonders alte Spione und Terroristen wie Maxwell alias Ludvik Hoch.

Ein düsteres Lebewohl für den Kumpel

Nachdem seine nackte Leiche vor den Kanarischen Inseln aus dem Atlantischen Ozean geborgen wurde, wurde sie nach Israel geflogen, wo Maxwell ein Staatsbegräbnis erhielt, das sonst »Nationalhelden« vorbehalten ist, schrieb die französische Korrespondentin Jacqueline de Murville, die den Beerdigungsfeierlichkeiten beiwohnte. Während Ministerpräsident Yitzhak Shamir und sein politischer Rivale Shimon Peres zusammen am offenen Grab standen, wurde die Grabrede für den Verleger von Israels Staatspräsident Chaim Herzog gehalten, der seinem »Waffengefährten« ein düsteres Lebewohl darbot.

»Es war ein herzlicher Tribut«, berichtete die Reporterin de Murville. »Shamir, Peres und sogar der Präsident Herzog sind samt und sonders alte Spione und ehemalige Terroristen. Maxwells Tod muß sie als Niedergang eines altgedienten Agentenkumpels, das Dahinscheiden eines blutsverwandten Untergrundgeistes, getroffen haben.«

Aber in Großbritannien, wo der ehemalige Ludvik Hoch eingebürgert wurde, ein wohlhabender und schließlich eine mächtige Figur in Weltangelegenheiten, wurde Maxwells Entlarvung als Doppelagent noch von der neuen Publicity übertroffen, die sich auf seine Schwindelei und Dieberei konzentriert.

Schwerer Betrug eines Gauklers

»Yes, He was a Crook« (»Ja, er war ein Halunke«) lautete die riesige Schlagzeile im »London Daily Telegraph« vom 5. Dezember 1991. »Niemand hatte zu fragen, was das bedeutete«, sagte der ehemalige Korrespondent des »Telegraph« Fermin Gough. »Ganz England war sprachlos, als es den gleichzeitigen Zerfall der Maxwell-Firmen-Pyramide und seines Rufes nach seinem Tod beobachtete.«

Buchprüfer und Fahnder des Serious Fraud Office (Dezernat für schwere Betrugssachen), zusammen mit Beamten aus einem Dutzend anderer Vollzugs- und Aufsichtsbehörden, haben herausgefunden, daß Maxwell sein Netzwerk privater und öffentlicher Firmen benutzte, um kriminelle Maschen zu verbergen, die, wie jetzt geschätzt wird, in Milliarden von Dollar gingen.

»Wenn ›Käpten Bob‹ eine große öffentliche Gesellschaft, wie Londons riesige Daily Mirror Group, einen Nachrichtenblätter-Giganten, in die Hände bekam, saugte er insgeheim die Vermögenswerte der Aktionäre, sogar den Pensionsfonds, in seine eigenen, kleineren Holdings ab«, berichtete Faulkner.

»Das Betrugsdezernat untersucht auch Berichte darüber, daß er riesige Darlehen von internationalen Banken erhalten habe, dann den Sicherungsgegenstand unterschlug. Dieser Mann, der von den Medien als Finanzgenie und Schiedsrichter bei internationalen Angelegenheiten charakterisiert wurde, war anscheinend nichts anderes als ein Spion und Gaukler.«

In den Vereinigten Staaten, wo mindestens zwei große Finanzbetriebe – die in Schwierigkeiten geratene Citicorp und die Wall-Street-Firma Goldman Sachs – im Kielwasser des Maxwell-Skandals beträchtlichen Verlusten entgegensehen, nannten einige Beobachter die jetzigen Enthüllungen »schlimmer als die BCCI-Affäre«.

»Maxwell legte seine Geldanleger und Gläubiger rein«, sagte Dr. Paul Molnar, ein Medienwissenschaftler an der Universität von New York. »Aber was noch schlimmer ist, als internationaler Medienmagnat verdarb er die Gesinnung von Hunderten von Millionen Menschen. Die Zeit ist gekommen, um einen Blick hinter die Kulissen auf die verborgenen Manipulierer zu werfen, die diesem gefräßigen Scharlatan zu Privatvermögen und öffentlicher Macht verhalfen.« □

Kanada

Energieprojekt als Umweltbedrohung

Jack Gordon

Obwohl Ölgesellschaften die Gefahr bestreiten, sagen einige kanadische Regierungsbeamte, daß giftige Seen, die durch Produkte gebildet werden, die zurückbleiben, wenn Teersand (Ölsand) im Tagebau abgebaut wird, stark giftig sind und eine ernsthafte Gefahr für das Leben bedeuten.

Umweltschützer können nur zusammenzucken bei dem Gedanken an das gewaltige Ausmaß der Schäden für die Umwelt, wenn die Deiche, die verschmutzten Schlamm und Naphtensäure eindämmen, bersten würden. Einer der Seen in Alberta, der Bergeteich der Syncrude Canada Limited, enthält giftigen Abfall aus dem Abbau und der Verarbeitung von Ölsand. Der Pool, der seit 1978 ständig größer wird, ist der größte seiner Art in der Welt und erstreckt sich über eine Fläche von 31 Quadratkilometer.

150 Fuß (46 Meter) oberhalb der Syncrude-Anlage gelegen, wo tausende von Angestellten rund um die Uhr arbeiten, werden seine schmutzig-trüben Gewässer von steilen Sanddeichen begrenzt.

Das schwarze Gold im Sand

Sollte ein Deich durch übermäßige Niederschläge, seismische Tätigkeit, Erosion oder einen terroristischen Anschlag brechen, dann würde eine Flutwelle von vergiftetem Wasser und Teer alles auf seinem Weg überschwemmen.

Syncrude ist der größte Teersandbetrieb in der Welt. Dieses Unternehmen, zu 70 Prozent Eigentum von Exxon, baggert und verarbeitet etwa 10000 Tonnen Ölsand pro Stunde, 24 Stunden täglich, sieben Tage in der Woche, das ganze Jahr hindurch.

Die Gewinnung von Bitumen, das heißt Schweröl, aus dem Ölsand»erz« ist vielen anderen Verarbeitungsmethoden von abgebauten Erzen gleich: Es ist im wesentlichen ein Schwimmaufbereitungsverfahren.

Die Bitumen-Flotationsmethode verwendet heißes Wasser und kaustische Soda, um das Bitumen aus dem Ölsand zu »Waschen« und aufzuschwimmen.

Als Clark-Heißwasser-Gewinnung bekannt, nach seinem Erfinder Dr. Karl Clark so genannt, ist dies eine grundlegende Methode zur Verarbeitung von Ölsand und weitgehend für den Abfallteer, Schlamm und das giftige Wasser in den Teichen verantwortlich.

Die Technik wurde jedoch schon 1929 entwickelt. Seitdem sind viele umweltschutzmäßig sichere Gewinnungsmethoden entwickelt worden. Ein neues patentiertes Verfahren, zum Beispiel wobei keine kaustische Soda verwendet und daher keine Naphtensäure erzeugt wird, trennt das Bitumen und Edelmetalle von dem Sand und gibt diesen dann dem Land zurück. Es steht schon seit zehn Jahren zur Verfügung.

Syncrude ist der größte Teersandbetrieb in der Welt. Es gehört zu 70 Prozent Exxon, also dem Rockefeller-Clan.

Syncrude und Suncor – an dem Abbauverfahren beteiligte Firmen, zu deren Eigentümern in erster Linie Exxon, Sun Oil und die Provinz Ontario (Kanadas größte Provinz) gehören – wenden diese Technologie nicht an.

Die Auswirkungen auf die Umwelt

Aus behördlichen Statistiken in Alberta geht hervor, daß der Syncrude-Teich mindestens das 160fach der 258000 Barrel Rohöl enthält, das bei der ökologischen Katastrophe mit der »Exxon Valdez« auslief. Die im Teich enthaltene Teermenge erhöht sich alle drei Wochen um die Menge eines Auslaufens der »Valdez«, zusammen mit 30mal so viel Schlamm und noch größere Mengen an giftigem Wasser, heißt es in behördlichen Studien.

Diese Giftigkeit ist auf lösbares Natriumsalz von Naphtensäure zurückzuführen. Diese Säure ist ein natürlicher Bestandteil von Bitumen, der durch das Gewinnungsverfahren ausgelaugt wird. Sechs ähnliche aber kleinere Seen liegen fünf Meilen (8 km) östlich Oil Sands Group Plant von Suncor Inc. Ihre Inhalte sind auch tödlich, aber der erste Teich, der 1967 angelegt wurde, lauert jetzt 250 Fuß (70 m) über der angrenzenden Anlage und dem Athabasca River, ein Hauptwasserweg, der tausende von Meilen von den Rocky Mountains in andere Flüsse mündet, die wiederum nördlich in die Beaufort Sea fließen. Das Verarbeitungswasser sowohl für Syncrude wird aus dem Athabasca gewonnen.

Es ist »eine Katastrophe, die sich jeden Tag ereignen könnte«, sagte ein Beamter der Royal Canadian Mountain Police zum Verfasser dieses Artikels.
Die Mounties sind nicht die einzigen Kanadier, die mögliche Gefahren erkennen, die mit den von den Ölgesellschaften angelegten Giftteichen zusammenhängen.

Die Indianer beklagen sich

Die Indianer aus Fort MacKay und Fort Chipewyan (125 Meilen flußabwärts) haben sich darüber beschwert, daß Gifte in den Athabasca sickern und das Trinkwasser und den Fischbestand verseuchen. Außerdem beklagen sie sich darüber, daß abgeleitetes Schwefeldioxyd die Luft um die Seen herum verpestet.

Häuptling Dorothy MacDonald aus Fort MacKay war besonders wortreich, ihre Besorgnisse über die andauernde Verschmutzung und das langfristige Schicksal des giftigen Abfalls in den Bergteichen, besonders bei Suncor, zum Ausdruck zu bringen.

Kanada

Energie – projekt als Umwelt-bedrohung

»Wir werden nicht nur in der Luft, sondern auch im Wasser vergiftet und unser Leben wurde zerstört«, sagte Häuptling MacDonald im Juni 1991 zum CBC Network in Alberta.« Die Bergteiche sind voller Chemikalien und Abfallmaterial. Das Zeug wird nicht in irgendeiner Weise verwendet. Es bleibt nur dort liegen«, fügte der Chief hinzu. »Was wird schließlich mit dem Land passieren?«

Menschen sind nicht die einzigen Geschöpfe, die in der Nähe der »Seen des Todes« betroffen sind.

Flugenten sind verendet, nachdem sie Teer ins Gefieder bekamen, wodurch Syncrude gezwungen wurde, hunderte von mechanischen Vogelscheuchen auf einzelnen Flößen schwimmen zu lassen, von denen jedes eine Propangas-Kanone betätigt, um die Wasservögel zu verscheuchen.

Fische würden innerhalb von Minuten umkommen, wenn sie in die Teiche gesetzt würden.

Kümmert sich irgend jemand um diese Dinge?

Die Regierung von Alberta unternahm Anfang der achtziger Jahre einen Versuch, Suncor wegen Verschmutzung des Athabasca zu verklagen, aber das Verfahren wurde vom Staatsanwalt aus »Gesundheitsgründen« eingestellt und niemals wieder aufgenommen.

Zeitungsberichte stuften seinerzeit die »Gesundheits«probleme des Staatsanwalts als starke Belastung, Stress, ein, die durch die Kompliziertheit des Prozesses hervorgerufen wurde.

Selbst ein Ölsand-Industrieller räumte in einem Privatgespräch eine durch Niederschläge verursachte Auswaschung des steilen Suncor-Deiches ein, »die groß genug ist, um einen D-9 – einen großen Caterpillar-Traktor – darin abstellen zu können«.



Abgebaut wird mit veralteter Technik ohne Rücksicht auf Umwelt und Menschen.

Wissenschaftliche und technische Studien ergaben, daß Auswaschungen durch Regenfälle, die den Sand eindämmenden Deiche beträchtlich schwächen und möglicherweise einem regelrechten Deichbruch vorangehen, sehr wahrscheinlich sind.

Offiziell vertreten Sprecher der Ölgesellschaft eine andere Ansicht. Die Firmen behaupten, es bestehe keine Gefahr für Menschen oder für die Umwelt bei einem Deichbruch, der giftige Flüssigkeiten austreten läßt. Sie nennen das Gerede von katastrophalen Bergteich-Unfällen »Unruhe schürend«.

Der »Ft. Mc Murry Express«, der in Alberta herauskommt, berichtete Anfang 1991, daß Suncor ein 5,5 Millionen-Dollar-Projekt vollende, das darauf abziele, einen 1986 mit einigen »schwachen« Baustoffen errichteten Deich zu verstärken.

Ein Offizieller von Suncor sagte, Arbeiten an dem Dike Nr. 5 hätten ergeben, daß Unstabilität an der Sohle den Deich zur Erweiterung ungeeignet macht. Die Firma plane, den von den Deichs eingefaßten Teichen mehr vorgereinigtes Abwasser zuzuführen. Die durch diese Teiche des Todes aufgeworfenen natürlichen Fragen lauten, warum eine Ölgesellschaft die Umwelt in Gefahr bringt, und warum eine Regierung dies geschehen läßt. Die kaum überraschende Antwort scheint Geld zu sein.

Die goldene Regel des Profits

Suncor produziert derzeit 65000 Barrel synthetisches Rohöl. Syncrude, das ein Jahrzehnt später begann, hat derzeit einen Ausstoß von 165000 Barrel pro Tag.

Wegen der wirtschaftlichen Vergünstigungen aus diesen Projekten und der jetzt ständig rückläufigen »herkömmlichen« Rohölproduktion in Alberta – die Provinz, in der das meiste Rohöl produziert wird – wollen einige Ölgesellschaften baldmöglichst eine neue Ölsandanlage haben. Obwohl die Provinz Alberta einschlägige Bestimmungen zum Umweltschutz gegen Ölsand und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen erlassen hat, ist sie auch am Stammkapital von Syncrude beteiligt. Alberta rechnet 1992 mit rund 250 Millionen Dollar von Syncrude, basierend auf einem Weltölpreis von 23 Dollar pro Barrel.

Zwanzig Prozent von Kanadas Bedarf an Rohöl werden jetzt von den beiden kommerziellen Ölsand-Abbauanlagen geliefert. Die geldliche Auswirkung eines Produktionsverlustes in einer der Anlagen ist für Alberta und Kanada ein bedeutsamer Faktor.

Ein großer Deichbruch bei Suncor und der sich daraus ergebende weit verbreitete Schaden für die Umwelt und Verluste an Menschenleben könnte die Muttergesellschaft, Sun Co., in den Konkurs treiben. Er hätte auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die Provinz Ontario, der 20 Prozent von Suncor gehört.

Wer haftet bei einem Unglück?

Teilnehmer an Ölsand-Projekten brauchen keine Versicherung auf einen Deichbruch abzuschließen. Es wurden Fragen aufgeworfen, ob eine der Organisationen oder der jeweilige Eigner auch nur einen kleinen Bruchteil der Deckungssumme trägt, die im Falle einer solchen Katastrophe anfallen würde.
Politiker der Opposition wie John McInnis, Mitglied der New Democratic Party und Kritiker der Umweltschutzgesetze der Provinz, erklärten, daß die Auswirkungen eines größeren Ausflusses auf das empfindliche arktische Ökosystem im wesentlichen dauerhaft wären.

»Es ist ein Umweltproblem direkt aus der Hölle, und es wird immer schlimmer«, sagte McInnis. »Jedesmal, wenn einer sagt, wir hätten eine giftige Substanz in ungeheuren Mengen, und wir müssen sie einfach dort lassen, wo sie ist..., dann habe ich sehr viele Fragen zu stellen, und die sind bislang noch nicht beantwortet worden. Da die Haftpflicht des Betreibers auf den Betrag, ›reclamation fund‹, (Gelder, die eine Industrie durch die Gewinnung von brauchbaren Materialien aus Abfallprodukten erhält), drei Cents pro Barrel beschränkt werden darf..., wer ist dann noch greifbar?«, fragte er. »Das sind wieder einmal die Steuerzahler.« □



Was wird aus den Atomwaffen?

Martin Mann und Lawrence Wilmot

Das Auseinanderfallen der ehemaligen Sowjetunion in ihre Bestandteile stellt eine unvorhergesehene Gefahr dar: Was geschieht mit dem kommunistischen Arsenal von 27000 Atomwaffen?

Beunruhigt durch Geheimdienstberichte darüber, daß geschmuggelte sowjetische Atomwaffen und technologische Geheimnisse auf den sich treiben lassenden weltweiten Waffenmarkt gelangen könnten, versammelt die Bush-Regierung in aller Stille ihre Verbündeten, um diese neue und weit gefährlichere Atombedrohung zu zügeln.

Verkäufe auf dem internationalen Waffenmarkt

Das, was in einem wissenschaftlichen Bericht »die weggelaufene Weiterverbreitung der Technologie der Massenvernichtungswaffen« genannt wurde, war in den letzten Wochen das vorrangige Gesprächsthema auf der NATO-Gipfelkonferenz in Rom, berichtet unser Sonderkorrespondent Alistair Faulkner, der der Sitzung beiwohnte.

Am 7. November 1991 führte US-Präsident George Bush in der italienischen Hauptstadt private Gespräche mit den führenden Persönlichkeiten der großen westeuropäischen Länder. Das Thema: Immer mehr Beweise gibt es dafür, daß panikartige Verkäufe von sowjetischen Vermögenswerten, nukleare Konstruktionspläne und sogar Militärgerät in den blühenden internationalen Waffenhandel »vorgehen«.

»Wir dachten der Zusammenbruch des Kommunismus würde der Menschheit das Schreckgespenst eines nuklearen Holocaust nehmen«, erklärte Faulkner. »An die Stelle dieses freundlichen Ausblicks ist die Furcht vor Zusammenstößen in der Dritten Welt, die mit geschmuggelten Atomwaffen ausgefochten werden, getreten.«

Amerikanische Behörden sind auch über den sogenannten »Brain-Drain« (»Abwanderung von Wissenschaftlern«) aus der Sowjetunion in die Dritte Welt beunruhigt. Sowjetische Atomwissenschaftler, die jetzt daheim arbeitslos sind und verzweifelt um ihren Lebensunterhalt ringen, bieten sich dem höchsten Anbieter zum Verkauf an, Anwerbungsversuche durch Länder der Dritten Welt sind von amerikanischen Geheimdienststellen festgestellt worden, und Dimitri Wolkogonow, der den russischen Präsidenten Boris Jelzin in militärischen Angelegenheiten berät, regte dringend die Gründung einer internationalen Stiftung an, um sowjetischen Wissenschaftlern »bei ihren wirtschaftlichen Problemen zu helfen«.

Der General sagte: »Dies ist eine potentielle internationale Katastrophe.«

Er sagte auch, Rußland werde sich um amerikanische Hilfe bemühen, um sich die Technologie anzueignen, Atomwaffen sicher zu demontieren und beseitigen zu können.

Das auseinanderfallende Atom-Imperium

Ein Blick auf das auseinanderfallende sowjetische Imperium »wird bestätigen, daß jene Befürchtungen durchaus real sind«, sagte Professor Theobald Lagerkrantz, ein deutscher Experte für sowjetische Angelegenheiten, Gastdozent an der Columbia University.

»Jahrzehntelang stand die NATO einem einzigen Gegner – die UdSSR – mit einem strategischen Vorrat von Megawaffen, der fest unter zentraler, strenger Bewachung stand, gegenüber«, erinnerte sich der deutsche Wissenschaftler.

Dieses »böse Imperium« ist jetzt durch mindestens vier abgebröckelte thermonukleare Mächte ersetzt worden – Ukraine, Rußland, Kasachstan und Weißrußland –, fügte unser Informant hinzu.

Diese neuerdings unabhängigen Republiken befinden sich darüberhinaus »in einem Zustand des Flusses und der Konflikte, wenn nicht des Chaos«, warnt ein vom Stab des NATO-Generalsekretärs Manfred Woerner für das Gipfeltreffen erarbeiteter Bericht.

Das gilt auch für die sowjetische Kommunistische Partei, eine verwöhnte herrschende Klasse, die jetzt ihrer Gelder, Besitztümer, Sondervergünstigungen und Privilegien beraubt wird. Diese riesige Bürokratie verkauft verzweifelt, was sie verkaufen kann – Gold, Diamanten, Öl-Pachtverträge, gelagerte Pelze – bei dem Versuch, das Geld auf Auslandskonten und verborgenen Depots zu waschen. Waffenverkäufe führen die Liste dieses bolschewistischen Basars der Sonderangebote an, heißt es in dem NATO-Bericht. Washingtoner Geheimdienstkreise äußerten ähnliche Besorgnisse.

Viele Hinterzimmer-Geschäfte

»Die Sowjetunion war in der längsten Zeit der achtziger Jahre in der Ausfuhr von Kriegsgerät führend«, sagt Spaulding Wirth, ein ehemaliger Projekt-Koordinator des amerikanischen Verteidigungsministeriums, jetzt ein privater Berater in Verteidigungseinheiten. »1987 zum Beispiel verkaufte Moskau Waffen im Werte von 19,4 Milliarden Dollar an Länder der Dritten Welt. Vergleichbare amerikanische Exporte beliefen sich nur auf insgesamt 5,75 Milliarden Dollar.«

Viele dieser Verkäufe sind im Handel als »Einführungen« für Atomwaffen bekannt. »Nehmen wir zum Beispiel Zimbabwes hartfäustige Regierung«, sagte Wirth. »In den letzten Jahren kaufte sie von den Sowjets 21 MiG-29 Fulcrum-Düsenjäger für sage und schreibe 700 Millionen Dollar.«

Arme Länder wie Zimbabwe zahlen für solche fortschrittlichen Jagdbomber normalerweise mit Tauschgütern, stellte Wirth fest, »aber wenn der Leiter der sowjetischen Handelsmission – der ohnehin gefeuert werden soll, zusammen mit seinem kommunistischen Chef – ihnen sagt, daß sie für zusätzliche fünf Millionen Dollar in bar Zwillings-Abschußrampen für Luft-Boden-Raketen mit Atomsprengköpfen für diese Flugzeuge haben können, kommen Zimbabwes Führer natürlich in Versuchung. Solche Superwaffen würden sie zur meistgefürchteten Macht in ihrem Teil der Welt machen«.

Ähnliche Hinterzimmer-Sonderangebote könnten von einigen der neuen Republiken, wie Kasachstan, gemacht werden, das über ein von der Sowjetunion geerbtes Atomwaffenarsenal verfügt, das aber verzweifelt um Deviseneinkünfte, weniger um solche Bomben des Jüngsten Tages bemüht ist.

»Es liegen immer mehr Berichte darüber vor, daß Handelsleute mit guten Verbindungen mit hohen Rabatten Atomgeschütze auf dem schwarzen Markt verkaufen«, sagte Livio Paneque, Exportleiter eines Waffengroßhändlers in Miami. »Wir wissen, daß Algerien, Ghana und sogar Deutschland in letzter Zeit solche Unter-dem-Tisch-Angebote bekommen haben.«

»Ich bin nicht darüber erstaunt, daß israelische Handelsleute als Makler für sowjetische Militärexporte auftreten«, sagte Wirth. »Es sind Banditen, die das Genie der Weiterverbreitung von Atomwaffen aus der Flasche lassen. Nachdem sie jahrzehntelang mit diesem Kleinstaat bei dessen Aufbau einer geheimen Superbombe unter einer Decke gesteckt haben, haben die Vereinigten Staaten keine moralische und wenig rechtliche Befugnis dazu, andere Kleinstaaten daran zu hindern, das Gleiche zu tun.« □

Rückwirkungen der Moskauer Krise

C. Gordon Tether

Solange die Hierarchie des Kremls das Verhalten des Landes auf allen bedeutenden Ebenen noch stahlhart im Griff hatte, war die UdSSR eine Region, mit der es sich im wirtschaftlichen und finanziellen Sinne erstaunlich leicht leben ließ. Der internationale Wert des Rubel wurde verhältnismäßig stabil gehalten, und aus diesem und anderen Gründen waren die Außenhandelsbeziehungen ziemlich harmonisch.

Auf dem Finanzsektor begannen die Sowjets eine beträchtliche Auslandsschuld aufzubauen, nachdem sie entdeckt hatten, welche Hilfe derartige Darlehensaufnahmen für sie sein konnte, um sie in die Lage zu versetzen, mit externen Zahlungsschwierigkeiten fertigzuwerden.

Aber da Moskau stets höchste Priorität darauf legte, diese Verschuldung stets ordnungsgemäß zu bedienen, genossen die Sowjets einen einmaligen Ruf für Finanzehrlichkeit auf den internationalen Kapitalmärkten.

Keine Kontrolle über die Noten-Druckpresse

Jetzt sieht das Bild schon ganz anders aus. Wegen des fast völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens auf beinahe allen Gebieten verschlechtern sich die Dinge, wo man auch immer hinschaut, und das auf höchst dramatische Weise. Die Inflation wütet mit Preisen, die mit einem Tempo von über 100 Prozent pro Jahr ansteigen. Und da es keine Anzeichen dafür gibt, daß irgendetwas getan werden kann, um die Entwicklung zu verlangsamen, scheint eine Hyperinflation dazu bestimmt zu sein, in baldiger Zukunft als normales Merkmal der Szene in Erscheinung zu treten.

Darüber hinaus hat die Verschiebung der grundlegenden Finanzmuster ein derart fortgeschrittenes Stadium erreicht, daß der Leiter der Moskauer Staatsbank kürzlich einräumen mußte, daß diese praktisch alle Gewalt über die Geldversorgung verloren habe. Die einzige verbleibende Begrenzung ihres Wachstums, führte er aus, liege nunmehr in der Kapazität der Notendruckpresse.

Eine Gefahr für den Westen

Da die Auslandszahlungssituation sich gleichzeitig verschlechtert, ist die Fähigkeit der UdSSR, weiterhin die notwendigen Devisen aufzutreiben, um die Auslandsverschuldung, die auf mehr als 60 Milliarden Dollar geschätzt wird, bedienen zu können, zweifellos fraglich geworden. Die Bankbehörden in Moskau haben durchblicken lassen, daß die Nichterfüllung bei Auslandsobligationen nicht mehr sehr weit entfernt sein könnte. Und daß dies im Ausland nicht als bloße Drohung angesehen wird, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die Weltbank sich gezwungen sah, warnend darauf hinzuweisen, daß, indem Moskaus Kreditwürdigkeit hoffnungslos in Frage gestellt wird, eine solche Entwicklung das Problem, die sowjetische Wirtschaft über Wasser zu halten, ernsthaft verschlimmern würde.

Die friedensmachenden Länder im Westen, die die sogenannte Gruppe der Sieben umfassen, haben ihre Bereitschaft angedeutet, sich an einer Rettungsaktion auf diesem Sektor zu beteiligen. Aber es herrscht immer noch keine Gewißheit darüber, ob diese Bereitschaft Gestalt annehmen wird, bevor alle Stränge reißen. Es ist schon lange augenscheinlich, daß ein so großer Sektor des Weltwirtschaftsgefüges, wie er von der UdSSR repräsentiert wird, nicht ohne Auswirkungen auf das Wohlergehen der übrigen Welt in den Untergang gleiten konnte. Was jetzt deutlich in Erscheinung tritt, ist, daß der Abfall der UdSSR von der Gnade des Schicksals dazu bestimmt ist, Proportionen anzunehmen, die den verwundbaren Sektoren in der Außenwelt großen Schaden zufügen könnten.

Ein Gebiet, das möglicherweise mehr oder weniger unverzüglich ein solches Leid erfahren wird, ist dasjenige, das sich mit dem internationalen Handel befaßt. Die Exportfähigkeit der UdSSR ist bereits in ernsthafter Weise durch die zerstörerische Wirkung des Auseinanderfallens der wirtschaftlichen Verbindungslinien im Inland untergraben worden.

Der Ansturm der Inflation, sich höher schraubender Löhne und Gehälter und anderer derartiger Geißeln können die Dinge nur noch verschlimmern. Die gleichen Faktoren, verstärkt durch andere wie zum Beispiel das Problem der Kreditwürdigkeit, könnten sich in gleicher Weise niederdrückend auf den Importverkehr des Landes auswirken.

Schwere Belastungen für die Banken

Kaum weniger beunruhigend könnten die Auswirkungen der internationalen Schuldenkrise auf das westliche Finanzwesen sein. Das westliche Bankwesen tut sich schon seit einiger Zeit schwer, mit den Belastungen fertigzuwerden, die seiner Struktur durch eine Flut von uneinbringlichen Forderungen zugefügt wurden, die durch die Wirtschaftsflaute der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und anderer führender Staaten entstanden sind.
In allzu vielen Fällen sind große Bankhäuser schlecht darauf eingerichtet, mit den zusätzlichen Drücken fertigzuwerden, die eine größere Nichterfüllung seitens der Sowjets automatisch mit sich bringen würde. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß westliche Banken, die diesen Problemen und Sorgen ausgesetzt sind, damit rechnen können, von ihrer eigenen Regierung Hilfe zu bekommen, um mit dem neuen Kummer zu leben, aber es ist auch offensichtlich, daß in dem Ausmaß, in dem diese Entwicklung sie dazu zwingt, die Luken noch fester zu schließen, als sie es bereits getan haben, ihre Kunden an der Heimatfront sich weniger dazu bereit finden werden, ihren Bedürfnissen in bezug auf Darlehensaufnahmen gerecht zu werden, als sie unter normalen Umständen gewesen wären.

Ein dritter Weg, auf dem damit gerechnet werden kann, daß die Krise des Sowjetblocks die Unordentlichkeit auf westlichen Märkten verschärft, betrifft deren stillschweigende Auswirkungen auf das zukünftige Verhalten der Preise für Edelmetalle im allgemeinen und Gold im besonderen.

Rückwirkungen auf den Goldhandel

Die UdSSR war lange Zeit ein bedeutender Goldhersteller. Sie hat sich dieser Eigenschaft auch bedient, um eine beachtliche Menge des Metalls als internationale Geldreserve anzuhäufen.
Die Frage, die den Goldmarkt unter einer Wolke verhüllt, die möglicherweise noch eine beträchtliche Zeit bestehen bleibt, lautet, in welchem Ausmaß dieser Vorrat möglicherweise in Anspruch genommen wird, um das Handelsdefizit zu decken und zu verhindern, daß der Schuldendienst zusammenbricht.

Moskau hat weiter zur Ungewißheit beigetragen, indem es verwirrende Zahlen hinsichtlich der Goldmenge nannte, die es noch besitze. Es reagierte auch verschwommen auf die Frage, welche Verfahrensweise es einschlagen werde, um das Gold dazu zu verwenden, andere Lücken in den Außenhandelskonten zu schließen. □

George Bush

Auf dem Weg zur »Neuen Weltordnung«

Steven A. Koczak

Auf seinem Marsch zu einer »Neuen Weltordnung berief sich US-Präsident George Bush auf die Autorität des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, als er seinen Krieg gegen den Irak führte. Aber er schloß die gleiche internationale Körperschaft vorsätzlich von der späteren Konferenz über den Nahen Osten in Madrid aus.

Nicht berichtet und unbemerkt von den Medien des Establishments war die Tatsache, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei dem Zusammentreffen zwischen Israel und ausgewählten arabischen Staaten in Madrid überhaupt keine Rolle spielte. Ebenfalls ausgeschlossen von der Konferenz war der Irak, der einzige arabische Staat, der nicht nur am Persischen Golf, sondern auch bei der Gestaltung der Zukunft der Palästinenser, Jordaniens und der christlichen Bevölkerung des Libanons eine Rolle spielen wollte.
Die Abwesenheit des Sicherheitsrates war das Ergebnis intensiver, geheimer Verhandlungen der Bush-Regierung mit der Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich (Mitglieder des Sicherheitsrates) und mit Israel und Saudi-Arabien, zwei Staaten, die während der Reagan/Bush-Regierungen aktiv mit den Vereinigten Staaten und miteinander kooperiert hatten.

Mit einer seiner geheimsten politischen Entscheidungen, die vor der amerikanischen Öffentlichkeit erfolgreich verborgen wurde, entschloß sich US-Präsident George Bush im März 1991 dazu, dem Sicherheitsrat bei der Lösung des israelisch-arabischen Konflikts jede Rolle zu verwehren. Der Sowjetunion käme in der Person von Michail Gorbatschow eine politische Scheinrolle zu; und eine viel geringere, stillschweigende, Frankreich und England – aber nur als Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, nicht des Sicherheitsrates.

Für den US-Präsidenten George Bush war Michail Gorbatschow ein treuer Verfechter der »Neuen Weltordnung«.

Schließlich wurde die Europäische Gemeinschaft in Madrid durch Hans van den Broek, dem Außenminister der Niederlande, vertreten. England, Frankreich und die Sowjetunion stimmten dieser Abmachung im Spätfrühjahr zu. Rotchina, ein weiteres Mitglied des Sicherheitsrates, wurde nicht im voraus zu Rate gezogen, sondern nur von der Abmachung unterrichtet, als sie bereits getroffen war.

Diese Entscheidungen wurden getroffen, um den Vereinigten Staaten eine peinliche Verlegenheit zu ersparen, Israel zu befriedigenden und Saudi-Arabien entgegenzukommen.

Israel war gegen die Anwesenheit des Sicherheitsrates bei der Konferenz, weil es die Grundsätze des Teilungsplanes des Sicherheitsrates von 1947 zur Schaffung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates zurückweist und sich weiterhin über aufeinanderfolgende Resolutionen des Sicherheitsrates, mit denen Israel verurteilt wird, hinwegsetzt.

Saudi-Arabien kam man entgegen, weil es seine langjährige Zusammenarbeit mit Israel, England und den Vereinigten Staaten, vor allem gegen die Palästinenser und gegen den Irak, immer noch verheimlichen wollte.

Bushs Entscheidung, sorgfältig durch eine Aufeinanderfolge von Täuschungs-Pressekonferenzen über die vielen Monate der Reisen des amerikanischen Außenministers in den Nahen Osten und nach Moskau hinweg vertuscht, verkehrte seine lauthals verkündeten außenpolitischen Programmpunkte hinsichtlich der Neuen Weltordnung ins Gegenteil und verstieß gegen sie. Sie stand am schärfsten im Gegensatz zu der amerikanischen Diplomatie, sich Saddam Hussein im Persischen Golf auch heute noch entgegenzustellen, vor allem durch Beibehaltung der weltweiten wirtschaftlichen Repressalien der UNO gegen den Irak.

Täuschung der Weltöffentlichkeit

Im Falle des Krieges gegen den Irak war Bush in den Mantel des Sicherheitsrates geschlüpft und hatte in einem Zeitraum von sechs Monaten in rascher Reihenfolge eine Resolution nach der anderen durchgedrückt. Zweck der Übung war es, dem amerikanischen Volk glaubhaft zu machen, der Irak stehe mit der ganzen Welt in Konflikt. Auf dieser Grundlage bekam Bush schließlich die zögernde Zustimmung des Kongresses, gegen den Irak mit militärischer Gewalt vorgehen zu dürfen.

Anschließend arrangierte Bush die Einberufung der Konferenz von Madrid in geschickter Weise so, daß man den über die letzten 45 Jahre hinweg vom Sicherheitsrat getroffenen Resolutionen bezüglich Israel und Palästina ausweichen und sie völlig ignorieren konnte.

Bushs Ziel: Gemeinsame Außenpolitik mit Israel

Hinter Bushs Entscheidung, diese radikal unterschiedliche Norm auf Israel anzuwenden, stand das Werk eines Kaders von hochgestellten Experten im Nationalen Sicherheitsrat der USA und im Außenministerium in Washington.

Diese Experten, die zumeist unbekannt sind, weil ihre Erkenntnisse nicht veröffentlicht werden, gehören dem sogenannten neokonservativen Netzwerk an, dessen Mitglieder sowjetfreundlich und israelfreundlich sind. Die meisten von ihnen gehören dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) an.

Ihre Hauptthese besagt, daß die amerikanische Außenpolitik Israel und die jüdische Diaspora als einzige Gemeinde und Rechtsträger betrachten sollte, und das Weiße Haus, zusammen mit dem US-Außenministerium, sollte sich selbst als »Superregierung des anderen Ichs« betrachten, die diese erweiterte Gemeinde sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Nahen Osten schützt. Nach Meinung dieser Experten sollten die Innen- und Außenpolitik der USA im Falle Israels und der Diaspora vereinigt werden.

Aus Kreisen, die dem Washingtoner Institute for Near East Policy, einem israelfreundlichen Think Tank« des Weißen Hauses mit gleichermaßen engen Bindungen zu dem saudi-arabischen Botschafter in den Vereinigten Staa-

George Bush

Auf dem Weg zur »neuen« Weltordnung«

ten, Prinz Bandar, nahestehen, verlautet, daß Bushs Dilemma darin bestehe, das Problem gleichzeitig günstig für Israel und für die arabischen Staaten und Palästina lösen zu müssen. Um die arabische »Anti-Irak«-Koalition zusammenzuhalten, mußte Bush von »Land für Frieden« sprechen.

Die doppelbödige US-Politik für den Nahen Osten

Um Israel zu befriedigen, mußte Bush ein Forum schaffen, in dem Israel die Resolutionen der Vereinten Nationen außer Acht lassen konnte. Dies konnte durch direkte Verhandlungen mit den arabischen Staaten zur Ausarbeitung von Vereinbarungen, beschränkt auf eine begrenzte Autonomie aber keine Eigenstaatlichkeit für Palästinenser, nur unter sich selbst geschehen. Außenseiter wie der Sicherheitsrat, der immerhin eine Resolution beschließen könnte, sollten dabei draußen vor der Tür bleiben.

Der sich daraus ergebende Plan, der sich auf die langjährige Allianz zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und Saudi-Arabien, die unter der Reagan-Regierung von Bush und William Casey aufgebaut wurde, stützte, bestand darin, zwei völlig entgegengesetzte Verfahren anzuwenden. Dies würde Bush die Möglichkeit bieten, in zwei verschiedene der vielen Umhänge in der großen Bühnengarderobe, über die er als Folge der vielen internationalen Organisationen, denen die Vereinigten Staaten angehören, verfügt, zu schlüpfen.

Im Falle des Kriegs am Persischen Golf zog Bush den Sicherheitsrat mit hinein und berief sich auf dessen Autorität.

Für die Konferenz in Madrid schloß Bush den Sicherheitsrat aus, berief seine Verhandlung selbst ein und trat in Madrid als Gastgeber auf, ohne die Befugnis der Vereinten Nationen in Anspruch zu nehmen.

Der Kreis der Berater des US-Präsidenten

Zu den Hauptentwicklern dieser beiden Verfahren gehörte Dennis Ross, 42, ehemals Freund von Robert Kennedy und George McGovern und eng mit AIPAC verbunden. Ross, im amerikanischen Außenministerium, und Richard N. Haass, Sonderassistent des Präsidenten im Nationalen Sicherheitsrat, waren zwei der wichtigsten Mitarbeiter, die die Strategie entwickelt haben, den Sicherheitsrat für den Angriff auf den Irak zu benutzen. Bush belohnte Haass für seine Dienste am Persischen Golf mit einer Präsidenten-Medaille.

Einer seiner engsten Mitarbeiter war Robert Gates, der soeben vom Senat als Bushs Wunschkandidat für den Posten des Leiters des CIA bestätigt wurde. Weiterhin gehörte Aaron D. Miller zu dieser Gruppe, von dem berichtet wird, er sei der Sohn eines mächtigen Israel-Lobbyisten in Cleveland. Miller hat sehr viel über die Palästinenser und die Palestine Liberation Organization (PLO) geschrieben. Er gehört derzeit dem politischen Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums an.

Gleichermaßen einflußreich war Daniel C. Kurtzer, Assistent des stellvertretenden Außenministers im Planungsstab für Politik. Kurtzer, ein Absolvent der Yeshiva University, diente bei der amerikanischen Botschaft in Kairo und der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv von 1982 bis 1986, als Aaron Miller von 1980 bis 1984 an der amerikanischen Botschaft in Amman, Jordanien, arbeitete. □



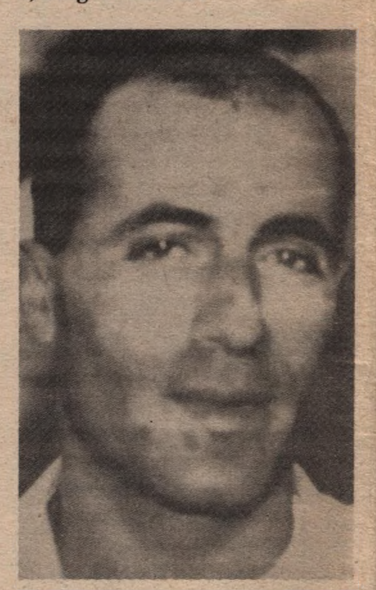
Waffen

Wie Israel die Bombe bekam

Victor Marchetti

Das neue Buch des preisgekrönten Journalisten Seymour Hersh »The Samson Option: Israel's Nuclear Arsenal and American Foreign Policy« bringt die Pro-Israel-Bande ins Rotieren. Schon hat der Zeitungsbaron Robert Maxwell (»London Daily Mirror«, »New York Post«, die Jerusalemer »Ma'ariv«) Hersh und den britischen Verleger des Buches verklagt. Der Medienmagnat war wütend über Hersh, weil dieser seine, Maxwells, Rolle bei Israels Versuch im Jahre 1986, Mordechai Vanunus Aufdeckung des Umfangs des Atomarsenals des Judenstaates – und Vanunus anschließende Entführung durch den Mossad – zu unterdrücken, aufgedeckt hat.

Der große, prahlerische Robert Maxwell hoffte, daß er unter Britanniens scharfen Verleumdungsgesetzen Hersh und seinem Londoner Verleger schweren finanziellen Schaden zufügen kann. Aber der zionistische Meister der Desinformation wagte es nicht, den Untersuchungsjournalisten in den USA zu verklagen, wie es Henry Kissinger einst tat – und dabei verlor. In einem früheren Buch »The Price of Power: Kissinger and the Nixon White House« entlarvte Hersh Kissinger als den politischen Schurken, der er ist. Kissingers fehlgeschlagene Verleumdungsklage gegen den Verfasser zog sich jedoch über Jahre hin und kostete Hersh und seinen Verleger ein Vermögen.

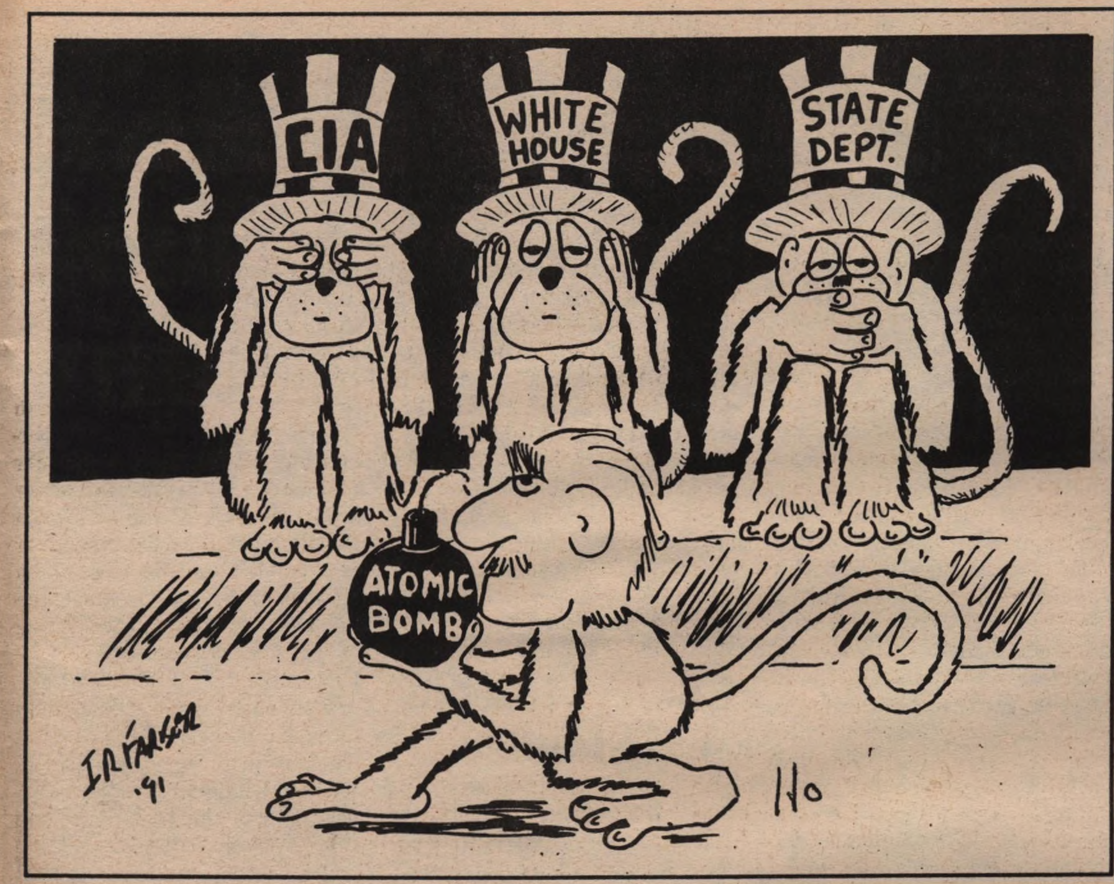


Mordechai Vanunu, ein ehemaliger Techniker der israelischen Atomwaffen-Fabrik Dimona, hat als erster die Weltöffentlichkeit auf Israels Atomarsenal aufmerksam gemacht.

Eine alte Story mit neuen Gewürzen

Wenn auch vieles, was Hersh in seinem neuen Buch berichtet, Washingtoner Geheimdienstlern und Politikern, und was das betrifft, auch in Medienkreisen, sehr wohl bekannt ist, gibt der Verfasser einer alten Story viel neue Gewürze hinzu. Der vielleicht interessanteste Gesichtspunkt des Buches ist, daß Hersh mit dem Finger auf die amerikanische Regierung zeigt und jede Regierung seit Kennedy anklagt, gegenüber Israels Atomwaffenprogramm blind gewesen zu sein. Ungeachtet der Tatsache, daß Israel jetzt über ein Arsenal von mehreren hundert thermonuklearen Sprengköpfen und Neutronenbomben verfügt, hat die amerikanische Regierung die Atomkapazität des Judenstaates immer noch nicht öffentlich zugegeben.

Es mag jetzt für die derzeitige Bush-Regierung gute Gründe dafür geben, dieses Versagen weiterhin zu vertuschen. Es wäre mehr als peinlich, anerkennen zu müssen, daß Israel 1973 das Weiße Haus Nixons – während des Yom-Kippur-Krieges –, wahrscheinlich die Reagan-Mannschaft im Jahre 1982 – während des Libanon-Krieges – und



höchstwahrscheinlich die Bush-Regierung 1990 – im Golf-Krieg – mit nuklearer Erpressung bedrohte. Und die Geschichte könnte sich heute wiederholen, da George Bush bestrebt ist, Israel unter Druck zu setzen, mit den Palästinensern und mit seinen arabischen Nachbarn Frieden zu verhandeln.

Eine Gefahr für den Nahen Osten

Die Geschichte, wie Israel die Bombe bekam, so wie sie von Hersh erzählt wird, ist in der Tat faszinierend. Man kann jedoch die Auffassung nicht erschüttern, daß diese unnötige und gefährliche Weiterverbreitung nicht hätte zu geschehen brauchen, wenn nur ein amerikanischer Präsident den Mut aufgebracht hätte, der jüdischen Pro-Israel-Lobby, die ihr Geld und ihren Einfluß in den USA dazu benutzte, um Israels Entwicklung von Kernwaffen zu unterstützen, zu widerstehen.

Die Tatsache, daß Israel sich mit diesem Kriegsgerät zur Massenvernichtung bewaffnet hat, führte unter anderem zu dem Vorstoß seitens des Irak und – in geringerem Ausmaß – Syriens, es den nuklearen Fähigkeiten des Judenstaats gleich zu tun, was wiederum den verrückten Rüstungswettlauf auslöste, der im vergangenen Jahrzehnt in der Region vonstatten ging.

Der Erwerb eines nuklearen Arsenals hat dem Judenstaat ein falsches Sicherheitsgefühl verliehen. Israel ist nunmehr in der Lage, seine arabischen Nachbarn zu vernichten. Aber der einzige Weg, dies möglicherweise zu bewerkstelligen, besteht darin, daß es sich dabei selbst vernichtet.

Daher stammt der Titel des Buches von Hersh, »The Samson Option«, wie der Verfasser uns sagt, aus einem 1976 in »Commentary« von Norman Podhoretz veröffentlichten Essay, in dem der berühmte Neokonservative schrieb: »Man pflegte zu sagen, daß die Israelis einen Masada (Selbstmord-)Komplex hätten..., aber wenn man die Israelis unter dem Aspekt eines ›Komplexes‹, der Selbstmord statt Kapitulation involviert und dies verwurzelt in einem relevanten Präzedenzfall der jüdischen Geschichte, verstehen soll, dann wäre das Beispiel Samson, dessen Selbstmord die Vernichtung seiner Feinde herbeiführte, eher angebracht...«
Beinahe verloren in der Erzählung der Bombengeschichte ist ein neuer Aspekt des Spionagefalles Jonathan Pollard. Hersh, der für seine Fähigkeit bekannt ist, Einzelheiten auszugraben, die anderen entgehen, vollbringt die Meisterleistung, das volle Ausmaß und die wahre Bedeutung Pollards – und Israels – jahrelanger Spionage gegen die amerikanische Regierung zu erklären. Der einzige andere tiefgründige Blick auf den Fall Pollard von Wolf Blitzer – ehemals von der »Jerusalem Post«, jetzt CNN's Defense Department Korrespondent – jubelt dem Leser die gängige Vertuschungsstory des israelischen Geheimdienstes unter die Weste. Danach war die Pollard-Operation eine unglückliche Verirrung, und, abgesehen davon, habe er der Sicherheit der Vereinigten Staaten eigentlich keinen Schaden zugefügt, weil er nur Informationen über arabische Terroristen stahl, die der CIA Israel nicht geben wollte, was sie aber hätte tun müssen. Pollard rettete also die Welt vor Saddam Hussein!

Pollard rettete die Welt vor Saddam Hussein

Dem ist nicht so, schreibt Hersh. Pollard spionierte mehr als vier Jahre lang für Israel, seit 1981 – nicht nur die 17 oder 18 Monate die Pollard gestanden hat. Auch stahl Pollard nicht nur Geheimnisse über die Araber, er raubte den amerikanischen Geheimdienst blindlings aus und stahl einige von dessen empfindlichsten Geheimnissen, nämlich KH-11-Satelliten-Erkennungsdaten über strategische militärische Fähigkeiten der Sowjets.

Darüber hinaus, schreibt Hersh, billigte der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir persönlich die Weitergabe einiger dieser sensiblen Nachrichten durch den Mossad an den KGB. Dieser Verrat seitens Pollards und der Israelis kostete laut Mitteilung von Beamten des US-Geheimdienstes amerikanischen Agenten in der UdSSR das Leben und ermöglichte es den Sowjets, einige kritische Ziele vor der amerikanischen Aufklärung zu schützen.

Es gibt genügend freiwillige Spione

Bei dieser Betrachtung des Falles Pollard liefert Hersh weitere Beweise dafür, daß Israels Spionage gegen die USA keine Verirrung war. Der Mossad und andere israelische Nachrichtendienste hätten seit Jahren ihr Handwerk gegen die amerikanische Regierung ausgeübt – und tun dies zweifellos immer noch –. Die meisten der verdächtigen zionistisch-amerikanischen Verräter seien jedoch inzwischen aus dem Regierungsdienst ausgeschieden. Aber es stünden zahlreiche andere »sayanim« – Freiwillige – zur Verfügung, um die Aufgabe weiterhin durchzuführen.

Man kann nur darauf gespannt sein, ob Alan »Chutzpe« Dershowitz, einer der Anwälte Pollards, eine ganze Seite in der »New York Times« aufwenden wird, um Hersh als selbsthassenden Juden anzugreifen. Er kann Hersh kaum des Antisemitismus bezichtigen, wie der lauthalsige, ehrgeizige Anwalt es tat, als er kürzlich seine ganzseitige Anzeige im »Wall Street Journal« Aufgabe, in der er James Steward vom »Wall Street Journal« und Verfasser des Buches »Den of Thieves« angriff, weil dieser geschrieben hatte, ein anderer von Dershowitz's Mandanten, der Junk-Bond-König Michael Milken, sei ein Gauner. □

Libanons General Aoun spricht von Verrat

General Michael Aoun, der libanesische Kommandeur, der vor einem Jahr von syrischen Streitkräften gestürzt wurde und nach Frankreich emigrieren mußte, klagte in einem Interview mit der französischen Tageszeitung »Le Figaro« an, daß er durch die unmoralische Realpolitik des Westens fallengelassen wurde.

»Es war 7 Uhr morgens, als die syrische Offensive begann«, sagte er. »Mir war sofort klar, daß die syrischen Truppen von allen Seiten angriffen, und ich sagte mir, um das tun zu können, müssen sie vom Westen grünes Licht bekommen haben. Wir hatten keinerlei Mittel, um den schmalen Landstreifen zu verteidigen, und ich hielt es für klüger, das Blutbad zu vermeiden.«

Aoun glaubt, er sei bezüglich der Vereinigten Staaten »naiv« gewesen. »Ich konnte nicht glauben, daß die Vereinigten Staaten eine doppelte Moral haben«, sagte er. »Leute sagen oft zu mir: ›Sie (die USA) haben den Libanon an Syrien verkauft, als Gegenleistung für Präsident Hafez Assads Unterstützung ihres Kriegs gegen den Irak‹. Ich antworte dann: ›Kommen Sie, das ist unmöglich. Moralisch können sie das doch nicht tun‹.«

Am Abend vor dem syrischen Angriff am 27. September 1990 wußte General Aoun genau, daß alles vorbei war. »Als die Israelis und die Amerikaner offiziell erklärten, sie seien gegen eine militärische Intervention, bekam ich es wirklich mit der Angst zu tun. Das Ganze roch mehr nach Pontius Pilatus. Sie wuschen sich schon im voraus die Hände in Unschuld. Ich begriff in diesem Augenblick, daß etwas passieren würde.«

»Alle haben mich fallen gelassen«, sagte Aoun. »Alle außer das libanesische Volk.« Und als er gefragt wurde, warum er die Realpolitik nicht irgendwie anerkennen wollte, erwiderte Aoun: »Ich mag das Wort nicht. Realpolitik ist die Politik von Leuten, die weder Kriterien noch Bezugspunkte haben. Ich glaube, wer keine moralischen Kriterien hat, kann nicht richtig denken.« □

Kauft Malaysia sowjetische Waffen?

Malaysia trägt sich mit dem Gedanken, Kriegsgerät, darunter Düsenjäger, von der ehemaligen Sowjetunion zu kaufen, soll der Ministerpräsident Mahathir Mohammed gesagt haben. Moskau habe angeboten, ausgeklügeltes Kriegsgerät unter einem Sammel-Deal zu verkaufen, das auch die Übergabe von Technologie beinhaltet.

»Wir müssen zu einem Entschluß kommen, was für uns geeignet ist, ob unsere Interessen mit dem übereinstimmen, was sie anbieten«, sagte der Ministerpräsident. Es sei nichts verkehrt daran, Waffen von der ehemaligen Sowjetunion zu kaufen, da diese »kein kommunistisches Land mehr ist«. Sowjetische Militärausrüstung mag »grob und wenig attraktiv erscheinen«, aber sie ist ebenso gut, wenn nicht besser als westliche Waffen, sagte er, »Wir werden mit niemandem Krieg führen, sondern legen das Schwergewicht nur auf unsere Verteidigung, obwohl unsere Nachbarstaaten ausgeklügelte Düsenjäger wie die F-16 besitzen«, sagte Mahathir.

Er nannte keine Einzelheiten, aber die Sowjets sollen den verkauf der MiG-29 und der Sukhoi SU-27 an Malaysia angeboten haben, heißt es aus Kreisen des Verteidigungsministeriums.

Der Beamte aus dem amerikanischen Verteidungsministeriums, Donald Atwood, soll laut Reuters dazu geäußert haben, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjets eine gefährliche Wanderungsbewegung von Wissenschaftlern und Waffentechnologie in die Dritte Welt auslösen wird. Atwood, der noch im November 1991 sowjetische Verteidigungsanlagen besuchte, sagte zu Reportern – als Beispiel für die verzweifelte Lage der Sowjets auf dem Finanzsektor –, daß Beamte im sowjetischen Raumfahrtzentrum mit amerikanischen Besuchern über den Austausch von Raketen-Technologie gegen Auslandsfinanzierung zur Unterstützung ihres Raumfahrtprogramms gesprochen haben. »Ich bin sehr besorgt über den Verkauf von Technologie«, sagte er. »Was wir stoppen müssen, ist, daß die Sowjets Waffen an Länder verkaufen, die unstabile Regierungen oder eine Geschichte der Aggression oder eine Geschichte des Terrorismus haben. Insbesondere wollen wir die Flut der Technologie eindämmen, die ihnen später die Fähigkeit verleihen könnte, Massenvernichtungswaffen herzustellen.« □

Neue Art von Cholera tötet in zwei Stunden

Eine in Lima, Peru, neu entdeckte Art von Cholera tötet in zwei Stunden, teilten leitende Persönlichkeiten des Kinderkrankenhauses in Lima mit. Sie waren die ersten, die diese neue, tödlichere Art entdeckten, anscheinend die Folge von Mutationen, die während des peruanischen Winters stattfanden. Jetzt, wo der Sommer hereinkommt, bricht die Cholera-Epidemie des Landes erneut aus. Und wenn diese neue Art zu einer allgemeinen Erscheinung wird, dann könnte sie dieses Mal weitaus tödlicher sein.

Die Gesamtzahl der Fälle beläuft sich, wie berichtet wird, derzeit auf 231 113.

Unterdessen sagte Dr. Alberto Vargas in Mexiko, ein Angestellter des Gesundheitsministeriums im Staate Chipas, in einem Interview: »Die Menschen sterben, aber die Ergebnisse von Obduktionen werden verschwiegen. Die Informationen werden von der Staatsregierung und deren Gesundheitsbeamten zurückgehalten ... anscheinend auf Anordnung des Präsidenten.«

Er und andere Ärzte meinen, die Staatsregierung befürchte, es könnte der lukrativen Touristen-Industrie schaden, wenn über diese Dinge berichtet wird. Dr. Vargas wurde seines Postens enthoben, vermutlich, weil er die Dinge offen angesprochen hatte. Gesundheitsbeamte der Regierung behaupten, es habe nur 54 Fälle von Cholera und einen Todesfall in Chipas gegeben, aber nach unabhängigen Berechnungen beläuft sich die Zahl der Cholera-Fälle auf 500 und die der Todesfälle auf mindestens zehn. Wenn das Verhältnis 10 : 1 landesweit zuträfe, dann beliefe sich die Zahl der zugegebenen Fälle in Mexiko von 1747 in Wirklichkeit auf 17470.

Eine andere Ärztin in Chipas berichtete, daß die staatliche Klinik in ihrer Stadt »mit kranken Menschen überfüllt ist, aber es wird bestritten, daß es sich um Cholera handelt und man nennt es stattdessen Magen-Darmentzündung«.

Ein Landarzt soll über NAFTA gesagt haben: »Ich will nicht, daß die Amerikaner und Kanadier glauben, daß sie eine Partnerschaft mit Leuten eingehen, die nicht einmal eine so einfache Sache wie Cholera bewältigen können.« □

Kein Fortschritt bei Gesprächen zwischen Haiti und OAS

Die geplante Rückkehr einer Delegation der Organisation of American States (OAS) nach Haiti ist verschoben worden, da sich das Militär von Haiti und die OAS immer noch nicht einigen können. Obwohl einige gemäßigte politische Kräfte versuchen, Lösungen hinauszuschieben, mit denen die Armee geschützt wird, während sie die Rückkehr des gestürzten Präsident Jean-Bertand Aristide zulassen, beharren einige hochstehende Gehilfen Aristides und westliche Diplomaten darauf, daß die Armee aufgelöst und von einer Gendarmerie nach französischem Vorbild abgelöst wird. Die entspricht der grundlegenden US-Politik gegenüber allen bewaffneten Streitkräften Mittel- und Südamerikas, und ist sicherlich ein beabsichtigter Endpunkt der derzeitigen Krise.

Die »New York Times« zitierte den französischen Botschafter für Haiti, der dazu aufgerufen ha-

ben, daß »Elemente« in der Armee von Haiti streng bestraft werden. Gleichzeitig unterstütze er den Gedanken an einen militärischen Einmarsch.

Die Zeitung zitiert auch aus einem Interview mit dem Armeekommandeur Cedras, der gesagt haben soll, daß Macht ihn nicht interessiere, nur die Achtung vor den Institutionen des Landes. Er sagte, der Staatsstreich sei durch Aristides Missetaten hervorgerufen worden, wie zum Beispiel durch den schon vorher unterzeichneten Haftbefehl, der benutzt wurde, um die Opposition einzuschüchtern, und die Aufstellung einer privaten Miliz. »Mit welcher moralischen Befugnis kann die OAS einen solchen Mann wieder in sein Amt einsetzen?« fragte er. »Vielleicht werden wir einen Aufstand mit einem Embargo bekommen, oder einen Bürgerkrieg mit Aristides Rückkehr. Beides käme auf das Gleiche hinaus.« □

Iran verlangt nukleare Parität mit Israel

Die moslemische Welt sollte auf dem Gebiet der Atomwaffen Parität mit Israel anstreben, sagte Ayatollah Mohajerani, Irans Vizepräsident, der für rechtliche und parlamentarische Angelegenheiten verantwortlich ist, zur Zeitung »Abrar«. »Idealerweise«, meinte er, »sollte Israel völlig seiner nuklearen Kapazität beraubt werden. Ich meine, das was hinsichtlich seiner nuklearen Kapazität mit dem Irak geschehen ist, sollte ganz genau so mit Israel geschehen.«

Aber wenn Israel seine Atomwaffen behalten darf, sagte er, dann sollten die Moslems zusammenarbeiten, um ihre eigene Atombombe zu bauen, ungeachtet eines Versuchs seitens der Vereinten Nationen, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. »Weil der Feind Atomanlagen hat, sollten die moslemischen Staaten die gleiche Kapazität haben... Mit anderen Worten: Die Atommacht der Moslems und Israels sollte paritätisch sein«, äußerte er. »Dies ist keine Angelegenheit für die Vereinten Nationen oder den Sicherheitsrat ... zu entscheiden. □

Yitzhak Shamir will »Eretz Israel«

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir legt immer wieder den Grundstein für eine neue israelische Stadt rittlings über der »grünen Linie«, die das Israel von vor 1967 von den besetzten Gebieten trennt. Die Stadt, Yigal Tsur, ist Teil des Bauvorhabens »Stern-Plan«, der das Konzept der grünen Linie durch die Gründung von einem Dutzend Städte über die Grenze hinweg effektiv beseitigen wird.

»Ich mag die Farbe grün«, sagte Shamir, »aber eine grüne Linie, die eine Art Siedlungsgebiet im Land Israel, Eretz Israel, markiert, existiert nicht. Jedermann in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt kennt meine Ansichten«, sagte er vor dem israelischen Fernsehen, »daß das Land Israel das Heimatland des Volkes von Israel ist. Wenn ich sage, das Land Israel, dann meine ich das ganze Land Israel. Alle unsere zum Bauen verfügbaren Teritorien werden bis zum Ende des Horizonts von Juden bevölkert werden.«
Nach Shamirs Auslegung des Begriffes »Land Israel« schließt dieses das ganze Land zwischen den Tälern des Nils und des Euphrats ein. Sein Mitstreiter Ariel Sharon meint, das Land Israel schließe alle von Israel besetzten Ländereien einschließlich Jordanien ein. □

Für Thailand sind die USA kein großer Boss

»Die Vereinigten Staaten sind nicht der große Boss der Welt und können uns nicht zwingen, alles zu tun, was sie verlangen,« sagte General Suchinda Kraprayoon und reagierte damit auf einen Brief, den US-Präsident Bush an den Ministerpräsidenten Anand Panyarachun schrieb, den die Generale als Ministerpräsident eingesetzt hatten, um das Land zur Demokratie zurückzuführen.
»Thailand ist ein unabhängiges Land und kein fremdes Land kann uns zwingen, irgendetwas gegen unseren Willen zu tun«. Die Nachrichtenagentur Reuters zitierte Suchinda wie folgt: »Verschiedene Länder haben verschiedene Umstände und verschiedene Bestimmungen.« Suchinda, der in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurde, fügte hinzu: »Unser Land wurde unabhängig geboren schon bevor die Vereinigten Staaten überhaupt entstanden.«
Ein Sprecher der amerikanischen Botschaft in Bangkok war über Suchindas Bemerkungen überrascht. Er sagte, der Bush-Brief enthalte nichts, was die Vereinigten Staaten nicht schon viele Male vorher gesagt haben. □

Imelda Marcos und die Philippinen

Imelda Marcos, die Witwe des verstorbenen Präsidenten der Philippinen Ferdinand Marcos, kehrte am 4. November 1991 auf die Philippinen zurück, und brachte die sterblichen Überreste ihres Gatten zur Bestattung in seinem Heimatland mit. Die Marcos wurden nach ihrem Sturz im Februar 1986 ins Exil geschickt.

Ihr Sohn, Ferdinand Marcos jun. unternahm eine Rundreise durch seine Heimatprovinz Laoag, während tausende von Anhängern die Straßen füllten und die Fähnchen der New Society Movement schwenkten. Der Sohn wird wahrscheindlich um ein Amt kandidieren, und es ist möglich, daß Frau Marcos um die Präsidentschaft kandidiert, in einem »Krieg der Witwen« gegen Corazon Aquino, deren verstorbener Gatte Führer der Opposition gegen Marcos war.

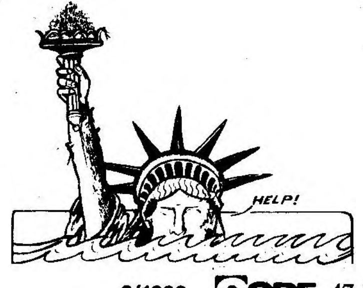
Frau Marcos wurde von der Nachrichtenagentur Reuters aus einem Interview zitiert, das in Zeitungen von Manila abgedruckt wurde, und in dem sie auf Beschuldigungen, daß die Marcos während ihrer Herrschaft Geld gestohlen hätten, wie folgt reagiert: »Sie konnten sehen wohin das ganze Geld ging. Wir bauten Brücken, Straßen, Infrastruktur. Wir gaben viel für das Bildungswesen und für die Landwirtschaft aus. Jetzt beträgt der Staatshaushalt 300 Milliarden Pesos (11,1 Milliarden Dollar im Vergleich zu 18,5 Milliarden Dollar während der 20 Jahre unter Marcos)... Sagen Sie mir, wo das ganze Geld hingeht? Wer ist nun der Dieb? Und diese Feudalherren wollen uns etwas erzählen? Frau Aquino ist eine Feudalherrin.«

Ihr Sohn wurde wegen Steuerhinterziehung angeklagt und gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt. Es liegen jetzt mehr als 30 Zivilklagen gegen die Familie Marcos vor, um bis zu 100 Milliarden Dollar an Strafgeld für »unrechtmäßig erworbenen Wohlstand« einzuklagen. □

Französischer Wissenschaftler warnt vor Insektenübertragung

Ein prominenter französischer Biochemiker und Entomologe hat vor der Gefahr gewarnt, daß Aids durch blutsaugende Insekten übertragen werden kann. Michel Bounias, Mitglied der Französische Akademie der Wissenschaften, sagte zu einem französischen Rundfunk-Interviewer: »Ich sehe keinen Grund, der möglicherweise einen Floh oder ein Mosquito daran hindern könnte, Aids zu übertragen. Das Blut eines beißenden Insekten stellt eine Umwelt dar, in der ein Virus eine verhältnismäßig kurze Zeit sehr gut überleben kann.«

Einige Wissenschaftler warnten 1986 vor dieser Möglichkeit. Das ärztliche Establishment sowie die Weltgesundheitsorganisation bestreiten diese Möglichkeit weiterhin, obwohl keine Versuche zur Erhärtung oder Widerlegung dieser These vorgenommen wurden. □



John Demjanjuk

Abgekartetes Spiel mit Kriegsverbrechern

John McBrien

Der im Ruhestand lebende Automechaniker aus Cleveland, US-Bundesstaat Ohio, John Demjanjuk, der nach Israel deportiert wurde und dort als »Kriegsverbrecher« hingerichtet werden soll, war Opfer eines abgekarteten Spiels zwischen den Sowjets und den Israelis, und diejenigen, die ihn verteidigen, wurden als »Antisemiten« verunglimpft. Jetzt kann die Wahrheit nicht mehr unterdrückt werden, und die Medien des Establishments geben ihren »Irrtum« zu.

Seit Beginn der Tragödie, in die Demjanjuk hineingeschlittert ist, standen »The Spotlight« und CODE mit ihrer laufenden Berichterstattung über die schwerwiegenden Fehler, in der vom Staate Israel gegen ihn erhobenen Anklage, allein da. Jetzt hat die Presse des Establishments plötzlich die gleichen Fehler entdeckt.

Widersprüchliches Beweismaterial

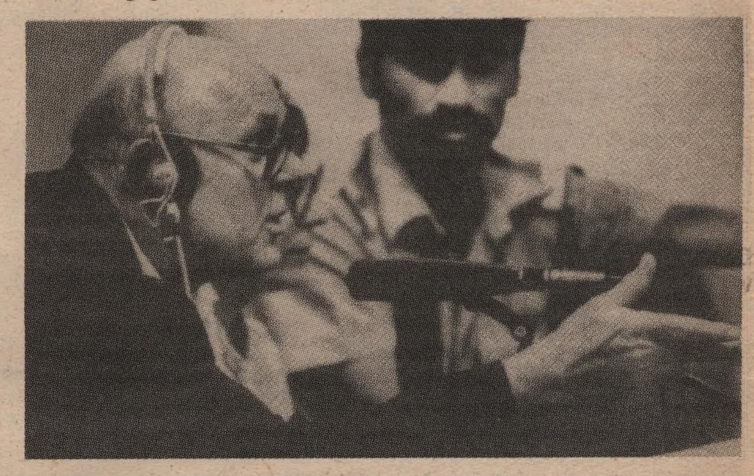
Die »Washington Post« berichtete am 17. November 1991, neues Beweismaterial, das vor einem Jahr in den Akten des sowjetischen Geheimdienstes KGB gefunden wurde, beweise, daß Demjanjuk genau das ist, was er immer behauptet hat, zu sein: Ein zu Unrecht Beschuldigter, der »Iwan der Schreckliche«, ein brutaler Lagerwachmann in Polen während des Zweiten Weltkriegs, gewesen sein sollte.

Demjanjuk ist der im Ruhestand lebende Automechaniker aus Cleveland, dessen naturalisierte amerikanische Staatsbürgerschaft ihm vom amerikanischen Justizministerium entzogen wurde, das begierig Israels Spiel trieb, und das ihn 1986 in den nahöstlichen Kleinstaat auswies, um dort abgeurteilt zu werden, obwohl klar auf der Hand lag, daß ein Todesurteil bereits geplant war.

Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem israelischen Kino.

Demjanjuk wird speziell beschuldigt, während des Zweiten Weltkriegs in dem von den Deutschen betriebenen Lager Treblinka ein sadistischer Lagerwachmann gewesen zu sein. Jedoch lange unterdrückte Vernehmungen von 21 Wachleuten aus Treblinka durch den KGB zwischen 1944 und 1961 ergaben, daß der besagte Wachmann ein ganz anderer Mann war und Iwan Marchenko hieß. Und eine Fotografie aus den vierziger Jahren, die von einem der Wachleute als die von »Iwan« identifiziert wurde, war keineswegs die von Demjanjuk.

Selbst die »Washington Post« räumt ein, daß Demjanjuks Verurteilung im Jahre 1988 durch ein israelisches Gericht wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und das gegen ihn verhängte Todesurteil irrigerweise weitgehend auf Indizien beruhten, die in sich selbst widersprüchlich waren. Zum Beispiel war ein Schlüsseldokument eine deutsche Kennkarte, aus der hervorging, er habe in zwei ganz anderen Lagern gearbeitet; das andere war die Behauptung von fünf älteren Insassen des Lagers Treblinka, Demjanjuk sei dort als Wachmann stationiert gewesen.

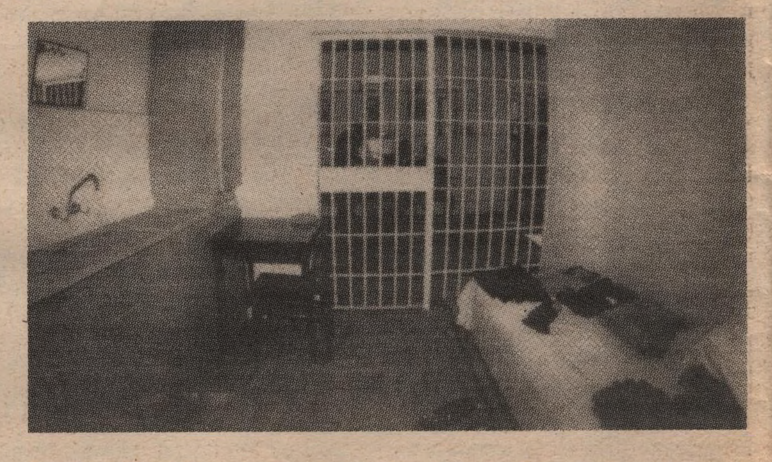


John Demjanjuk erklärt immer wieder dem israelischen Gericht: »Ich bin nicht Iwan der Schreckliche«.

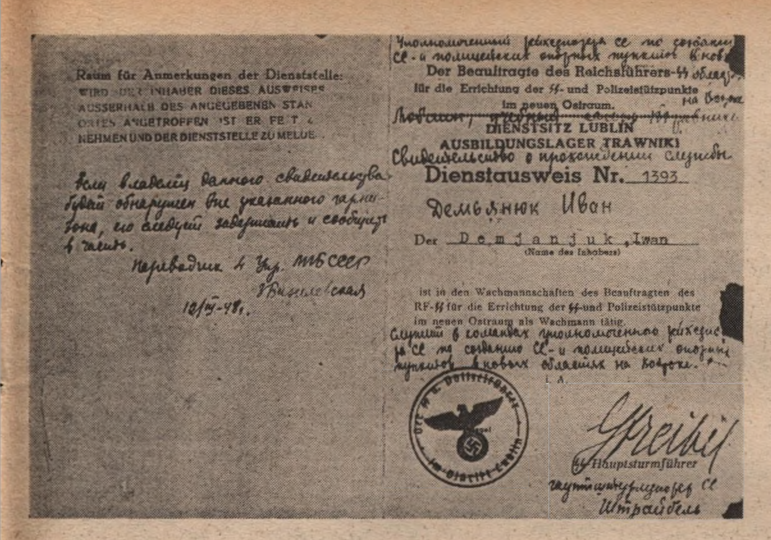
Aber trotz der Enthüllung des neuen Beweismaterials bezweifelt zumindest ein langjähriger Unterstützer Demjanjuks, daß dem im Ruhestand lebenden Automechaniker jemals Gerechtigkeit widerfahren wird.

Der Mann ist unschuldig

»Sie hatten doch alle Beweise, die in einer normalen menschlichen Gesellschaft benötigt werden, um ihn zu entlasten«, sagte



Das ist die Zelle von Demjanjuk, in der er auf eine Revission seines Urteils wartet.



Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN IST ER FEST ZU NEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDEN.

Der Beauftragte des Reichsführers-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI

Dienstausweis Nr. 1393

Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)

ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.

SS-Hauptsturmführer

Der angebliche Dienstausweis von John Demjanjuk, der als Beweis für die Identität gilt, ist eine plumpe Fälschung des KGB.

Grösse: 175 cm
Gesichtsform: oval
Haarfarbe: dklblond
Augenfarbe: grau
Besondere Merkmale: Narbe auf dem Rücken
Familienname: Demjanjuk
Vor- und Vatersname: Iwan/Nikolai
geboren am: 3.4.20
geboren in: Duboimachariwzi/Saporosche
Nationalität: Ukrainer
Abkommandiert am 22.9.42 zu LGW Okszow
Abkommandiert am 27.3.43 zu Sobibor
Abkommandiert am ... zu ...
Abkommandiert am ... zu ...
Abkommandiert am ... zu ...

Empfangene Ausrüstungsgegenstände:

Mütze:	1	Koppel:	
Mantel:	1	Seitengewehrtasche:	
Bluse:	1	Handschuhe:	
Hose:	1	Unterhemd:	2
Stiefel:		Unterhosen:	2
Schnürschuhe:	1	Wollweste:	
Socken:	1	Badehose	
Fusslappen:			1
Essgeschirr:			
Brotbeutel:			
Trinkbecher:			
Feldflasche:			
Wolldecken:	1		
Gewehr Nr.:			
Seitengewehr Nr.:			

Ausgegeben: Richtig empfangen:

Jerry Brentar, der seit mehr als einem Jahrzehnt in der Verteidigungsmannschaft für John Demjanjuk tätig ist.

»Der Mann ist 100 Prozent unschuldig«, fügte er hinzu. »Das Einzige an dem die Herren vom Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums ihren Hut aufhängen können, ist, daß Demjanjuk 1948 in seinen Einwanderungspapieren erwähnt hatte, er sei niemals in der Armee gewesen«, kaum ein Kapitalverbrechen.

Demjanjuks Glaubwürdigkeit sei erschüttert worden, entschied das Oberste Gericht in Jerusalem, weil er bestritt, als Lagerwachmann gearbeitet zu haben, und weil er den Namen Marchenko benutzte, als er sich 1948 in Stuttgart um ein Ausreisevisum nach den USA bewarb.

Was kaum überraschend ist, Demjanjuk glaubte damals, ihm würde die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt, wenn er zugeben würde, daß er in der Wehrmacht gedient hatte, abgesehen davon, daß er ein gefangener Soldat der sowjetischen Armee war, der in dieser Sache wohl kaum eine andere Wahl hatte.

Was die Visum-Angelegenheit betrifft, so wurde Demjanjuk gesagt, den Mädchennamen seiner Mutter einzutragen, sagte aber später, er habe diesen vergessen.

Daher verwendete er den Namen Marchenko, einen gebräuchlichen ukrainischen Namen, nicht ahnend, daß dieser ihn noch einmal verfolgen würde.

Kein Interesse an Gerechtigkeit

Demjanjuks israelischer Verteidiger, Yoram Sheftel, legte im August 1991 dem Obersten Gericht Israels die KGB-Akten vor, und die Richter haben versprochen, eine Entscheidung zu fällen. Der Staatsanwalt Michael Shakes sagte dem Gericht jedoch, daß Demjanjuk immer noch für schuldig befunden werden könnte.

Shakes meinte im wesentlichen, daß, selbst wenn Demjanjuk nicht Iwan der Schreckliche sein sollte, er stattdessen wegen Kriegsverbrechen für schuldig befunden werden kann, weil er in deutschen Lagern in Trawniki und Sobibor stationiert war. Es wurde allerdings keinerlei Beweismaterial vorgelegt, um zu beweisen, daß der 71jährige Demjanjuk mehr getan hat, als die Einrichtungen zu bewachen, wie viele andere sowjetische Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten und später von deutschen Behörden zu Dienstleistungen gezwungen wurden, es auch getan haben.

Der Mann hat keine Chance

In dem Bericht der »Washington Post« über Demjanjuks seit drei Jahren währendes Warten auf die Hinrichtung wird eingeräumt, daß Israels Oberstes Gericht schwerwiegende Probleme damit haben könnte, bei derart widersprüchlichem »Beweismaterial« eine Hinrichtung durch Erhängen zu verfügen.

Die »Washington Post« zitierte jedoch auch Tom Segev, einen Journalisten, der für eine Zeitung in Tel Aviv über den Demjanjuk-Prozeß berichtet hatte, der geschrieben hat, der ursprüngliche Schuldspruch sei »mehr ein Teil der Literatur über jüdisches Gezeter als ein nüchternes Rechtsdokument« (»more a part of the literature of Jewish lamentation than a sober legal document«).

Brentar sagte, die Israelis seien überhaupt nicht an Gerechtigkeit interessiert.

»Wer wird sie herausfordern? Wer?«, fragte er. »Sie sind möglicherweise dabei, ihn langsam zu vergiften. Am Tage bevor über die Berufung verhandelt wird, fällt er tot um, und man wird die Leiche verbrennen.«

»Sie wollen sich die peinliche Verlegenheit ersparen, zuzugeben, daß sie einen Fehler gemacht haben«, setzte Brentar hinzu. »Ich glaube nicht, daß der Mann noch eine Chance hat. Wenn man will, daß Sie ein Opfer sind, dann werden Sie auch ein Opfer.« □



Naher Osten

High-Tech-Munition ist der Übeltäter

Warren Hough und Lawrende Wilmot

Als ein schwerwiegendes weiteres Vermächtnis des Krieges am Persischen Golf vergiftet die von den amerikanischen Streitkräften und ihren Alliierten zurückgelassene High-Tech-Munition, hergestellt aus verbrauchtem Uran, langsam die ganze Gegend.

Die sich ausbreitende Verseuchung durch die von den amerikanischen Streitkräften nach dem Golf-Krieg zurückgelassenen radioaktiven Trümmer tötet weiterhin Zivilisten der Region. Bis Ende des Jahrzehnts wird mit schätzungsweise 500000 weiteren Toten gerechnet, warnt ein streng geheimer wissenschaftlicher Bericht.

»Unsere Luft, unser Wasser, der Boden, die Nahrungsmittelkette – alles – ist vergiftet worden«, klagte ein hochstehender UNO-Diplomat, der eine große Nation der arabischen Halbinsel vertritt. »Meine Regierung hat die militärische Intervention gegen den Irak unterstützt, aber jetzt wünschen viele von uns, wir wären dagegen gewesen.«

Zurückgelassen wurden radioaktive Trümmer

Die von diesem altgedienten Beamten für auswärtige Angelegenheiten und von einigen seiner UNO-Kollegen ausgesprochene ungewöhnliche Besorgnis wurde durch eine streng geheime Studie der International Atomic Energy Agency (IAEA), die Mitte November 1991 an Golf-Diplomaten mit hoher Geheimstufe verteilt wurde, ausgelöst.

Die Studie, erforscht und zusammengestellt von einer IAEA-Einsatzgruppe, die weitgehend aus britischen und französischen Wissenschaftlern besteht, enthüllt, daß intensive Artillerie-, Panzer- und Luftangriffe der von den USA angeführten Koalitions-Streitkräfte im Februar 1990 rund 50000 Tonnen radioaktive und vergiftete Trümmer in Kuwait und Irak zurückgelassen haben.

Die Bush-Regierung »versucht verzweifelt, diesen Untersuchungsbericht zu unterdrücken«, versicherte ein arabischer UNO-Delegierter. »Wir dürfen das nicht geschehen lassen; unsere Länder stehen vor einer Katastrophe des Völkermords, wenn wir jetzt keinen Alarm schlagen.«

Um die Vertuschung des IAEA-Berichts zu durchbrechen, haben Diplomaten des Nahen Ostens dafür gesorgt, daß der diplomatische Korrespondent unserer Schwesterzeitung »The Spotlight« Zugang zu einer Kopie dieses Berichtes bekam, wobei man sich einig war, daß die Identität dieser Informanten geschützt bleibt, und daß von dem höchst empfindlichen Text keine weiteren Kopien angefertigt werden.

In dem Bericht wird geschätzt, daß während der kurzen, aber heftigen Kampfphase des Golf-Krieges die amerikanischen Bodentruppen 5000 bis 6000 panzerdurchbohrenden Granaten, bekannt als »depleted uranium (DU) rounds« (»Abgereicherter-Uran-Schüsse«), abgefeuert haben.

Außerdem feuerten amerikanische und britische Flugzeuge in Panzerabwehr- und Gefechtsunterstützungseinsätzen »vielleicht zehnmal soviele« aus abgereichertem Uran hergestellte Raketen und Geschosse auf feindliche Ziele ab.

DU-Munition, die Mitte der achtziger Jahre unter schärfster Geheimhaltung von amerikanischen und britischen Rüstungsfirmen entwickelte wurde, enthält einen außergewöhnlich harten, dichten Kern von U-238.

Eine tödliche Gefahr für die Bevölkerung

Diese Geschosse sind »die besten Panzervernichter, die wir jemals gesehen haben«, sagte Oberstleutnant Vincent Macchi, ein Gefechtskommandeur im Golf-Feldzug, der jetzt als »operation analyst« (Experte für Kampfeinsätze) im amerikanischen Verteidigungsministerium dient.

»Das Problem ist, daß wir DU-Munition vorher niemals verwendet und daher keine Ahnung hatten, welche Nachwirkung sie haben würde«, sagte Macchi.

Um die Langstrecken-Auswirkung dieser neuen Kriegsführungstechnologie festzulegen, führten Physiker und Entseuchungsspezialisten der Royal Atomic Energy Authority im August und September 1991 eine Reihe von geheimen Freilandversuchen und -erhebungen in der Golfregion durch.

Sie fanden heraus, daß Granatsplitter, Uranstaub und andere Trümmer, die von dem »Feuersturm« der High-Tech-Granaten, die während des Februar-Feldzugs abgeschossen wurden, zurückgeblieben sind, genug Strahlungen von niedriger Ergiebigkeit erzeugen, um für die breite Bevölkerung in der Region eine »ernsthafte und letztendlich tödliche Gefahr für die Gesundheit« darzustellen.

Eine Computeranalyse dieser Freilandversuche und Feststellungen »an Ort und Stelle« der Radiological Protection Unit der IAEA führte zu der düsteren Schätzung, daß »bei dem derzeitigen Stand der Verseuchung, Strahlung und andere Gefahren für die Gesundheit, die von Granatsplittern und ähnlichen Trümmern erzeugt werden, ausreichen, um in den kommenden zehn Jahren rund 500000 Todesfälle unter der Zivilbevölkerung der Region hervorzurufen. Diese erstaunliche Prognose veranlaßte die IAEA dazu, ihren Untersuchungsergebnissen einen Nachsatz hinzuzufügen, in dem dringend darauf hingewiesen wird, daß alle Bombenbeseitigungs- und Aufräumungsmannschaften mit Schutzkleidung und anderen Strahlungsschutzvorrichtungen versorgt werden, »bevor sie auch nur einen Tag lang weiterarbeiten«.
Aber die Bush-Regierung, obwohl durch die Untersuchungsergebnisse der IAEA »erschüttert«, betrachtet diese als »gefährliche Herausforderung«, enthüllte ein Informant aus dem Weißen Haus in einem Privatgespräch.

Der US-Präsident will Zeit gewinnen

Der Grund: Ein öffentliches Eingeständnis hinsichtlich der Langzeit-Bedrohung durch DU-Munition könnte zu einem Aufruf zu internationalen Verträgen zum Verbot solcher Sub-Atomwaffen in zukünftigen Kriegen führen.
Für den Augenblick versuchen Bush und seine höchsten Berater ganz einfach, »auf dem IAEA-Bericht sitzen zu bleiben und auf Zeit zu spielen«, bis sie »eine Möglichkeit finden, ihn zu umgehen«, berichtete dieser gut informierte Beobachter.
Dies könnte sich jedoch für die Massen der Zivilbevölkerung, die es mit Gesundheitsschäden, Krebs und Nierenversagen zusammen mit anderen Krankheiten und letztendlich mit vorzeitigem Tod zu tun haben, nicht als annehmbare Reaktion erweisen, bis die Bush-Regierung endlich den Mut aufbringt, den Folgen ihrer Intervention am Golf ins Auge zu schauen. □



Vereinte Nationen

Die UN streicht die verkehrte Klausel

Alfred König

Den vielen Skandalen der vergangenen Jahre hat die UNO nun mit der Streichung der aus dem Jahr 1975 stammenden Resolution 3379 einen weiteren beigefügt. Mit dieser Resolution war seinerzeit der Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilt worden. Israel hatte diese Resolution niemals anerkannt und wegen ihr stets eine aktive Mitarbeit der UNO an der Lösung des israelisch-arabischen Konflikts abgelehnt.

Den Antrag auf Widerruf dieser Resolution war von den USA gestellt worden. Der stellvertretende US-Außenminister Eagleburger begründete den Antrag seines Landes damit, daß diese Resolution eines der letzten Relikte aus der Zeit des Kalten Krieges sei. 111 Staaten stimmten dann für diesen Antrag, während sich 13 der Stimme enthielten und 25 dagegen stimmten. Unter den Befürwortern der Streichung zählten auch viele Staaten, die 1975 noch dafür gestimmt hatten, darunter auch die UdSSR und andere Ostblockstaaten.

Der Widerstand der Araber

Der israelische Staatspräsident Herzog würdigte die Annullierung als einen Erfolg für die Vereinten Nationen. Die Weltorganisation habe sich »von einem Schandfleck gereinigt, der ihr durch diese falsche und unwahre Propaganda anhaftete«. Auch Vertreter mehrerer zionistischer Organisationen begrüßten das Votum der UNO.

Auf Widerspruch traf diese Entscheidung dagegen bei den arabischen Staaten. So erklärte das syrische Außenministerium, die Aufhebung dieser Resolution bedeute nicht, daß gleichzeitig auch diskriminierende Maßnahmen gegen Araber in Israel beseitigt seien. Die syrische UNO-Delegation habe gegen die Annullierung gestimmt, weil die »zionistischen Praktiken gegen die Araber in den besetzten Gebieten während der letzten Jahre im Vergleich zu den Vorkommnissen von 1975 zunahmen«.

Die arabischen Staaten hatten in der UNO den Antrag auf Aufhebung zurückgewiesen. Die rassische Diskriminierung von Palästinensern und anderen arabischen Minderheiten in den von Israel besetzten Gebieten beweise täglich neu, daß die Resolution ihre Gültigkeit behalten habe.

Man stelle sich einmal vor: Da werden heute noch Tag für Tag Verbrechen großen Ausmaßes im »Heiligen Land« gegen die Araber begangen, werden Leute ohne Anklage für Wochen oder gar Monate in Haft behalten, werden Dörfer bombardiert, wobei viele unschuldige Menschen ums Leben kommen usw. Wer erinnert sich nicht noch an das Massaker am Tempelberg in Jerusalem vor wenigen Monaten oder an die Zerstörung von Wohnhäusern, die vermeintlichen Terroristen gehört haben sollen?

Trotz all dessen beschließt die UNO mit überwältigender Mehrheit eine Streichung dieser Resolution. Auf der anderen Seite besteht heute noch die sogenannte Feindstaatenklausel gegen Deutschland fort, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs beschlossen wurde. Danach ist es zumindest theoretisch heute jederzeit möglich, daß gegen Deutschland mit irgendwelchen Sanktionen vorgegangen wird, beziehungsweise von außen Eingriffe gegen eigenständige deutsche militärische Entscheidungen beschlossen werden können. Und daß sowohl Deutschland heute zu den Zahlmeistern in der UNO gehört und durch eine sonst fast an Masochismus grenzende Politik größtes Wohlverhalten gegenüber der UNO und den ihr angeschlossenen Staaten gezeigt hat.

Ein gewisser Ben Segenreich schrieb dann auch einen Kommentar in der »Welt« unter der Überschrift: »Sechzehn Jahre zu spät«. So schreibt er wörtlich:

»Wer Israel kennt, den macht das Wort ›Rassismus‹ fassungslos. In Israel leben nicht nur Menschen aller politischen Couleurs, sondern auch aller Haut-, Haar- und Augenfarben zusammen. Juden aus den Maghrebstaaten, aus Indien, aus dem Jemen bieten jede denkbare Schattierung. Im vergangenen Jahr hat Israel unter großem Aufwand 14000 tiefschwarze Äthiopier ins Land geholt. Der Konflikt zwischen Israel und den Arabern ist ein nationaler, kein rassischer. Wer das Eintreten der Juden für einen jüdischen Staat als Rassismus bezeichnet, müßte auch das Eintreten der Deutschen für einen deutschen Staat Rassismus nennen. Die Worte ›Zionismus‹ und ›Rassismus‹ in die Nähe zu rücken war ein gezielter, propagandistischer Mißbrauch der Sprache, der in der Folge systematisch zitiert wurde, um Israel die Legitimation zu entziehen.«

Wo bleiben die Araber?

Über diese »Argumentation« kann man gelinde gesagt nur den Kopf schütteln. Mit keinem Wort geht Ben Segenreich, dem Namen nach zu schließen, ebenfalls ein Jude, auf die Diskriminierung der Araber in Israel ein.
Man schaue sich doch nur die in Israel geltenden Vorschriften an. So ist es dort selbst heute praktisch unmöglich, daß ein Jude eine Christin heiratet (oder umgekehrt). Wer den Sabbat nicht ehrt, muß sich auf die größten Schwierigkeiten gefaßt machen. Liberale Juden aus Amerika ziehen oftmals bereits nach wenigen Monaten wieder zurück oder siedeln in andere Staaten um, weil sie nicht gutheißen können, was dort geschieht. Mehrere sowjetische Juden, die nach Israel abgeschoben wurden und von dort nach Holland flüchteten, weil sie nach eigenen Angaben diskriminiert wurden, sind jetzt wieder dorthin abgeschoben worden.

Ben Segenreich führt dann bezeichnenderweise bei der Aufzählung der »Menschen aller politischen Couleurs« und »aller Haut-, Haar- und Augenfarben« auch nur Juden auf. Wo bleiben die Araber? Ihnen kann auch heute noch ohne Begründung für Stunden oder gar Tage ein Ausgehverbot auferlegt werden. Arabischen Geschäftsinhabern kann auch heute noch ebenfalls ohne Begründung die Öffnung der Geschäfte verboten werden oder umgekehrt auch die Schließung, sofern damit gegen die Unterdrückung durch Israel protestiert werden soll.

Der Staat Israel hält auch heute noch tausende Quadratkilometer ureigenstes arabisches Land zurück, siedelt dort entgegen UNO-Resolutionen Juden an und zwingt den dort lebenden Arabern israelisches Recht auf. Ist dies denn kein Rassismus?
Es wäre dann kein Rassismus, wenn die Einschränkungen oder Befehle gleichermaßen für Juden und Araber gelten würden. Dies tun viele aber gerade nicht. Was würde denn in Deutschalnd und den Nachbarstaaten für ein Geschrei angestimmt, wenn Deutschland wegen terroristischer Anschläge militanter Türken allen hier lebenden Türken für zwei Tage ein Ausgehverbot auferlegen würde? Oder wenn das Einfamilienhaus eines türkischen Terroristen als »Bestrafung« niedergerissen würde? Gerade dies geschieht aber in schönster Regelmäßigkeit in Israel.

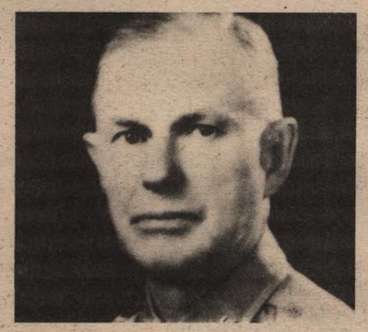
Die UNO hat mit ihrem Beschluß mal wieder klar zu erkennen gegeben, von welchen Kräften sie beherrscht wird. Es wird dort keine unabhängige und objektive Politik gemacht, sondern reine Interessenpolitik. □

Der 7. Dezember 1941

Mike Blair

Am 7. Dezember 1941, gegen 7.50 Uhr, schlüpften die ersten von 350 japanischen auf einem Flugzeugträger stationierten Sturzbomber und Torpedoflugzeuge durch den Kolekole Pass, den malerischen, sattelähnlichen Trog durch das Waianae-Gebirge westlich von Pearl Harbor, und begannen ihren Angriff auf den in dem tiefen Gewässer des Hafens eingebetteten gewaltigen amerikanischen Marinestützpunkt.

So begann es, was US-Präsident Franklin Roosevelt gewollt hatte, seitdem sein Freund Winston Churchill 1939 gegen Deutschland in den Krieg gezogen war – Grund genug, um das Leben von Millionen junger amerikanischer Soldaten in dem Krieg, der damit zum Zweiten Weltkrieg wurde, in Gefahr zu bringen.



Auch Generalleutnant Walter S. Short wurde entlassen und sollte über die Ereignisse um Pearl Harbor schweigen.

Nahezu vier blutige und gräßliche Jahre nach Pearl Harbor lag Europa und ein Großteil des Fernen Ostens in Schutt und Asche und Millionen Menschen waren tot, darunter 407316 junge amerikanische Soldaten.

Die meisten heute lebenden Amerikaner waren an jenem Sonntagmorgen im Dezember 1941, als das Land erfuhr, daß Pearl Harbor angegriffen worden war, noch nicht geboren. Aber jeder kennt den Slogan »Remember Pearl Harbor« (»Denkt an Pearl Harbor«), der Amerika in den Krieg hineinbrachte, aus Büchern, Zeitschriften und solchen Hollywood-Epen wie »Tora! Tora! Tora!«

Die Statistik des Angriffs ist klar: 2403 Amerikaner tot; weitere 1178 mehr oder weniger schwer verwundet; 188 Flugzeuge am Boden und 18 Kriegsschiffe zerstört oder schwer beschädigt, darunter acht Schlachtschiffe. Zwei jener Großkampfschiffe, die »Arizona« und die »Utah«, ruhen immer noch im Schlamm auf dem Boden von Pearl Harbor, Denkmäler für jene, die dort ihr Leben verloren.



Roosevelt: »Ich habe dies zu Euch Vätern und Müttern schon früher gesagt, aber ich werde es immer wieder sagen: Eure Jungens werden in keine fremden Kriege geschicht werden.«

Jedes Jahr besuchen schätzungsweise 1,4 Millionen Menschen das Arizona Memorial und unternehmen eine siebenminütige Fahrt quer durch Pearl Harbor, um auf das Wrack hinunterzuschauen, wo 1177 junge amerikanische Seeleute immer noch begraben lieben. Öl aus den Treibstoffbunkern des Schiffes verfärbt immer noch die blauen Gewässer des Pazifik, wenn es zur Oberfläche durchsickert.

Der 7. Dezember 1991 war der »50. Jahrestag des Angriffs auf Pearl Harbor«. Jubiläen sind Festtage; dieser 7. Dezember 1991 war ein Tag, um »an Pearl Harbor zu denken«, jetzt, 50 Jahre später, ist es auch Zeit, diese Tragödie in den richtigen Zusammenhang zu bringen. Es gibt viele Geschichten über amerikanisches Heldentum, an die man sich erinnern sollte.

Leider kann sich niemand an den Namen des jungen Maschinisten auf dem Kreuzer »San Francisco« erinnern, der während des Angriffs nach oben stürzte und zu einem Matrosen sagte: »Ich dachte, ich sollte lieber hochkommen, um mit Dir zu sterben.«

Niemand scheint sich an den Namen des jungen Brückenkommandeurs auf der »Ramapo« zu erinnern, der mit seinem 0,45-Kaliber Colt auf japanische Flugzeuge schoß, oder an den Bootsmaat, der ohne, daß ihm eine Schußwaffe zur Verfügung stand, Schraubenschlüssel auf die tieffliegenden Flugzeuge warf.

Nachdem die Archivisten jetzt die Wahrheit ans Tageslicht gebracht haben, sollte aber auch nicht vergessen werden, daß sich die Armee und die Kriegsmarine in Pearl Harbor in ihrer niedrigsten Alarmstufe befanden, als die Japaner zuschlugen. Nur 25 Prozent der Flakgeschütze des Stützpunktes waren bemannt. Nur ein Drittel bis zur Hälfte aller Marineoffiziere waren anwesend. Radar war nur von vier bis sieben Uhr morgens in Betrieb. Amerikanische Bomber und Jagdflugzeuge waren bequem zugänglich bündelweise auf den Flugplätzen Hickam und Wheeler abgestellt, ein leichtes Ziel für die japanischen Bomber.

Es sollte auch nicht vergessen werden, was, wie James G. Stahlman, ein enger Freund des damaligen US-Marineministers Frank Knox, sich erinnert, Knox damals zu ihm sagte: Daß er – zusammen mit Kriegsminister Henry Stimson, Stabschef der Armee General George C. Marshall, Stabschef der Kriegsmarine Admiral Harold R. Stark, Roosevelts höchster Gehilfe Harry Hopkins und der amerikanische Präsident selbst – fast die ganze Nacht vom 6. zum 7. Dezember 1941 im Weißen Haus verbrachten.

Sie warteten dort auf das, was wie sie wußten, kommen mußte, da sich das militärische Kommando in Pearl Harbor ohne es zu wissen in der niedrigsten Alarmstufe befand.



Eine Warnung, die abgefangen wurde

»Haben Sie unsere Depesche am Abend vor dem Angriff erhalten?«, fragte Knox Admiral Husband E. Kimmel, den Kommandeur der US-Navy in Pearl, als er (Knox) am 10. Dezember 1941 auf dem verwüsteten Stützpunkt eintraf. Kimmel beantwortete die Frage mit nein.

Knox schrieb in seinem ursprünglichen Bericht an Roosevelt: »Die Befehlsstellen der Armee und der Kriegsmarine hatten am

27. November eine allgemeine Kriegswarnung bekommen, aber eine besondere Kriegswarnung, die das Kriegsministerium um Mitternacht (östliche Zeit) am 7. Dezember an die Armee schickte, traf erst einige Stunden nach dem Angriff am gleichen Tag ein.«

Der angesehene Historiker und Autor John Toland stellt in seinem Buch über den Angriff auf Pearl Harbor »Infamy« die Frage: »Hat irgendjemand im Weißen Haus jene mitternächtliche Warnung an Hawaii ohne Knox' Wissen abgefangen?«

General Albert C. Wedemeyer, ein Stabsoffizier des US-Army Chief of Army General George C. Marshall, sagte zu Toland, daß Vizeadmiral Conrad E. L. Helfrich von der Königlich Niederländischen Kriegsmarine 1943 auf einer Sitzung seine Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, wieso das amerikanische Militär in Pearl Harbor überrascht wurde. Der niederländische Offizier sagte zu Wedemeyer, das niederländische Militär habe die japanischen militärischen Schlüssel geknackt und daher gewußt, daß Pearl Harbor angegriffen werden sollte.

»Helfrich schien erstaunt zu sein, daß ich dies nicht wußte«, sagte Wedemeyer, »und als ich erklärte, daß ich ernsthaft bezweifelte, daß diese Information vor dem Angriff auf Pearl Harbor bekannt war, war Admiral Helfrich skeptisch, weil er sich deutlich daran erinnerte, daß seine Regierung meine Regierung in Kenntnis gesetzt hatte.«

Eine vorsätzliche Provokation

Der britische Historiker John Costello berichtet in seinem Buch »The Pacific War«, daß Churchill und Roosevelt eifrig dabei waren, die Japaner vorsätzlich zum Angriff zu provozieren.

Ein Kabel Churchills an Roosevelt wies warnend auf »unwiderlegbare Beweise für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff« hin – »zeitlich abgestimmt«, laut Churchill, »auf die erste Woche im Dezember«. Ein Anschlußkabel von Churchill enthielt die Frage: »Sollen wir handeln oder reagieren?«

Herrschte in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember 1941 zwischen Roosevelt und seinen Beratern im Weißen Haus immer noch Unentschlossenheit?

Costello stellte fest, daß Roosevelt im August 1941 auf einer Sitzung in Argentinien Churchill mitgeteilt habe, daß er beabsichtige, in seinen Beziehungen mit den Japanern herausfordernder zu werden. »Wenn dem Feind das nicht gefällt, dann kann er ja amerikanische Streitkräfte angreifen«, sagte Roosevelt zu seinem britischen Freund. Somit würden die Japaner »die Dinge forcieren«.

Selbst die »New York Times«, die an vielen historischen Vertuschungen und Desinformationskampagnen teilgenommen hat, stellte in einem Artikel ihres Sonntags-Nachrichtenmagazins vom 3. November 1991 bezüglich japanischer Erinnerungen an Pearl Harbor fest, daß, als Japan in einen Krieg mit China verwickelt war, die amerikanische Regierung »mit einer Reihe von noch strengeren Wirtschaftssanktionen reagierte… den Verkauf von hoch oktanhaltigem Flugbenzin und von Eisen- und Stahlschrott an Japan verbot«. »Schließlich fror Washington alle japanischen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten ein, und machte es Japan unmöglich, amerikanische Ölimporte zu bezahlen, was zu einer Verringerung der Ölversorgung Japans um 80 Prozent führte.«



Zu der schrecklichen Bilanz von Pearl Harbor gehörte der amerikanische Zerstörer »Downes«.

Wenige Tage vor Pearl Harbor sagte Roosevelt zu Churchill, daß Amerika und Großbritannien »should obviously all be in together« (»wie es aussieht, alle zusammen darin sein werden«), und daß »es vielleicht nur noch ein paar Tage dauern wird, bis wir Großbritanniens Kriegsanstrengungen unsere Unterstützung zuteil werden lassen«.

Noch ein paar Tage bis zum Weltkrieg

CODE berichtet in einem zweiten Beitrag über Roosevelts Versuche, Japan zu provozieren.

Falls noch weitere Beweise erforderlich wären, so ist der kürzliche Krieg mit dem Irak wegen der Sicherung des Ölstromes an westliche Länder aus dem Persischen Golf ausreichender Beweis für die Bedeutung, die Regierungen der Ölversorgung beimessen.

Kann es sein, daß Japan schließlich zum Angriff provoziert wurde, als seine Führer in der Ausgabe des »Washington Times Herald« vom 4. Dezember 1941 ein durchgesickertes »Victory Programm« (»Siegesprogramm«), eine Blaupause zum »totalen Krieg« in Europa und Asien lasen?

Die endgültige Provokation

Die Schlagzeile lautete: »Roosevelts war plans«. Darunter hieß es: »Goal is 10 Million Armed Men: Half to Fight in AEF. Proposed Land Drive by July 1, 1943, to Smash Nazis« (»Roosewelts Kriegspläne: Ziel ist 10 Millionen Männer unter Waffen: Die Hälfte soll in AEF kämpfen. Vorgeschlagener Landvorstoß bis spätestens 1. Juli 1943, um die Nazis zu zerschmettern«).

»Ich hätte nicht mehr erstaunt sein können, wenn eine Bombe auf Washington gefallen wäre«, berichtete Wedemeyer. »Hier lagen unwiderlegbare Beweise dafür vor, daß sich Amerika anschickte, in den Krieg einzutreten, und möglichst bald. US-Präsident Roosevelts Versprechen, uns aus dem Krieg herauszuhalten waren also nichts als Wahlkampftiraden.«

Wedemeyer war der Offizier des Generalstabs der amerikanischen Armee, der für die Erstellung des »Victory Program« verantwortlich war.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das grüne Licht für den Angriff auf Pearl Harbor noch nicht einmal gewiß war, als die Angriffsstreitmacht der Flugzeugträger die Segel in Richtung auf die hawaiianischen Inseln gesetzt hatte. Die endgültige Entscheidung beruhte auf den damals laufenden Verhandlungen, in denen die Japaner versuchten, die Roosevelt-Regierung zu veranlassen, den wirtschaftlichen Würgegriff auf Japan zu lockern.

Könnten »Roosevelts Kriegspläne« die endgültige Motivation für die Japaner gewesen sein, zuerst loszuschlagen?

Jedenfalls traf ein Besucher des Weißen Hauses am 7. Dezember 1941 Roosevelt beim müßigen Zeitvertreib mit einem seiner beliebtesten Steckenpferde – an seiner Briefmarkensammlung arbeitend – an. □

Pearl Harbor

Roosevelts Niederträchtigkeit

Mike Blair

Japan hätte Pearl Harbor vielleicht niemals angegriffen und der 7. Dezember 1941 wäre nicht, wie US-Präsident Franklin Delano Roosevelt ihn ursprünglich bezeichnete, »a day of infamy« (ein Tag der Niederträchtigkeit) in der amerikanischen Geschichte geworden, wenn ein einst streng geheimer Plan des amerikanischen Präsidenten in die Tat umgesetzt worden wäre.

Nachforschungen in den Archiven durch angesehene Historiker haben kürzlich ergeben, daß Monate vor dem Angriff der Japaner auf Amerikas gigantischen Marinestützpunkt auf den hawaiischen Inseln, Roosevelt eigene »Schleichangriffe« plante, um Tokio mit in Amerika gebauten und von Amerikanern geflogenen Maschinen mit Hoheitsabzeichen der nationalchinesischen Luftwaffe zu bombardieren.

Roosevelt verschwor sich mit dem damaligen Obersten Claire Lee Chennault, der später als Kommandeur der legendären »Flying Tigers« Berühmtheit erlangen sollte, und chinesischen Führungspersönlichkeiten bereits im Jahr 1940, um Tokio und andere japanische Städte zu bombardieren. Chennault war seinerzeit Berater für die chinesische Luftwaffe.

Roosevelt befahl persönlich, daß 18 Lockheed A-29 Hudson-Bomber Chennault für die Überraschungsangriffe bereitgestellt wurden. Als die Japaner am 7. Dezember 1941 Pearl Harbour angriffen, befanden sich die amerikanischen Hudsons in Burbank, Kalifornien, auf dem Gelände der größten Flugzeugfabrik, der Firma Lockheed Aircraft, wo sie auf den Abtransport nach dem Fernen Osten warteten.

Wenn es nach Roosevelt gegangen wäre, dann wäre der Angriff mit schweren viermotorigen Boeing B-17 (Flying Fortresses), statt mit leichten Hudson-Bombern durchgeführt worden.

Am Tage des Angriffs auf Pearl Harbor befanden sich 49 Männer des Bodenpersonals für die Hudsons, darunter Mechaniker, an Bord eines Schiffes mit Kurs auf den Fernen Osten. Das Schiff wurde nach Australien umgeleitet, als bekannt wurde, daß die Japaner den Marinestützpunkt und andere Militäranlagen auf Hawaii bombardiert hätten.

Anscheinend waren die Bomberbesatzungen etwa einen Monat in China gewesen und hatten dort auf das Eintreffen ihrer Maschinen und des Bodenpersonals gewartet.

Die Lockheed Hudson wurde in erster Linie für den Export nach Großbritannien unter dem sogenannten Pacht-Leih-Hilfsplan gebaut, der Waffen und Munition für die Briten und andere Länder, die sich mit Deutschland und den anderen Achsenmächten in Europa im Kriegszustand befanden, vorsah.

Das Flugzeug war ein leichter zweimotoriger Bomber mit einer Höchstgeschwindigkeit von 275 Meilen (440 km) pro Stunde und einer Bombenladekapazität von rund 1400 Pfund. Es wird angenommen, daß die für Chennaults Angriffsgeschwader vorgesehene Version die fortschrittliche



Pearl Habor nach dem japanischen Bombenangriff am 7. Dezember 1941, der den US-Marinestützpunkt zerstörte.

Hudson MKIIIA sein sollte, die mit mächtigen 1200 PS Wright-Cyclone-Motoren und mit zusätzlichen Benzintanks für längere Reichweiten unter den Tragflächen ausgestattet war. Die Hudson war eigentlich eine abgeänderte Version der berühmten Transportmaschine Lockheed Electra.

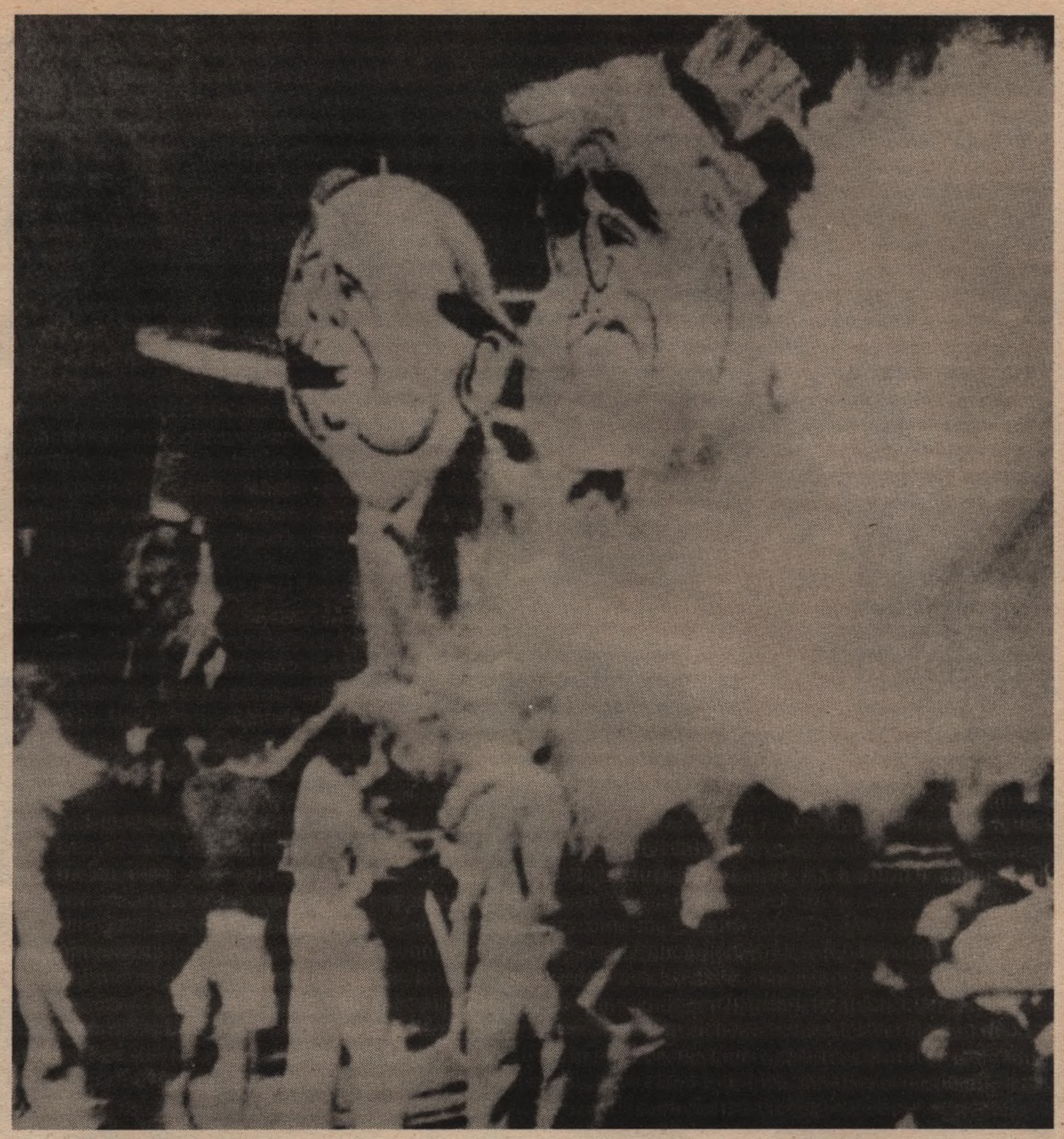
Ironischerweise war es eine Lockheed Electra, die die berühmte Fliegerin Amelia Earhart 1937 auf ihrem schicksalhaften Flug um die Welt benutzt hatte. Es gab beträchtliche Spekulationen und einige Beweise dafür, daß sich Frau Earhart in Wirklichkeit auf einem Spionageflug mit Kurs auf die unter japanischem Mandat stehenden Inseln des Pazifik – ehemals deutsche Besitzungen, die nach dem Ersten Weltkrieg an die Japaner übergeben wurden –, befand, als ihre Maschine abstürzte und die Pilotin verscholl.

Chennault, ein rauhbeiniger Texaner, der wegen seiner markanten Gesichtszüge durch jahrelanges Fliegen mit offener Kanzel als »Old Leather Face« (»Altes Ledergesicht«) bekannt war, trat während des Ersten Weltkriegs dem US-Army Corps bei und befehligte später in Hawaii ein Geschwader von Verfolgungsflugzeugen mit offenem Cockpit. Er studierte Verfolgungstaktik, besonders die des deutschen Fliegerases des Ersten Weltkriegs, Oswald Boelcke, und hatte ein Lehrbuch darüber geschrieben.

1937 schied Chennault, der teilweise taub war, als Hauptmann des US-Air Corps aus dem Offiziersdienst aus und nahm eine Einladung von Frau Tschiang Kai-schek, Gattin des Generalissimo und Führer der chinesischen Nationalisten, an, die chinesische Luftwaffe auszubilden und zu organisieren. Ihm wurde der chinesische Rang eines Obersten verliehen.

Im Herbst 1940 flogen Chennault und der chinesische General P. T. Mow nach Washington, um dort um Hilfe für die chinesische Luftwaffe zu bitten, die der mächtigen japanischen Luft-Armada, die auf China einhämmerte, nicht gewachsen war.

Chennault, Mow und der chinesische Außenminister T. V. Soong baten die Roosevelt-Regierung um amerikanische Bodenmannschaften, Ausbildungsflugzeuge, Ersatzteile und Feldausrüstung sowie moderne Pläne zum Kauf von Waffen und Kampfflugzeugen. Soong schlug ein gemeinsames britisches und amerikanisches Darlehen bis zu 300 Millionen Dollar zum Aufbau der chinesischen Luftwaffe, darunter B-17-Bomber vor, »um die japanische Kriegsmarine zu versenken«.



Japanfreundliche Indonesier verbrennen Pappfiguren von US-Präsident Roosevelt und vom britischen Premierminister Churchill.

Gemeinsame Pläne gegen die Japaner

Einzelheiten des Vorschlags sind bestens in einem wenig bekannten Bericht der Historical Division, Department of the Army, dokumentiert, der 1953 von den Forschern Charles Romanus und Rile Sunderlane geschrieben wurde.

Durch Thomas Corcoran, der Roosevelts ursprünglichem »Brain Trust« angehörte, wurde Chennault mit dem US-Präsidenten in Verbindung gebracht. Mit Corcorans Hilfe trafen Chennault und Roosevelt eine Vereinbarung zur Organisierung der American Volunteer Group (AVG) für China.

Mit einem Geheimbefehl, den Roosevelt am 15. April 1941 unterschrieb, mit dem die Wünsche des Kongresses umgangen wurden, wurde es amerikanischen Soldaten gestattet, aus den Streitmächten auszuscheiden und der AVG, die sich schließlich zu den berühmten »Flying Tigers« entwickelte, beizutreten.

Corcoran, seinerzeit einer von Roosevelts höchsten leitenden Assistenten, verließ auf Bitten Roosevelts seinen Posten im Weißen Haus und übernahm eine private Anwaltspraxis. China wurde schnell zu seinem größten Klienten.

Bislang ist die von einem anderen amerikanischen Freund Roosevelts gespielte Rolle den Historikern entgangen.

Bob Fausel, Anfang der vierziger Jahre Vorführungs- und Testpilot bei Curtiss-Wright Corp., gab jedoch kürzlich Einzelheiten über die Rolle, die sein Freund, US-Botschafter William D. Pawley, bei der Organisation der AVG spielte, bekannt. Nach dem Kriege diente Pawley jeweils kurzfristig als amerikanischer Botschafter in Peru und Brasilien.
Fausel stellte im Juni 1941 den

Roosevelts Niederträchtigkeit

Fluggeschwindigkeitsrekord ein, als er eine Curtiss P-40 Jagdmaschine im senkrechten Sturzflug mit 661 Meilen (1057 km) pro Stunde flog. Die P-40 wurde als die Jagdmaschine der »Flying Tigers«, mit ihrem weithin bekannten offenen Tigermaul als Verzierung auf der Motorverkleidung, zu einer Legende.

Roosevelts geheimer Plan mit China

Fausel berichtete kürzlich in einer Ausgabe des in Winter Park (Florida) erscheinenden »Observer« über die geheimnisvolle Rolle, die sein Freund Pawley beim Aufbau der AVG gespielt hat: »1938 bekam ich den Auftrag, zwei Curtiss-Maschinen in China vorzuführen. Eine war die Hawk 75-Q, die mit zwei 23 mm-Madson-Kanonen bestückt werden konnte, die Oberst Chennault brauchte, um japanische Flußschiffe, die ihr logistisches Material den Jangtsekiang hinauf schipperten, zu versenken. Das Flugzeug führte auch zwei 0,50-Kaliber Bordkanonen mit sich. Die andere war der CW-21 Abfangjäger. Bill Pawley war seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Intercontinental Corp. und Vertreter für Curtiss-Wright Flugzeuge und Motore in China.

Pawley führte Gespräche mit Oberst Chennault, General P. T. Mow (Frau Tschiang Kai-scheks Berater, der sich später mit Millionen von chinesischen Dollar nach Brasilien absetzte), General Chow (Chef der Luftwaffe), Dr. H. H. Hung und T. V. Soong.

Pawley unterhielt ein Büro in Hongkong und eines in New York. Er verbrachte viel Zeit damit, daß er zwischen Hongkong und New York hin und her pendelte, da er eine neue Anlage, Central Aircraft Manufacturing Corp., in Loi Wing, errichtete, wo nach meinen technischen Daten eine Start- und Landebahn gebaut worden war.«

In Wirklichkeit wurden die Waffen über eine Fassadenfirma, China Defense Supplies Inc., eine auf Roosevelts Vorschlag ins Leben gerufene Handelsgruppe, an China verkauft. Sie wurde von William Youngman, ebenfalls auf Roosevelts Anweisung, geleitet. Roosevelt bat Youngman, seinen Posten als Leiter der Federal Power Commission aufzugeben und die neue Aufgabe zu übernehmen.

Da sich die Vereinigten Staaten noch nicht mit Japan im Kriegszustand befanden und daher China als Kriegsteilnehmer keinen offenen Handel treiben konnte, wurde beschlossen, daß



Admiral Husband E. Kimmel (Mitte) wurde zusammen mit den anderen Marine- und Heeresbefehlshabern auf Hawaii nach dem Angriff auf Pearl Harbor in den Ruhestand versetzt.

Die vordere Minitions-Kammer des US-Zerstörers »Shaw« fliegt in einer gewaltigen Detonation in die Luft.

alle Abmachungen durch eine inoffizielle Agentur getroffen werden sollten, was auch leichter machte, das Ganze geheimzuhalten. Pawleys Central Aircraft Manufacturing Co. wurde ins Leben gerufen und ihr die Befugnis erteilt, Luft- und Bodenpersonal anzuwerben, »um in China Flugzeuge zu betreiben, zu warten und herzustellen«.

Die Japaner durchschauten diesen Plan jedoch und nannten ihn »eine feindliche, provokative Handlung«.

US-Hilfe für China

Fausel berichtet, daß er im Juni 1939 den gleichen Pan-American China Clipper aus China in die Vereinigten Staaten zurückgeflogen habe, mit Pawley, Pawleys Sekretär und einem Dr. Buck an Bord, den er als »Wirtschaftswissenschaftler und Finanzberater« im Mitarbeiterstab von Tschian Kai-schek identifizierte.

»Er (Buck) sagte, seine Aufgabe bestehe darin, einer finanziellen Unterstützung der USA für China den Boden zu bereiten«, schreibt Fausel.

Nach den Bestimmungen der Genfer Konvention durften amerikanische Piloten nicht in China kämpfen; und sie wurden angewiesen: »Ihr seid Handelsvertreter, Agenten für die chinesische Regierung. Mit anderen Worten, wir wollen nicht, daß es bekannt oder gar breitgetreten wird, daß Ihr nach dorthin geht, um gegen die Japaner zu kämpfen oder, was das anbetrifft, daß Ihr in der US-Army gewesen seid. Auf keinen Fall darf auch nur bekannt werden, daß Ihr mit offizieller Kenntnis der amerikanischen Regierung in China seid.«

Fausel berichtet, ein »Freund« habe ihm von Pawleys Rolle bei der Anwerbung von Piloten erzählt.

»Er (der Freund) war im Herbst 1940 (mehr als ein Jahr vor dem Angriff auf Pearl Harbor) Leutnant im 6. Verfolgungs-Geschwader in Wheeler Field, Hawaii«, schreibt Fausel. »Als er am Strand von Waikiki spazieren ging, sah er eine kleine Gruppe von Fliegerkameraden aus Hikkam und Wheeler Fields, die einem Mann zuhörte, der unter einem alten Banjanbaum hinter dem Hotel Moana zu ihnen sprach. Es war Bill Pawley«.

Der Freund erklärte, daß Pawley sich darum bemüht habe, die Flieger für die AVG anzuheuern.

Geheime Versammlung in San Francisco

Die Bord- und Bodenmannschaften trafen sich im Sommer 1941 unter Geheimhaltung in San Francisco. Sonderpässe wurden vom Außenministerium beschafft, und die Männer wurden als Reisende, Lehrer oder Schauspieler aufgeführt.

Für 1941-er Verhältnisse war die Bezahlung außergewöhnlich. Piloten erhielten 600 Dollar im Monat, Staffelführer 675 Dollar und Geschwaderführer 750 Dollar. Ein Bonus von 500 Dollar wurde für jedes abgeschossene japanische Flugzeug gezahlt.

Als Roosevelt erstmals von dem Vorschlag hörte, japanische Großstädte mit amerikanischen Flugzeugen mit chinesischen Hoheitsabzeichen zu bombardieren, verfiel er in Hochstimmung. »Wunderbar!«, rief er aus. »Davon rede ich schon seit Jahren!«. Roosevelts Kriegsminister, Henry L. Stimson, war auch über den Vorschlag begeistert.

»Ich wollte so sehr jenen armen Kerlen, die vier Jahre lang so hart gekämpft hatten, alles geben, was wir konnten«, schrieb Stimson in sein Tagebuch. Der Eintrag war vom 6. November 1941 – ein Monat vor dem Angriff auf Pearl Harbor – datiert.

Finanzminister Henry Morgenthau jun. schrieb auch Einzelheiten dieses Plans in sein Tagebuch.

Ein paar Bomben auf Tokio

Morgenthau schrieb, der US-Außenminister Cordell Hull sei »hinsichtlich des Bombardierungs-Projekts ein Bündel von Eifer und Vitalität« gewesen«.

»›Was wir tun müssen, Henry‹«, sagte Hull vertraulich, was Morgenthau wiederum in sein Tagebuch schrieb, »›ist 500 Flugzeuge von den Aleuten zu starten und nur einmal über Japan fliegen zu lassen... Das wird ihnen eine Lehre sein... Wenn wir nur einen Weg finden könnten, sie ein paar Bomben auf Tokio abwerfen zu lassen‹.«

Fausel berichtete, es sei Pawleys Aufgabe gewesen, die AVG-Idee Außenminister Cordell Hull und auch Präsident Roosevelt zu verkaufen. Er arbeitete die Abmachungen mit Generalissimo Tschiang Kai-scheks Stab aus, »und ich bin sicher, er kannte General Henry (Hap) Arnold, der den Plan genehmigen mußte, ebenso wie die anderen hohen Beamten des amerikanischen Kriegsministeriums«.

Robert Schriebman, ein Anwalt für Veteranen der »Flying Tigers«, der diesen bei ihren Bemühungen, von der US-Regierung eine Soldatenpension zu bekommen, half, grub eine geheime Denkschrift Arnolds, vom August 1941, fünf Monate vor Pearl Harbor, aus. Darin wird festgestellt, daß die Aufstellung der AVG »die Genehmigung des Präsidenten und des Kriegsministeriums« habe.

Forscher haben festgestellt, daß Morgenthau Lord Lothian, dem britischen Botschafter für die Vereinigten Staaten, anvertraute, daß er (Morgenthau) versuchen werde, »viermotorige Bomber« und amerikanische Besatzungen für die Chinesen zu bekommen, unter der Voraussetzung, daß »diese Bomber eingesetzt werden, um Tokio und andere Großstädte zu bombardieren«.

Morgenthau hielt in seinem Tagebuch fest, daß Lothian auch der Meinung war, daß das Bombardement »alles ändern könnte«, womit er vermutlich meinte, daß die die USA in Feindseligkeiten mit Japan verwickelt und somit in Großbritanniens Krieg mit Deutschland, einem Verbündeten Japans, hineingezogen werden könnten.

Der Stabschef der US-Armee, General George C. Marshall, schüttete jedoch kaltes Wasser über ihre Pläne; schwere B-17-Bomber einzusetzen und erklärte, weder die Flugzeuge noch ausgebildete Mannschaften stünden zur Zeit für ein derartiges Unternehmen zur Verfügung. Daher wurden die Lockheed Hudsons, die in großer Zahl zur Verfügung standen, für die Aufgabe vorgesehen.
Jedenfalls war es nicht ihr Zweck, Tokio und andere japanische Städte in Schutt und Asche zu legen, sondern Krieg mit Japan zu entfachen.

Wie stichhaltig sind die Beweise, die besagen, daß Roosevelt sich verschwor, um die Vereinigten Staaten durch Einsatz der Luftwaffe in den Zweiten Weltkrieg hineinzuzerren, bevor Pearl Harbor angegriffen wurde?

Ein Eingeständnis des US-Verteidigungsministeriums

Im Juli 1991 berichtete die Associated Press, das US-Verteidigungsministerium habe entschieden, die angeblichen »Freiwilligen« der AVG seien 1941, Monate vor dem Angriff auf Pearl Harbor, in Wirklichkeit im »Fronteinsatz« (active duty) gewesen.
Laut AP »gab der Brigadegeneral der Air Force, Ellwood P. Hinman III., bekannt, daß die Gruppe der ›Freiwilligen‹ im Fronteinsatz stand und daher Anspruch auf den Status von Kriegsteilnehmern haben«.

Dies auf Grund eines 1942 vom Geheimdienst der US-Army erstellten Geheimberichts, aus dem hervorging, daß, »um eine Übertretung des Völkerrechts zu vermeiden, das gesamte Projekt (AVG) als Handelsunternehmen organisiert wurde«, stellte der Kolumnist Patrick Buchanan drei Tage nach dem Eingeständnis des US-Verteidigungsministeriums fest.

»Stellt diese geheime, illegale Entsendung von amerikanischen Piloten zum Kampf gegen Japan eine anfechtbare Handlung dar? Bestätigt sie nicht, was viele Historiker schon seit langem behaupten: Daß Roosevelt vorsätzlich danach trachtete, Tokio aufzustacheln, in den Krieg zu ziehen und die Vereinigten Staaten im Pazifik festzunageln, als ›Hintertür‹, um uns in den Krieg in Europa hineinzubekommen, einen Krieg, den wir, wie Roosevelt und Churchill beschlossen, führen mußten, obwohl der US-Kongreß dagegen stimmte und das amerikanische Volk aus dem Krieg herausbleiben wollte?«, fragte Buchanan. □

Revisionismus

General Patton und die Operation Keelhaul

Fred Blahut

US-General George S. Patton, einer der wirklichen amerikanischen Helden, der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging, wurde wegen seines Widerstandes gegen eine völkermordende Politik, zukünftige Generationen von Deutschen zu bestrafen, von der amerikanischen Regierung ermordet.

Der 21. Dezember 1991 war der 46. Todestag des amerikanischen Patrioten und Kriegshelden George S. Patton jun. Er wurde wegen seines Widerstands gegen die »Operation Keelhaul« von seinen eigenen Leuten durch einen inszenierten »Autounfall« umgebracht.

Der General widersetzte sich

»Operation Keelhaul« war der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs vom amerikanischen Militär verwendete Deckname für die Zwangsrückführung von Antikommunisten, die somit der Folterung und Einkerkerung oder dem Tod durch Josef Stalins Bolschewisten oder Josip Broz Titos kommunistische Schlächter ausgesetzt wurden. Der Begriff »keelhaul« (Kiel holen) bezieht sich bezeichnenderweise auf eine schreckliche Bestrafung in der britischen Kriegsmarine, bei der das Opfer mit Seilen unter Wasser von einer Seite des Schiffskörpers zur anderen gezogen wurde. Das Opfer war gewöhnlich tot, wenn es schließlich wieder an die Oberfläche kam.

Patton, ein ausgesprochener Kommunistenfeind, widersetzte sich den Vorbereitungen zur Operation Keelhaul, und infolgedessen wurden Nachrichtenkorrespondenten in Deutschland über Pattons angebliche Praxis, bei der Besetzung von Verwaltungsposten unter seinem Kommando »Nazi-Sympathisanten« anstatt »Liberale« anzuwerben, unterrichtet. Diese Berichte hallten von den Vereinigten Staaten auf das Oberste Kommando und General Dwight D. Eisenhower zurück. Der oberste Kommandeur, ein verschworener Deutschenhasser (CODE berichtete mehrfach darüber, erachtete Pattons Kooperation für den reibungslosen Ablauf der pro-kommunistischen Operation Keelhaul als notwendig.

Der britische Kommandeur in diesem Gebiet, Feldmarschall Harold Rupert Leofric George Alexander, spielte mit. Großbritanniens Bernard Law Montgomery, der den Kommunisten mißtraute, wurde von Whitehall zum Schweigen gebracht. Patton war das letzte Hindernis.
Eine Woche vor seinem Tod nahm Patton eine Einladung an, Schweden zu besuchen. Sie war von seinem lebenslangen Freund, Generalleutnant Archibald Douglas, Oberkommandeur der Schwedischen Armee, der 1918 in der Schlacht von Tammersfors unter Feldmarschall Carl-Gustaf von Mannerheim aus Finnland gegen die bolschewistische Rote Armee gekämpft hatte, ausgesprochen worden. Nach Rückkehr auf seinen Posten in Deutschland wurde Patton »erledigt«.

US-General George S. Patton trifft sich mit zwei Kriegsberichterstattern in Sizilien: Ernie Pyle (Mitte) und Chris Cunningham (rechts).



Patton inspiziert in England am 22. April 1944 amerikanische Truppen.

Am 9. Dezember 1945 wurde er in einen sehr ungewöhnlichen »Autounfall« verwickelt, bei dem sonst niemand verletzt wurde. Er starb am 21. Dezember, angeblich an seinen Verletzungen. Es war nicht der erste verdächtige »Unfall« in den Patton hineingezogen worden war.

Sehr geheimnisvolle Unfälle

Der General, der die blutigsten und gefährlichsten Jahre des Krieges ohne größeren Unfall überlebt hatte, wurde am 21. April 1945 beinahe getötet, als er mit seiner Piper Cub zum Hauptquartier des dritten Armeekorps flog. Dabei wurde seine Maschine, wie man zunächst glaubte, von einem deutschen Jäger angegriffen, der sich jedoch später als eine britische Spitfire herausstellte, die von einem angeblich unerfahrenen polnischen Freiwilligen, der in der Royal Air Force diente, geflogen wurde. Nicht lange danach, am 3. Mai, wurde Patton schon wieder beinahe getötet, als ein Ochsenkarren, der aus einer Sackgasse herauskam, plötzlich auf der Straße auftauchte, wo Patton's Jeep wie gewöhnlich mit hoher Geschwindigkeit fuhr. Seinem Fahrer, Sergeant Mims, gelang es auf wunderbare Weise, einen Zusammenstoß zu vermeiden, aber eine gewaltige hervorstehende Deichsel, an die der Ochs gespannt war, ging haarscharf über den Kopf des General hinweg.

Im Juni 1945 kehrte Patton zum letzten Mal in die Vereinigten Staaten zurück und wurde vom amerikanischen Volk als Held stürmisch gefeiert. Es war unter seinen Freunden und Anhängern sogar die Rede davon, daß er entweder als Kandidat einer großen Partei oder als Unabhängiger um



Finanzminister Henry Morgenthau (link) mit US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Januar 1940.

die amerikanische Präsidentschaft kandidieren sollte. Nichtsdestoweniger berichten offizielle Biographen, der General habe sich während seines Besuchs in der Heimat mit Todesgedanken getragen, die er seiner Familie gegenüber auch offen zum Ausdruck brachte.

Als diese gegen derartige Bemerkungen protestierte, antwortete er schlicht: »Es ist wahr. Es wurde mir schon gesagt.«

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland brachten ihn seine Achtung für das deutsche Volk und sein Mißtrauen gegen die Sowjets in große Schwierigkeiten. Ende September 1945 teilte Eisenhower ihm mit, er werde als Chef der dritten Armee abgelöst. Etwa eine Woche später wurde die Entscheidung getroffen, ihm das Kommando über die 15. Armee, eine Armee nur dem Namen nach, zu übertragen.

Im Dezember 1945 wurde er in den Unfall verwickelt, der schließlich zu seinem Tod führte. Es gab zahlreiche ungewöhnliche Punkte um diesen Unfall herum, außer der Tatsache, daß niemand anders getötet wurde. Erstens, obwohl beide Fahrzeuge nach Berichten von Augenzeugen nur leicht beschädigt wurden, zeigten später von Pattons Wagen veröffentlichte Fotos diesen als »Totalschaden«.

Es wurden keine Fragen gestellt

Denken Sie daran, es gab in jenen Tagen keine Sitzgurte oder Luftsäcke. Aber wenn dem so ist, wie kam es, daß die anderen Insassen in Pattons Wagen unverletzt blieben? Diese Frage wurde niemals gestellt.

Und der GI, der den Lkw fuhr, der Pattons Wagen rammte, als er, auf den Wagen des Generals zukommend, kurz vor dem Stabswagen plötzlich einbog, kam niemals vor ein Kriegsgericht. Gerüchte besagten, der Fahrer sei kein gewöhnlicher GI, sondern ein Mitarbeiter des Office of Strategic Services (OSS), dem Vorläufer des CIA, gewesen.
Und im Lazarett, in das Patton eingeliefert wurde – er war nicht sofort gestorben –, herrschte plötzlich Mangel an Blut der Blutgruppe des Generals sowie an Blutplasma. Dies war nur einer von einer Reihe unerklärlicher Zwischenfälle, die sich während Pattons letztem Krankenhausaufenthalt ereigneten.

Um die Vorgeschichte zu erhellen, wollen wir einmal auf die Szene eines besiegten Deutschland unter alliierter Besatzung zurückkommen. Der berüchtigte Morgenthau-Plan für Deutschland war im Gange. Es war ein Plan, das deutsche Volk, soweit es den Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, dem Hungertod und zahlreichen Entbehrungen und Erniedrigungen auszusetzen, die darauf abzielten, zahllose zukünftige Generationen in Deutschland zu »bestrafen«.

Der Plan wurde schließlich von US-Präsident Harry S. Truman auf den Müll geworfen. Er sagte später, ihm sei dessen Natur nicht bekannt gewesen. Großbritanniens Winston Churchill erklärte im Parlament, er sei auf der Konferenz von Quebec von Henry Morgenthau, dem US-Finanzminister und Urheber des Planes, überrumpelt worden.

Churchill behauptete, er habe diesem niemals seine Zustimmung erteilt. Die Labour-Regierung von Clement Atlee stimmte Trumans Entscheidung, den Plan fallen zu lassen, zu. Aber zur Zeit von Pattons Tod und noch eine Zeitlang danach war der Morgenthau-Plan durchaus in Kraft- und Patton war dagegen.

Die Absicht des Morgenthau-Plans

Die Bedeutung und Absicht hinter dem Morgenthau-Plan – wie er in der Praxis funktionierte – werden in der folgenden Depesche, die in der New Yorker »Daily News« vom 14. Dezember 1945 veröffentlicht wurde, lebendig:

CAPITAL STUFF (GROSSARTIGE SACHE), von John O'Donnell, Washington, D.C., 13. Dezember: »Wir machen in dieser Vorweihnachtszeit keine Voraussagen hinsichtlich der geistigen Zukunft dieses sogenannten christlichen Volkes. Wir zitieren nur die jüngsten Sterblichkeitsziffern in Berlin, wie sie unserem State Department von amerikanischen Beamten, die an Ort und Stelle tätig sind, übermittelt wurden. Die Kindersterblichkeitsquote in der ausgebombten Hauptstadt Deutschlands hat wegen Hungersnot, Kälte, Mangel an Windeln für die Neugeborenen und an Einrichtungen zur Geburtshilfe 50 Prozent erreicht. Dies ist die Schätzung, die dem US-Außenministerium durch amerikanische Beamte in Deutschland zugeleitet wurde, denen befohlen wurde, das Diktat des ›harten Friedens‹ der Morgenthau-Vansittart-Politik in die Tat umzusetzen. Die Kindersterblichkeit in den Vereinigten Staaten beläuft sich zur Zeit auf 3,9 Prozent.«

Die in dieser Spalte erwähnte Morgenthau-Vansittart-Politik ist natürlich der berüchtigte Morgenthau-Plan. In einer Erklärung von Winston Churchill im britischen Unterhaus heißt es, er sei auf der Konferenz von Quebec von Präsident Franklin D. Roosevelt überrumpelt worden, der Henry Morgenthau, den US-Finanzminister, an Stelle des amerikanischen Außenministers Cordell Hull, der aus einem plausiblen Grund nicht reisen konnte, mitgenommen hatte.

Churchill sagte vor dem Unterhaus, er habe dem Plan niemals seine Zustimmung erteilt. Jedenfalls warf sein Nachfolger, Premierminister Clement Atlee, den Morgenthau-Plan nach Beratung mit Truman, der von dem gräßlichen Plan auch nichts wissen wollte, auf den Kehrrichthaufen der Geschichte.

Nicht genügend Kommunisten-freundlich

Die Urheber und Durchführenden des Planes – wer immer sie auch gewesen sein mögen – wollten, daß Patton beseitigt wird, beziehungsweise in Ungnade fallen sollte. Zu diesem Zweck erschienen eine Reihe von Artikeln in den Medien des Establishments, in denen der General beschuldigt wurde, mit Nazis »sanft« umzugehen und nicht genügend kommunistenfreundlich zu sein. Zum Beispiel erschien folgender Bericht am 1. Oktober 1945 im »New Republic«:
»Die Politik unserer Militärregierung in Deutschland, reaktionäre, wenn nicht faschistische Elemente anzuspornen und liberale und demokratische Kräfte zu entmutigen, wird schon seit einiger Zeit betrieben. Trotz Protesten seitens amerikanischer Korrespondenten in Deutschland und liberaler Redakteure daheim ist wenig getan worden, um diese Politik zu ändern.

Revisionismus

General Patton und die Operation Keelhaul

Dies ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Verantwortung dafür nicht leicht festgelegt werden konnte. Waren das Kriegsministerium, die Feldhauptquartiere oder die örtlichen Kommandeure dafür verantwortlich? General George Patton jun., Gouverneur des östlichen Militärbezirks der amerikanischen Zone, gab kürzlich in einem Interview seine Verantwortung in dieser Hinsicht zu. ›Meine Meinung‹, soll der General gesagt haben, ›ist die, daß die Herbeiführung einer anarchistischen Situation dadurch, daß normale Verbindungswege und Gesetz und Ordnung nicht wiederhergestellt werden, gefährlicher sei als ein paar Nazis für uns arbeiten zu lassen.‹ Der Kampf zwischen faschistischen und antifaschistischen Kräften, glaubt der General, ›ist wie ein Wahlkampf zwischen Demokraten und Republikanern‹. Befragt, warum er die Ernennung von Reaktionären in öffentliche Ämter zugelassen habe, soll er erwidert haben: ›Was wollen Sie, einen Haufen Kommunisten?‹

Es sollte jedem klar sein, daß ein Mann mit einem derart begrenzten Sinn für demokratische Verantwortung kaum geeignet ist, in Deutschland zu regieren und sobald wie möglich entfernt werden sollte.«

Entnazifizierung als Morgenthau-Politik

Zu dem Zeitpunkt, als dieser Leitartikel erschien, passierten Patton einige Dinge. Im Juni 1945 trat er, wie bereits erwähnt, seine letzte Heimreise an, und machte in Boston, Los Angeles und Washington Station. Überall, wo er hinkam, wurde er ungeachtet der »schlechten Presse« in den Medien des Establishments als Held gefeiert.

Pattons Bemerkungen, wie im »New Republic« wiedergegeben,

Mit der unzerstörten Eisenbahnbrücke bei Remagen hatten die Amerikaner unverhofft einen Rheinübergang gewonnen.

fielen anscheinend am 22. September. Am 25. September gab Patton einen Brief von Eisenhower, damals sein unmittelbarer Vorgesetzter, bekannt. Darin wurde die Durchführung des sogenannten Entnazifizierungsprogramms, ein Euphemismus für den Morgenthau-Plan, gefordert. Patton erhob Einwände dagegen.

Am 28. September kam es zu einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Patton und Eisenhower, zu der letzterer keine Stellung nehmen wollte, Am gleichen Tag machte Patton jedoch die Erlaubnis, die er dem römisch-katholischen Kardinal Faulhaber aus München erteilt hatte, nach Rom zu reisen, um Papst Pius XII. über die Zustände in seinem Lande zu be-



Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa während des Zweiten Weltkrieges General Dwight Eisenhower verlangte die Erfüllung der »Operation Keelhaul«.

richten, rückgängig. Dies geschah offenbar auf Befehl von höchster Stelle. Patton war ein tief religiöser Mann und der Geistlichkeit gegenüber sehr höflich. Es spielte dabei keine Rolle, ob der Geistliche Episkopale war wie er oder einem anderen Glaubensbekenntnis huldigte.

Andererseits war es unschwer zu erraten, warum sich die amerikanischen Besatzungsmächte in Deutschland mit Eisenhower an der Spitze einer Reise des betagten Kardinals nach Rom widersetzten. Papst Pius XII. war bekanntlich sowjetfeindlich eingestellt, und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden in Deutschland sowohl von den Sowjets als auch von ihren Freunden, einschließlich, denen in der amerikanischen Besatzungszone, begangen.

Waren die Unfälle wirklich Unfälle?

Am 2. Oktober wurde Patton von seinem Kommando abgelöst, auch von seinen Pflichten als Militärgouverneur von Bayern. als nächstes, am 9. Oktober, wurde er bei einem merkwürdigen Autounfall leicht verletzt. Die Nachricht über den Unfall erschient erst fünf Tage später in einer amerikanischen Zeitung, als ein Bericht aus Luxemburg ausgestrahlt wurde. Augenscheinlich war der Unfall für die amerikanischen Medien kaum eine Nachricht wert.

Dann, am 9. Dezember, geschah ein weiterer merkwürdiger Unfall. Zwölf Tage später starb Patton im Lazarett an einem »Blutklumpen in der Lunge«.

Waren die Unfälle wirklich Unfälle? Es wurde seinerzeit berichtet, daß ein Mann namens Robert Thompson, der seinen Lkw in Pattons Auto rammte, sofort von der britischen Militärpolizei entlassen wurde, die zufällig für das Ereignis bei der Hand war, und auf deren Geheiß blies Eisenhower die sonst übliche Untersuchung ab. Andernfalls hätten Thompson und Pattons Fahrer, Harris Woodring, unter Eid in den Zeugenstand treten müssen.

Dann gibt es noch den Gedankenaustausch vom Oktober 1979 zwischen den Redakteuren von »The Spotlight« und Douglas Bazata, einer der Spitzenspione/-mörder, der während des Zweiten Weltkriegs im OSS tätig war. Nachstehend einige Auszüge aus diesem Gespräch:

SPOTLIGHT: sie sagten kürzlich zu einem Reporter für den »Washington Star«, daß Ihnen von (dem OSS-Chef William »Wild Bill«) Donovan 10000 Dollar ausgezahlt wurden, um General Patton zu töten. Können Sie uns etwas dazu sagen?



Der britische Premierminister Winston Churchill hat der »Operation Keelhaul« angeblich die Zustimmung verweigert.

BAZATA: Eigentlich hatte der »Star« nicht ganz recht. Mir wurden zweimal insgesamt 10800 Dollar ausgezahlt. Donovan suchte mich 1943 auf und in einer Reihe von acht Zusammentreffen sagte er zu mir, er wolle Patton »stoppen«. Er benutzte damals nicht das Wort »töten«. Er sagte, er wolle ihn stoppen oder wie ein Pferd oder Hund »an die Kandare oder Leine legen«.

SPOTLIGHT: Also er wollte 1943, daß Sie ihn stoppen oder töten sollten?

BAZATA: Das ist richtig. Und ich habe zunächst lange darüber nachgedacht, nachdem Donovan das Thema mir gegenüber zuerst angeschnitten hatte. Ich dachte, wenn ich den Auftrag nicht annehme, dann laufe ich mit Gift herum. Ich würde bestimmt in London einen Autounfall haben. Wenn ich ihn nicht annehme, werde ich getötet. Er (Donovan) wird zu der Schlußfolgerung kommen, daß, wenn ich den Auftrag nicht annehme, ich dagegen bin. Ich könnte ihn denunzieren. Umgekehrt, wenn ich den Auftrag annehme und nicht ausführe, dann werde ich vorgeladen und zumindest verurteilt. Daher entschloß ich mich, mit Donovan bei seinem Plan zusammenzuarbeiten, bei dem Patton nicht getötet würde.

Zehntausend Dollar als Lohn für den Mord

SPOTLIGHT: Was beschlossen Sie dann zu tun?

BAZATA: Es gelang uns letztendlich, ihn zu stoppen – oder vielmehr seinen Vormarsch in Frankreich zu stoppen. Es war im August 1944, und Patton und seine Leute befanden sich in der Nähe von Dijon. Er stieß in östlicher Richtung vor, und die oberste Armeeführung wollte seinen Vormarsch verlangsamen. Daher brachten wir ihn militärisch zum Stehen. Die Idee war, daß ich in Frankreich abspringen sollte, was ich auch tat. Ich sprang zwischen Belfort und Besancon ab. Wir wendeten einen bestimmten Trick an, und es funktionierte. Er wurde nördlich von Besancon und südwestlich von Belfort zum Stehen gebracht.

Aber es war eine katastrophale Geschichte für mich. Ich war verbittert, weil wir effektiv Patton daran hinderten, weiter zu marschieren und den Krieg zu gewinnen. Hier saß jedermann zu Hause und wartete darauf, den Krieg zu gewinnen, und wir hinderten ihn daran, genau das zu tun. Jedenfalls bekam ich 800 Dollar dafür.

SPOTLIGHT: Haben Sie jemals gefragt, warum Donovan ihn stoppen wollte? Glauben Sie, daß er auf Befehl des Weißen Hauses handelte?

BAZATA: Nun, (Franklin) Roosevelt war damals Präsident. Ich nehme an, da Donovan unmittelbar dem Präsidenten unterstand, Roosevelt von der Aktion wußte und Donovan ermächtigt hatte.

Warum sie das tun wollten – ich habe niemals gefragt warum. Aber es waren Montgomery, Eisenhower und die anderen, die nicht wollten, daß Patton nach Deutschland einmarschiert.

Bazata enthüllte weiter, daß ihm 1945 schließlich 10000 Dollar ausgezahlt wurden, um Patton zu töten. Aber er habe es nicht getan. □



Kriegsverbrechen

Die Erfahrungen von Englands »Bomber Harris«

Vivian Bird

Als Iraks Saddam Hussein kurdische Frauen und Kinder bombardierte, hätte der ehemalige englische Luftwaffenoffizier Arthur Harris, genannt »Bomber Harris«, große Genugtuung empfunden.

Der Plan, in London ein Denkmal zum Gedanken an Sir Arthur (»Bomber«) Harris zu errichten, ist Gegenstand bitterer Kritik in Deutschland sowohl auch in Großbritannien. Harris war der Mann, der während des Zweiten Weltkriegs die massive Bombardierung deutscher Städte wie Dresden und Hamburg organisierte, bei denen hunderttausende von unschuldigen Zivilpersonen einen schrecklichen Tod erlitten.

on einigen britischen Fliegern, die an den vernichtenden Luftangriffen auf Dresden teilgenommen hatten, ist bekannt, daß sie Jahr für Jahr am Jahrestag der Zerstörung dieser Stadt durch Feuer Pilgerfahrten dorthin unternehmen, um die Bevölkerung um Verzeihung zu bitten. Diese reumütigen Kriegsteilnehmer sind nicht diejenigen, die die Errichtung irgendeines Denkmals für einen Mann, der von seinem Stab und seinen Flugzeugmannschaften als Schlächter ohne jedes menschliche Gefühl erachtet wurde, gutheißen.

Im Verlauf der derzeitigen Kontroverse kamen jedoch einige vielsagende Tatsachen über Harris' frühere Laufbahn und vor allem über die Rolle, die er, wiederum auf Churchills Befehl, bei der Unterdrückung eines Kurdenaufstands in den zanziger Jahren spielte, ans Tageslicht.

In den zwanziger Jahren war die britische Royal Air Force (RAF) im Irak im Einsatz, der damals als Mesopotamien bekannt und ein britisches Protektorat war. Zu diesem Zeitpunkt war die Saat der noch immer andauernden Konflikte im Nahen Osten bereits gesät – von den Briten. Die RAF flog Bombereinsätze, mit denen kein besetztes Land »befreit« werden sollte, sondern um rebellische Kurdenstämme durch terrorisierende Luftangriffe zur Räson zu bringen.
Diese Politik des Strafbombardements war bei der Mehrheit der RAF-Besatzungen, die sich als Kriegsteilnehmer am Ersten Weltkrieg als Berufsflieger sahen, keineswegs populär, und sie lehnten es ab, in die Rolle von Polizisten gedrängt zu werden.

Der Groll unter den Fliegern war nämlich so groß, daß der stellvertretende Kommandeur der RAF im Irak, Air Commodore Leo Charlton, ein hoher Stabsoffizier, schließlich den Dienst quittierte, weil er nicht länger mit einem derart unehrenhaften Gemetzel in Verbindung gebracht werden wollte. Charlton, der früher den Posten des Luft-Attachés in Washington innehatte, wurde wegen seiner Proteste bei den britischen Luftwaffenchefs immer unbeliebter.
Die RAF-Chefs unterstanden Lord Trenchard, der seinerzeit bereits mit der Taktik des Terrorbombardements gegen Zivilbevölkerungen experimentierte. Es war eine Politik, die während des Zweiten Weltkriegs in großem Ausmaß von der RAF übernommen wurde.

Die britische Besetzung des Irak hatte begonnen, nachdem das Land während des Ersten Weltkriegs von den Türken erobert worden war. Die Briten ernannten dann einen sehr unbeliebten König, Faisal, der, wie Saddam Hussein viele Jahre später, besonders von den kurdischen Minderheiten im Norden des Landes gehaßt wurde. Die Folge war eine offene Rebellion der Kurden, und RAF-Bomber wurden eingesetzt, um die Kurden zu zwingen, sich dem Staat Irak anzuschließen.

Was jedoch im Hinblick auf den Einsatz von chemischen Waffen bemerkenswert ist, und was wieder einmal die Heuchelei Großbritanniens und der Vereinigten Staaten entlarvt, ist die Tatsache, daß der damalige britische Kriegs- und Luftfahrtminister niemand anders als Winston Churchill war, der als Folge verschiedener blutiger und erfolgloser militärischer Unternehmen unpopulär und diskreditiert aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war.

Churchill war begierig, sich mit neuen Kriegsabenteuern der gleichen Art Lorbeeren zu verdienen, und wirkte daher mit möglichst starken Worten auf die RAF ein, Senfgas gegen die Kurden einzusetzen, weil dieses Gas, nach seinen eigenen Worten, »eine ausgezeichnete moralische Wirkung erzielt hatte«, als es 1920 zur Niederwerfung eines Shia-Aufstands eingesetzt wurde.



Winston Churchill zeichnete sich durch Zynismus, Skrupellosigkeit, Erbarmungslosigkeit und Heuchelei aus.

Es erwies sich jedoch aus technischen, nicht aus moralischen Gründen, als nicht zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit Senfgasbomben gegen die Kurden einzusetzen, aber der Bombenfeldzug wurde nichtsdestoweniger mit großer Brutalität durchgeführt, wobei zahlreiche kurdische Städte und Dörfer mit Brand-

bomben und MG-Feuer angegriffen wurden.

Der einzige Grund dafür bestand darin, daß sich die Kurden geweigert hatten, die hohen Steuern zu bezahlen, die ihnen von dem von den Briten eingesetzten Vasallenkönig von Irak auferlegt wurden. Zu dieser Zeit besichtigte Charlton ein kurdisches Krankenhaus und war entsetzt, als er die von den RAF-Bombardements und MG-Angriffen zugefügten Verwundungen sah, und er war über die vielen verwundeten Frauen und Kinder so schockiert, daß er sich dazu entschloß, aus dem Offiziersdienst auszuscheiden.

Nachdem er erklärt hatte, daß er nicht mehr dazu bereit sei, diese »Politik der Einschüchterung durch Bombardierung« durchzuführen, trat er im Herbst 1923 von seinem Posten zurück. Die wütenden RAF-Chefs waren erfreut darüber, daß Charlton zurückgetreten war, und viele Jahre später verschworen sie sich gegen ihn, so daß ihm bedeutende RAF-Posten verwehrt wurden.

Charlton bekam jedoch seine Rache, als er erfolgreich die übertriebenen Behauptungen von RAF-Piloten über »Abschüsse«, sowie die amtlichen britischen Zahlen über britische und deutsche Verluste in den Luftschlachten Anfang des Zweiten Weltkriegs widerlegte.

Charlton lobte auch die Ritterlichkeit der deutschen Luftwaffe, die keine zivilen Ziele angegriffen hatte, bevor die RAF zuerst damit begann. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die Behauptung zu erwähnen, daß deutsche Flieger der Legion Condor während des spanischen Bürgerkriegs mit der Bombardierung von Zivilisten begonnen hätten, indem sie die Stadt Guernia auslöschten. Wie inzwischen erwiesen ist, war der deutsche Angriff in Wirklichkeit gegen eine Munitionsfabrik in den Außenbezirken von Guernica gerichtet, und die Zerstörung der Stadt war willkürlich von spanischen Kommunisten angestiftet worden, die zahlreiche Sprengstoffsätze gelegt hatten, um einen deutschen Luftangriff vorzutäuschen.

Aber abgesehen von Charlton gab es noch andere RAF-Offiziere, die es mißbilligten, daß



Die Unwissenden vergessen oder verdrängen den entsetzlichen Holocaust an den Deutschen in Dresden.



Das blieb von Dresden nach britischen und amerikanischen Luftangriffen übrig.

ihre Bomber dazu benutzt wurden, dem unbeliebten König Faisal das Rückgrat zu stärken. »Fast niemand war über die Bombardierung der Kurden erfreut, weil deren einziges Verbrechen darin bestand, sich gegen die irakische Regierung zur Wehr zu setzen.«

Nichtsdestoweniger gab es in der RAF im Irak einige, die nichts gegen die Ausrottung der Kurden, einschließlich ihrer Frauen und Kinder, hatten. An erster Stelle unter diesen stand Harris, damals Führer eines Transportgeschwaders der RAF. Harris war so versessen darauf, die Kurden anzugreifen und auszurotten, daß er auf seinen Transportmaschinen Bombengestelle anbringen ließ, so daß seine Männer sich an den Luftangriffen beteiligen konnten.

Ein Offizierskamerad sagte über Harris: »Er hatte eine große Liebe für Feuerwerk; das heißt Luftangriffe mit Brandbomben, wenn diese mit größter Wirkung gegen Großstädte und Städte eingesetzt wurden.«
Während des Zweiten Weltkriegs befand sich Harris in der Position, wo er hinsichtlich des Tötens von Zivilisten durch Feuer seine Herzenslust befriedigen konnte – in den schrecklichen Feuerstürmen, die er gegen Hamburg und Dresden entfachte, in denen hunderttausende von hilflosen Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, einen schmerzvollen Tod erleiden mußten und Kulturerbe von unschätzbarem Wert für immer vernichtet wurde. Er griff auch ebenso kaltblütig französische Städte mit Brandbomben an, und französische Frauen und Kinder kamen dabei auf grausame Weise ums Leben.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der amerikanische Luftangriff auf den zivilen Luftschutzbunker in Bagdad – wie von dem Korrespondenten der BBC an Ort und Stelle bestätigt wurde – am 13. Februar 1991 stattfand, dem Jahrestag der Vernichtung Dresdens durch die Anglo-Amerikaner.
Nach der Zerstörung Dresdens stürzte Churchill sich wütend auf Harris, aber der antwortete kühl: »Ich habe nur Ihre Befehle ausgeführt.«
Was für ein Mensch war Harris? Wie berichtet wird, wurde er nur nach einem solchen Massaker sexuell erregt, ganz gleich ob kurdische oder deutsche Zivilisten die bedauernswerten Opfer waren. Seine Herkunft ist nicht ganz eindeutig. »Harris« ist kein englischer Name; er wird gewöhnlich von Walisern, Iren und, in einigen Fällen, von Juden getragen. Nach dem Kriege wurde Harris nicht geehrt, sondern das britische Establishment ignorierte ihn und ging ihm aus dem Weg. Er starb ohne Lobreden der herrschenden Mächte. □

Weltgesundheits-organisation

Tbc der führende Killer der Welt

Eine Sonderstudie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Jahre 1989 bis 1990 ergab, daß Tuberkulose, die ein Drittel der Weltbevölkerung infiziert hat oder derzeit infiziert, die führende Todesursache der Welt ist. Die Studie kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

Etwa 1,7 Milliarden Menschen, oder ein Drittel der Weltbevölkerung, werden oder sind mit Mykobakterien-Tuberkulose infiziert worden. Der Gesamtanteil der infizierten Personen sei in den industrialisierten Ländern und in den Entwicklungsländern gleich. 80 Prozent der infizierten Personen in industrialisierten Ländern seien jedoch über 50 Jahre alt, während 75 Prozent der Infizierten in Entwicklungsländern unter 50 Jahre alt sind.

Es wird geschätzt, daß es 1990 in Entwicklungs- und Industrieländern acht Millionen neue Fälle gab: 7,6 Millionen in den ersteren und 400000 in den letzteren. Die größte Anzahl wurde in der Region des westlichen Pazifik bei der Weltgesundheitsorganisation (2,6 Millionen), der Region Südostasien (2,5 Millionen) und der afrikanischen Region (1,4 Millionen) verzeichnet. Das höchste Vorkommen trat in der Region Afrika auf (272 Fälle auf 100000).

Es wird geschätzt, daß Tuberkulose 1990 2,9 Millionen Todesfälle verursacht hat, was diese Krankheit zur häufigsten Todesursache der Welt auf Grund eines einzigen Krankheitserregers macht. Obwohl die meisten Todesfälle in der Region Südostasien (940000), in der Region des westlichen Pazifik (890000) und in der Region Afrika (660000) auftraten, wird geschätzt, daß in den industrialisierten Ländern jährlich immer noch 40000 Todesfälle eintreten.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wies nach, daß sich in vielen industrialisierten Ländern der rückläufige Trend verlangsamt und sich in einigen Ländern – USA und Japan – sogar ins Gegenteil verkehrt hat. In den meisten Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen hat sich keine sichtbare Umkehr vollzogen, und die absolute Anzahl der Fälle ist vermutlich im Steigen begriffen. □

Kurilen

Moskaus neuer Plan

Die russische Tageszeitung »Prawda« schlug in einem Kommentar vor, daß die Kurilen zu einem Forschungszentrum der Vereinten Nationen und zu einer freien Wirtschaftszone ausgebaut werden sollten. Der Plan wurde während eines Besuchs des Moskauer Bürgermeisters Gawriil Popow während eines Besuchs in Washington Ende Oktober 1991 wieder aufgegriffen. Die von Japan beanspruchten Inseln sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs von den Sowjets besetzt. Dies stellte ein Hindernis für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern dar, aber es gab in den letzten Monaten Anzeichen für einen bevorstehenden Durchbruch in dieser Sache.

Der Prawda-Experte für fernöstliche Angelegenheiten, Wsewolod Owtschinnikow argumentiert dahingehend, daß sowohl Japan als auch Rußland Anspruch auf die Kurilen haben, und daß der Stillstand in den Verhandlungen dadurch durchbrochen werden könnte, »daß die Frage beiseitegestellt wird, wem die nördlichen Territorien, die Kurilen, gehören und stattdessen ... eine freie Wirtschaftszone, eine Art russisch-japanisches Gemeinschaftsunternehmen, gegründet wird, das im Interesse der gesamten Menschheit funktionieren würde. Es sei möglich, auf den vier südlichen Inseln der Kurilen-Kette verschiedene UNO-Institutionen einzurichten, die sich mit der Erhaltung der Natur, der Landgewinnung am Pazifischen Ozean, der Studie von Vulkanen und Erdbeben und der Erstellung von Wettervorhersagen befassen könnten.«

Owtschinnikow fügte hinzu, daß »die Frage der Souveränität über die nördlichen Territorien auf diese Weise dem Ermessen zukünftiger Generationen überlassen würde. Sagen wir einmal bis Mitte des 21. Jahrhunderts, wenn der bloße Gedanke an Staatsgrenzen vielleicht einen anderen Charakter angenommen haben wird als jetzt.« □

Ecuador

Indianer heizen Grenzkrise an

Die Schur-Indianer von Ecuador haben Mitte Oktober 1991 zusammen mit dem ecuadorianischen Militär eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie behaupten, ein peruanischer Hubschrauber habe die Grenze überflogen, und daß, wenn das so weiter gehe, die Schur-Indianer keine »peruanische Invasion« zulassen und zur Bildung von »Indianer«-Widerstandsfronten aufrufen werden.

Dies ist die jüngste Eskalation einer Krise, die im Juli 1991 begann, als eine 100 Mann starke Streife der ecuadorianischen Armee peruanisches Gebiet betrat und dort einen Wachposten aufstellte. Grenzstreitigkeiten haben in den letzten 50 Jahren zweimal zu bewaffneten Konflikten zwischen den beiden Ländern geführt. Die derzeitige Grenze wurde in einem 1942 unterzeichneten Vertrag festgelegt, der von den Vereinigten Staaten, Argentinien, Chile und Brasilien garantiert werden soll.

Jetzt gibt es Aufrufe an die Garantie-Staaten, einzuschreiten und zu vermitteln, und es wird angeregt, eine entmilitarisierte Zone nach dem Muster der zwischen den beiden Teilen Koreas einzurichten. Die peruanische Position ist die, daß Beobachter kommen und sich selbst davon überzeugen sollten, daß Ecuador den Vertrag von 1942 verletzt hat, während Ecuador auf Verhandlungen besteht, als ob der Vertrag überhaupt nicht vorhanden wäre. Peru protestiert gegen die offensichtliche Entscheidung Venezuelas, Kolumbiens und Boliviens, der anderen Mitglieder des Anden-Paktes, sich in dieser Sache auf die Seite Ecuadors zu stellen. □

Aids

Muttermilch kann Infektionen übertragen

Das »New England Journal of Medicine« veröffentlichte kürzlich eine Studie aus Kigali, Ruanda, aus der hervorgeht, daß 4 von 11 Müttern, die während des Stillens mit HIV infiziert waren, den Virus auf ihre Babys übertrugen. Es war bekannt, daß Muttermilch den Virus enthalten kann, es wurde aber gesagt, dieses Infektionsmedium sei »äußerst selten«.

Möglicherweise tritt der Virus in den Körper des Babys durch die Schleimhaut im Munde des Babys ein. Wissenschaftler glauben, daß eine frische Infektion der Mutter mit HIV während der Stillzeit für das Baby die größte Gefahr darstellt, und zwar wegen der gewaltigen Mengen von Viren, die zu dieser Zeit im Körper auftreten.

Die Zeitschrift »Nature« nahm wie folgt zu dieser »neuen« Erkenntnis Stellung: »Es ist eine Tatsache, daß wir das wirkliche Ausmaß des Risikos, infiziert zu werden, nicht kennen.« □

Kolumbien

Parejos Angst vor einem Attentat

Der ehemalige kolumbianische Justizminister und Botschafter für die Schweiz, Enrique Parejo González, sagte in einem Rundfunkinterview, daß ein terroristischer Anschlag auf ihn ausgeübt werden könnte, wie der Mordversuch der Drogen-Mafia im Jahre 1987, der um ein Haar sein Leben gefordert hätte. Parejo, der von der kolumbianischen Regierung keinen Sicherheitsschutz erhält, wird vom Kokain-Kartell wegen seiner Rolle bei dem Versuch, sie zu schließen, gehaßt.

»Die Lage in unserem Land ist paradox«, sagte er. »Diejenigen von uns, die unserem Land

selbstlos und loyal dienen wollten und es versuchten, sich an die Gesetze zu halten, leben im Untergrund. Wir müssen uns verstecken, weil der Staat unsere Sicherheit nicht gewährleistet ... Es ist paradox und schmerzlich zugleich, daß wir, die Diener der Gesellschaft sein wollten, uns verstecken müssen, während die Verbrecher sich ihre Gefängnisse, ihre Wärter und Wachleute selbst aussuchen und darüber hinaus unbegrenzt Besuch empfangen und ebenso unbegrenzt Interviews geben können.«

Parejo setzte hinzu, daß bei all den Konzessionen, die die Regierung von César Gaviria dem Drogen-Kartell gemacht hat, »dieses niemals irgendwelche Mitteilungen zu machen brauchte, um daß ihre kriminellen Organisationen aufgelöst werden können; es sei keinerlei Entscheidung hinsichtlich ihrer riesigen Vermögen getroffen worden, die unversehrt blieben und weiterhin dazu dienen, das staatliche Leben zu korrumpieren. Es sei kein Auslieferungsbefehl ergangen, um so die Drogenhändler zu schonen.« □

Tibet

China stellt Streitkräfte auf

Es gibt Anzeichen für einen Aufbau von nuklearen und konventionellen Streitkräften durch die Chinesen in Tibet, besonders an der Grenze zu Indien, berichtete der Londoner »Sunday Telegraph« aus Lhasa. China verstärkt auch sein Interesse an internen Militärpolizeikräften in Tibet, gegen einen großangelegten Ansturm auf die tibetanische Unabhängigkeitsbewegung. In dem Artikel, der indische Geheimdienstkreise und in London ansässige tibetfreundliche Organisationen zitiert, heißt es, daß auf der tibetanischen Hochebene »Dutzende« von Atomraketen-Silos installiert worden seien, und daß an der Straße von Lhasa nach Bhutan ein gewaltiger Militärstützpunkt errichtet werde. Chinesische Militäreinheiten hätten nahe der Grenze auch regelmäßige Manöver abgehalten.

Die Chinesen bauen ihre Präsenz auf der Grundlage einer »wahrgenommenen Bedrohung« aus Indien auf, berichtete die Zeitung. Es habe in den letzten zwei Jahren auch eine interne Umschichtung in der Politik Chinas gegenüber Tibet gegeben. Peking sehe jetzt keine Möglichkeit mehr, die Unterstützung des tibetanischen Volkes zu bekommen und strebe nunmehr den Abbau der reichen Ressourcen Tibets auf breiter Basis und die völlige Vernichtung der nationalistischen Bewegung an. Ein chinesischer Offizieller behauptete kürzlich, Tibet verfüge über die Hälfte der bekannten Vorkommen der Welt an Uran, Kohle, Gold und Kupfer. Edelsteine seien auch überreichlich vorhanden. □

Ecuador

Spannungen mit Peru

Der ecuadorianische Außenminister Diego Cordovez sagte, daß die Grenzstreitigkeiten zwischen seinem Land und Peru den »kontinentalen Frieden« gefährden. Er meinte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern seien »heikel«.

Ecuador hat das Rio-Protokoll von 1942 gekündigt, das einen bewaffneten Konflikt mit Peru beendete, und weigert sich, den Prozeß der Eingrenzung des Grenzgebiets, wie das Protokoll verlangt, weiter fortzusetzen. Der peruanische Außenminister Carlos Torres äußerte, er hoffe, daß die Garanten des Protokolls – Vereinigte Staaten, Chile, Brasilien, Argentinien – als Beobachter fungieren und einen offenen Konflikt verhindern werden.
Um die Spannungen zu verschärfen, zitiert eine UPI-Meldung mit dem Stichwort Quito eine Publikation der Vereinten Nationen, das »Military Strategic Yearbook«, in dem behauptet wird, daß Peru 1990 mehr als jedes andere lateinamerikanische Land für den Kauf von Kriegsgerät ausgegeben habe. Der Bericht wird von den ecuadorianischen Medien hochgespielt und, sich darauf berufend, forderte der Vizepräsident des ecuadorianischen Kongresses Peru dazu auf, sein »skandalöses Wettrüsten« aufzugeben. □

Afghanistan

Die Probleme mit den Waffenlieferungen

Der noch kürzlich amtierende sowjetische Außenminister Boris Pankin und der US-Außenminister James Baker vereinbarten im Herbst die Lieferung von Waffen an die kommunistische afghanische Regierung und an die afghanischen Rebellen bis Ende des Jahres 1991 Einhalt zu gebieten. Nach einem Bericht im Londoner »Guardian« nahm Baker für sich in Anspruch, daß diese Vereinbarung den Weg zu engen »amerikanisch-sowjetischen« Beziehungen ebnen werde. Da die Sowjetunion nicht mehr besteht, ist es nicht klar, was dies genau bedeutet.

Baker und Pankin behaupteten, dem Ende der Waffenlieferungen werde eine Feuereinstellung und Beendigung von Waffenlieferungen aus anderen Quellen folgen. Die beiden einigten sich darauf, »einen demokratischen Prozeß in Afghanistan« zu unterstützen. Staatspräsident Najibullah von Aghanistan gab seiner Zufriedenheit über die Erklärung Ausdruck, aber seine Position ist dadurch stark geschwächt worden, besonders durch die drohende Hungersnot in Kabul. □

Kambodscha

Der Weg für Sihanuk ist frei

Der Premierminister von Kambodscha, Hun Sen, hat Prinz Norodom Sihanuk, seinem ehemaligen Rivalen, nahegelegt, Präsident von Kambodscha zu werden, ein bedeutsamer Schritt, der dazu beitragen wird, der kambodschanischen Friedenskonferenz zum Erfolg zu verhelfen. In einer Ansprache bei der Eröffnung des sechsten – und letzten – Kongresses der Revolutionären Partei in Phnom Penh, wich Sen von seinem vorbereiteten Text ab und sagte, er glaube, es sei notwendig, eine kambodschanische politische Persönlichkeit zu haben, die genug Einfluß hat, um die Wählerschaft des Landes zu beeinflussen für die Partei zu stimmen. Um Kambodscha von einer zukünftigen politischen Krise wegzusteuern, sagte Hun Sen, sollte die Partei Sihanuk bei zukünftigen allgemeinen Wahlen als Präsident von Kambodscha unterstützen.

Auf der gegenwärtigen Sitzung wird die Partei in Kambodschanische Volkspartei umbenannt, und ein neues Manifest ruft zur Förderung der »wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung«, der Gründung von Gewerkschaften und zur Freiheit der Versammlung auf und erklärt den Buddhismus zu Kambodschas Staatsreligion. Es fordert zur dauerhaften Neutralität auf und warnt vor einer Wiederholung des »Holocaust« der Roten Khmer. □



Briefe

Betr.: Europa-Journal »Für Papst Johannes Paul II. ist Nietzsche schuld«, Nr. 12/91.

Wenn der derzeitige Papst für viele der »schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts« Nietzsche verantwortlich macht, kann ich mich damit nicht einverstanden erklären.

Natürlich hat Nietzsche im Zarathustra gesagt: »Gott ist tot, an seinem Mitleiden mit den Menschen ist Gott gestorben.« Meiner Ansicht hat Nietzsche damit den Sohn Gottes gemeint, der tatsächlich am Kreuz gestorben ist. Zugegebenermaßen geht bei Nietzsche die Vorstellung von personifizierten Göttern – wie in der Deutschen Klassik zum Beispiel die Götter Griechenlands – oder eines personifizierten Gottes durcheinander, aber daß der Gott des Neuen Testamentes Geist war – im Unterschied zu dem »eifrigen« und »rächenden« Gott des alten Testamentes – wußte Nietzsche ganz genau, wenn er seinen Zarathustra sagen läßt: »Einst war der Geist Gott, dann wurde er zum Menschen, und jetzt wird er gar noch Pöbel.«

Mir wird es immer unverständlich bleiben, daß einmal ein Papst die beiden Testamente mit den divergierenden Göttern zu einer Bibel hat vereinigen lassen.
Zu der Kritik des Papstes an Nietzsche wegen der »furchtbaren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts« wäre festzuhalten, daß das 20. Jahrhundert vorwiegend durch den Kommunismus geprägt war. Nietzsche hat aber deutlich formuliert: »Mit diesen Predigern der Gleichheit will ich nicht vermischt und verwechselt sein. Denn so redet die Gerechtigkeit: die Menschen sind nicht gleich.«!
Nietzsche läßt auch seinen Zarathustra sagen: »Der Gott der Heerscharen ist kein Gott der Goldbarren.« Wie verträgt sich damit die Geschäftemacherei des Vatikans, die der Autor David A. Yallop in seinem Buch: »Im Namen Gottes?« so ausführlich beschrieben hat!

Nietzsche hat übrigens auch den Tod von Staaten prophezeit, weil der »Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt er auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich der Staat, bin das Volk.« Das heißt, Nietzsche hat für das 20. Jahrhundert richtig vorausgesehen, daß diverse osteuropäische Staaten – aus welchem einen auch der heutige Papst stammt – und zuvor die faschistischen und merkantilen Staaten zugrunde gehen.
Mich würde interessieren, ob der Papst auch so dichterische Worte von Nietzsche gelesen hat, wie: »Was haben wir gemein mit der Rosenknospe, welche zittert, weil ihr ein Tropfen Tau auf dem Leibe liegt?« oder sein Gedicht an den »Unbekannten Gott« mit dem Anfang:

»Noch einmal, eh ich weiterziehe
Und meine Blicke vorwärtssende,
Heb' ich vereinsamt meine Hände
Zu Dir empor, zu dem ich fliehe...«

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Deutschland »Hoyerswerda ist überall«, Nr. 12/91.

Kein Bundesbürger »haßt« Angehörige unserer EG-Mitgliedstaaten oder Skandinavier, die im Rahmen der Freizügigkeit hier einer nützlichen Tätigkeit nachgehen oder ihren Urlaub machen. 92,5 Prozent der Bundesbürger sind jedoch gegen das Eindringen von Entwurzelten aus aller Welt, die sich in der völlig überfüllten Bundesrepublik aushalten lassen oder auf dem »Asylweg« deutsches Siedlungsgebiet mit der mühsam in langer Generationenfolge geschaffenen Infrastruktur erobern wollen.

Die Ausdrücke »Ausländerfeindlichkeit« und »Ausländerhaß« werden von Berufsdemokraten und Medien als massenpsychologische Unwertbegriffe verwendet, um gerade dem Überfluten unseres verbleibenden Lebensraumes mit Nichteuropäern, Kriminellen und Arbeitsscheuen freie Bahn zu schaffen.
Wenn ein Deutscher sich öffentliche Mittel mit falschen Angaben verschafft, wird er wegen Betruges bestraft. Die 97 Prozent der Asylanten, die nicht »verfolgt« sind und sich trotzdem unter solchem Vorwand auf Kosten des Bundesbürgers Unterhalt gewähren lassen, gehen nicht nur straffrei aus, sondern können sicher sein, daß die Berufsdemokraten die eigenen Landsleute, die die deutsche Volkssouveränität erhalten wissen wollen und die Abschiebung fordern, diffamieren und notfalls zusammenknüppeln lassen.
Überall, wo eine Mischbevölkerung hergestellt worden ist, brechen Recht und Ordnung zusammen. Das wird zum Beispiel in den USA deutlich, wo sich allein im Monat April 1991 23600 Morde und 642000 Raubüberfälle ereigneten gegenüber 504 im Deutschen Reich 1938 und 28122 in der Bundesrepublik im ganzen Jahr 1987.

An den Straftaten in der Bundesrepublik waren Ausländer 1989 beteiligt: Raub 31,4 Prozent, Rauschgiftimport 43,7 Prozent, Vergewaltigungen 31,4 Prozent, Ladendiebstahl 46,9 Prozent, Taschendiebstahl 59,8 Prozent und Menschenhandel 51,9 Prozent.

Als die nordamerikanischen Indianer den britischen Asylanten der »Mayflower« 1620 überwintern halfen, ahnten sie nicht, daß die Söhne und Enkel der Eindringlinge schon 1704 Kopfprämien auf die Skalps ihrer Enkel einschließlich Frauen und Kindern aussetzen und ihr Volk in den folgenden 150 Jahren fast vollständig ausrotten würden.

Die Herstellung von Mischbevölkerungen zur Herrschaft von Staatsfunktionären über Staatssklaven entspricht im übrigen der Illuminatenplanung von 1776 und – speziell für die Deutschland- dem Nachkriegsprogramm, wie es zwecks Vernichtung der ethnischen Basis im Januar 1943 in den USA entwickelt worden war.

Man muß diese Entwicklung im Zusammenhang damit sehen, daß die Befürworter der unbeschränkten Überfremdung der Bundesrepublik zugleich die eifrigsten Streiter für die unbeschränkte Abtreibung gesunder deutscher Kinder auf Krankenschein und die Freigabe von Drogen sind.

Ihnen genügt offenbar nicht, daß die Bundesrepublik inzwischen ein Dorado für Zuhälter, Sex-Artists, Pornographen, Rauschgifthändler und Spielhölleninhaber geworden ist, daß sich das Leben überall überwiegend in einem bedrückenden Gedrängel abspielt, und daß nicht einmal die deutsche Bevölkerung vom heimatlichen Boden ernährt und mit inländischer Energie versorgt werden kann, und daß auf die Dauer weder die Entsorgung noch die Wasserversorgung gewährleistet erscheinen.

Es müßte Aufgabe der Presse sein, dafür einzutreten, daß die Sozialethik und damit der innere Frieden auf der Basis der gewachsenen Lebensgemeinschaften Familie, Stamm, Volk erhalten bleibt, damit sich nicht die Prophezeihung von Rudolf Steiner erfüllt, daß die »Faustische Kulturepoche« im Kampfe aller gegen alle enden werde.

Dr. Rudolf Hamann, Winsen

Betr.: USA »Die Besessenheit des Präsidenten«, Nr. 12/91.

Mehr als ein halbes Jahr nach dem Ende des Golfkrieges und nach dem Abflauen der patriotischen Begeisterung beginnt die amerikanische Nation mit der Aufarbeitung dunkler Punkte der Kriegshandlungen. So beginnt der Bericht einiger Zeitungen über die US-Verbrechen im Golfkrieg. Die Menschenrechtsgruppe »Middle East Watch« unter der Leitung des stellvertretenden Sicherheitsberaters von Expräsident Jimmy Carter, Gary Sicks, hat demnach ein über 400 Seiten langes Sündenregister des Nah-Ost-Krieges vorgelegt. Darin werfen diese amerikanischen Menschenrechtler den von den USA angeführten alliierten Verbänden ein international geächtetes planvolles Vorgehen gegen die irakische Zivilbevölkerung vor. Eine Vielzahl von Beispielen werden in dieser Aufstellung in Einzelheiten genannt.

Das US-Verteidigungsministerium habe alle diese Vorwürfe bisher entschieden zurückgewiesen. Das ist auch nur zu verständlich. Es sollte doch heute allgemein bekannt sein, daß die USA Kriege nur führen und Bombardierungen nur vornehmen ausschließlich aus humanitären Gründen. Das haben unsere amerikanischen Freunde der westlichen Wertgemeinschaft doch bereits im Zweiten Weltkrieg bewiesen, zum Beispiel bei ihren Angriffen auf Dresden und 187 weitere deutsche Städte, wie auch bei ihrem Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki.

Wie sagte doch der anglo-amerikanische Luftmarschall Sir Arthur Harris, »Bomber-Harris« schlicht »Schlächter« genannt, in seinem Buch »Bomber Command«, London, 1948: »Es muß mit Nachdruck gesagt werden: unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt.«

Das dankbare britische Volk errichtet dem »Schlächter« derzeit gerade in Londons City ein Denkmal. Königin-Mutter Mary wird es demnächst einweihen. Nach seiner prachtvollen Tischrede am englischen Königshof ist zu erwarten, daß auch unser Herr Bundespräsident Dr. jur. Richard von Weizsäcker an den Feierlichkeiten teilehmen wird.

E. O. Cohrs, Rotenburg

Betr.: Israel »Probleme des Zionismus«, Nr. 12/91.

»Es sind Menschen von vortrefflichen Sitten, es herrscht ausgleichende Gerechtigkeit infolge deren sie vollkommene Gütergemeinschaft haben und den Reichen nicht mehr Genuß lassen als den Armen. Sie dienen einander, weil sie Knechte halten für Unrecht erkennen.«

So beschreibt uns Flavius Josephus 37 bis 93 nach Christus die jüdischen Essener.

Erst nach römischem Recht, das seit Konstantin dem Großen mit der römischen Kirche über die Welt kam, durften nun anders als nach Moses und nach Jesus von Nazareth, das Land, die Weinberge, die Häuser, die Menschen verspekuliert, verhökert und verzinst werden wie Holz oder Vieh. Und es wurde auch kein Erlaßjahr – Sabbat- oder Jubeljahr – mehr gehalten, stattdessen steinreich und bettelarm gelebt.

Der Grund für den Antisemitismus und der jüdischen Tragödie, liegt im Streben nach Verwirklichung dieser altjüdischen Tradition, denn sie bringt das Ende des Kapitalismus, das Aus für die Reichen. Weil die Mosaischen Gesetze wirklich funktionieren, eine fast 1000jährige Bewährung im alten Ägypten hinter sich haben, sind sie gefürchteter als Kommunismus, von den Reichen und von den neuen Juden.

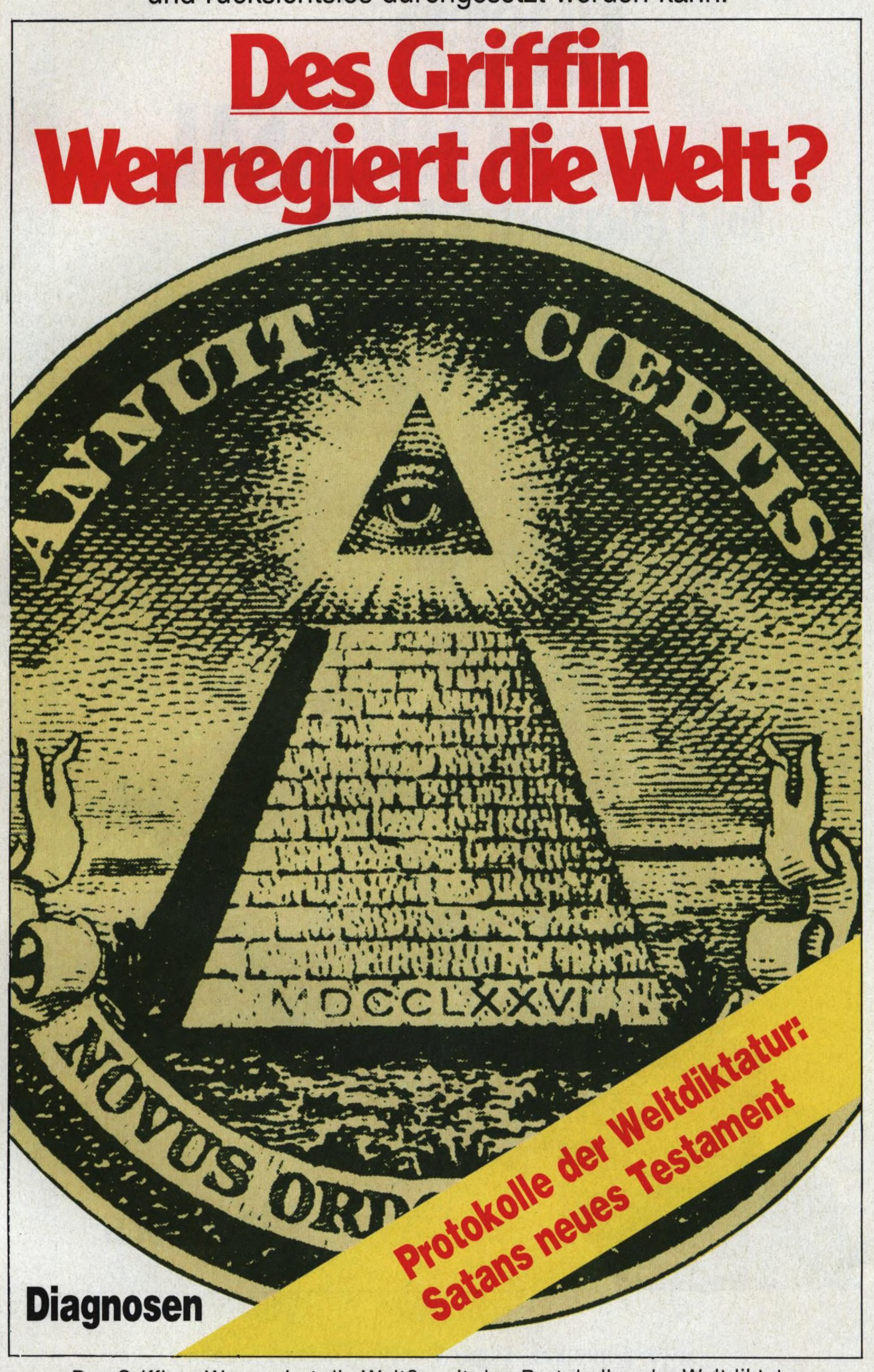
Dabei wird erst die »Umkehr« zu den alten Gesetzen den Juden die Erlösung bringen und auch nur den religiösen, nach Moses orientierten Juden ist das Land versprochen worden.

Wieder stehen heute Großmächte wie Rußland und Amerika vor dem Kollaps der Schulden und Zinsen wegen, und wieder müßte das Sabbatjahr, das Jubeljahr, gehalten werden. (3.Moses 25,8-13)

Und wenn unsere Religionen es auch dieses Mal wieder nicht weltweit öffentlich vorlesen, wie Moses ihnen geboten hat (5.Moses 31,9-11) und sie das Erlaßjahr wieder nicht vormachen, wird die Kirche keine Legitimation für ein Fortbestehen mehr haben, und dann hat auch Israel sein Recht auf Staat und Land verwirkt (5.Moses, 29,24).

Hans Werding, Melle

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54